



Plenarprotokoll

121. Sitzung

Donnerstag, 23. Juli 2009

Vorzeitige Beendigung der Wahlperiode durch den Ministerpräsidenten nach Artikel 36 Abs. 1 der Landesverfassung..... 8871

Antrag des Ministerpräsidenten
Drucksache 16/2807

Peter Harry Carstensen, Ministerpräsident und Minister für Justiz, Arbeit und Europa..... 8872

Dr. Ralf Stegner [SPD]..... 8878
Dr. Johann Wadephul [CDU]..... 8885
Wolfgang Kubicki [FDP]..... 8889
Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]..... 8895
Anke Spoorendonk [SSW]..... 8901
Anette Langner [SPD], zur Geschäftsordnung..... 8904
Martin Kayenburg [CDU]..... 8904

Beschluss: Ablehnung des Antrags des Ministerpräsidenten, Drucksache 16/2807.....	8905	Bericht des Landesbeauftragten für Menschen mit Behinderung über die Situation der behinderten Menschen in Schleswig-Holstein so- wie über seine Tätigkeit in den Jahren 2005 bis 2008.....	8929
Gemeinsame Beratung			
a) Regierungserklärung zu den Vorkommnissen im Kernkraft- werk Krümmel.....	8905	Drucksache 16/2722	
b) Wiederinbetriebnahme des Atomkraftwerks Krümmel.....	8905	Heike Franzen [CDU].....	8929
Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN		Wolfgang Baasch [SPD].....	8930
Drucksache 16/2752		Dr. Heiner Garg [FDP].....	8932
Antrag der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abgeordneten des SSW		Angelika Birk [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN].....	8933
Drucksache 16/2789 (neu)		Lars Harms [SSW].....	8934
Dr. Christian von Boetticher, Mi- nister für Landwirtschaft, Um- welt und ländliche Räume und Minister für Soziales, Gesund- heit, Familie und Senioren.....	8905	Dr. Christian von Boetticher, Mi- nister für Landwirtschaft, Um- welt und ländliche Räume und Minister für Soziales, Gesund- heit, Familie und Senioren.....	8936
Karl-Martin Hentschel [BÜND- NIS 90/DIE GRÜNEN].....	8909	Beschluss: Überweisung an den Sozi- alausschuss und alle weiteren Ausschüsse.....	8937
Manfred Ritzek [CDU].....	8913	Strukturkonzept Universitätskli- nikum Schleswig-Holstein (UK S-H)..	8937
Dr. Gitta Trauernicht [SPD].....	8917	Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	
Dr. Heiner Garg [FDP].....	8920	Drucksache 16/2796	
Lars Harms [SSW].....	8924	Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	
Detlef Matthiessen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN].....	8928	Drucksache 16/2808	
Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN].....	8929	Dr. Jörn Biel, Minister für Wis- senschaft, Wirtschaft und Ver- kehr und Minister für Bildung und Frauen.....	8937
Wolfgang Kubicki [FDP].....	8929	Angelika Birk [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN].....	8938
Beschluss: 1. Berichts Antrag Druck- sache 16/2752 mit der Berichter- stattung der Landesregierung erle- digt		Niclas Herbst [CDU].....	8940
2. Annahme des Antrags Drucksache 16/2789 (neu) Num- mer 1		Wolfgang Baasch [SPD].....	8941
3. Überweisung des An- trags Drucksache 16/2789 (neu) Nummern 2 bis 4 an den Sozial- ausschuss.....	8929	Dr. Ekkehard Klug [FDP].....	8942
		Lars Harms [SSW].....	8943
		Beschluss: 1. Berichts Antrag Druck- sache 16/2796 mit der Berichter- stattung der Landesregierung erle- digt	
		2. Annahme des Antrags Drucksache 16/2808.....	8944

Für eine zeitgemäße Auseinandersetzung mit der DDR-Geschichte an schleswig-holsteinischen Schulen.....	8944
Antrag der Fraktionen von CDU, SPD, FDP, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie der Abgeordneten des SSW Drucksache 16/2776 (neu)	
Beschluss: Überweisung an den Bildungsausschuss.....	8944
Peter Harry Carstensen, Ministerpräsident und Minister für Justiz, Arbeit und Europa, persönliche Erklärung.....	8944

* * * *

Regierungsbank:

Peter Harry Carstensen, Ministerpräsident und Minister für Justiz, Arbeit und Europa

Dr. Christian von Boetticher, Minister für Landwirtschaft, Umwelt und ländliche Räume und Minister für Soziales, Gesundheit, Familie, Jugend und Senioren

Rainer Wiegard, Finanzminister und Innenminister

Dr. Jörn Biel, Minister für Wissenschaft, Wirtschaft und Verkehr und Minister für Bildung und Frauen

* * * *

Beginn: 10:04 Uhr

Präsident Martin Kayenburg:

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich eröffne die heutige Sitzung und begrüße Sie alle ganz herzlich.

Wir setzen mit dieser Sitzung die 45. Tagung fort. Gegenstand der heutigen Sitzung ist der Antrag des Ministerpräsidenten, ihm das Vertrauen nach Artikel 36 Abs. 1 der Landesverfassung auszusprechen. Im Anschluss an diesen Tagesordnungspunkt ist eine dreißigminütige Unterbrechung der Sitzung vorgesehen. Fortgesetzt wird die Sitzung dann mit der Regierungserklärung zu den Vorkommnissen im Kernkraftwerk Krümmel sowie dem Antrag zur Wiederinbetriebnahme des Atomkraftwerkes. Daran anschließen werden sich die Debatten zum Bericht des Landesbeauftragten für Menschen mit Behinderung sowie zum Strukturkonzept des Universitätsklinikums Schleswig-Holstein. Zum Tagesordnungspunkt 38 ist eine Aussprache nicht vorgesehen. - Widerspruch sehe ich nicht. Dann werden wir so verfahren.

Auf die Ihnen schriftlich vorliegende Aufstellung über die Reihenfolge der Beratungen verweise ich und teile ergänzend mit, dass die Redezeiten zum Teil überschritten werden. Entgegen der Absprache im Ältestenrat, von 15 Minuten als Richtwert auszugehen, ist jetzt vereinbart, dass circa 30 Minuten als Redezeit gelten sollen.

Erkrankt sind die Kollegen Thomas Stritzl und Holger Astrup. - Beiden von hier aus gute Besserung!

(Beifall)

Beurlaubt ist die Kollegin Regina Poersch.

Auf der Tribüne begrüße ich ganz herzlich alle Gäste. - Seien Sie uns herzlich willkommen!

(Beifall der Abgeordneten Ursula Sassen [CDU] und Peter Sönnichsen [CDU])

Ich darf heute dem Kollegen Konrad Nabel ganz herzlich zu seinem Geburtstag gratulieren. - Viel Glück und alles Gute, vor allem weiter Erfolg!

(Beifall)

Ich rufe nunmehr Tagesordnungspunkt 38 c) auf:

Vorzeitige Beendigung der Wahlperiode durch den Ministerpräsidenten nach Artikel 36 Abs. 1 der Landesverfassung

(Präsident Martin Kayenburg)

Antrag des Ministerpräsidenten
Drucksache 16/2807

Zu den Redezeiten weise ich nochmals vorab darauf hin, dass der Herr Ministerpräsident mir das mitgeteilt hat, was ich auch schriftlich weitergegeben habe, dass seine Redezeit circa 30 Minuten betragen wird. Ich nehme nicht an, dass das Wort zur Begründung gewünscht wird. - Das ist der Fall. Dann erteile ich zunächst Herrn Ministerpräsidenten Peter Harry Carstensen das Wort.

Peter Harry Carstensen, Ministerpräsident und Minister für Justiz, Arbeit und Europa:

Herr Präsident! Bitte gestatten Sie mir zunächst eine persönliche Bemerkung. Es ist mir ein persönliches Bedürfnis, vorweg folgende Erklärung abzugeben. Ich habe mehrfach öffentlich zum Ausdruck gebracht, dass ich die ehemaligen sozialdemokratischen Kabinettsmitglieder fachlich wie menschlich sehr schätze. Daran hat sich nichts geändert. Dass ich sie gleichwohl entlassen musste, war der Situation geschuldet, dass der **Antrag auf Selbstauflösung** des Parlaments an der SPD gescheitert ist und mich die SPD damit zur Stellung der Vertrauensfrage gezwungen hat. Wenn sich die ehemaligen Kabinettsmitglieder durch die Umstände der Entlassung in ihrer Wertschätzung herabgesetzt fühlen, bedauere ich dieses. Dies war nicht meine Absicht.

Sehr geehrter Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren, zuerst das Land, dann die Koalition! - Das war immer meine Haltung, und weil ich diese Haltung bewahren und standhaft bleiben will, habe ich eine schwierige Entscheidung getroffen. Dieses Bündnis aus CDU und SPD hat keine Zukunft. Deshalb habe ich gemeinsam mit der Fraktion der CDU und den Fraktionen von FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie dem SSW die **vorzeitige Beendigung der 16. Wahlperiode** beantragt. Durch die am Montag erfolgte Abstimmung wurde ich zu einem weiteren, unabdingbar notwendigen Schritt gezwungen. Schleswig-Holstein braucht eine stabile, handlungsfähige und verlässliche Regierung. Wir sind an einem Punkt angelangt, an dem dies nicht mehr gewährleistet ist. Wir möchten die Wählerinnen und Wähler um eine **neue Legitimation** für eine erforderliche handlungsfähige Regierungsmehrheit bitten. So wie bisher kann es nicht mehr weitergehen, denn das Vertrauen zwischen den Koalitionspartnern ist nachhaltig gestört.

Meine Damen und Herren, Sie sehen mich in tiefer Sorge. Dieses Land ist in einer außerordentlich

schwierigen Lage. Wir sind vor vier Jahren angetreten, um in einem großen Bündnis die großen Herausforderungen für Schleswig-Holstein zu bewältigen. Das war mein Anspruch, das muss mein Anspruch sein, und er bleibt es auch in Zukunft.

Handlungsfähigkeit ist gerade in Zeiten der Krise oberstes Gebot. Handeln aber können Regierungspartner nur in gegenseitigem Vertrauen und unterschiedener Geschlossenheit.

Ich trage zuerst, zuallererst Verantwortung für das Land. Deshalb sage ich: Ich sehe in dieser Konstellation keine Möglichkeit mehr, das Beste für unser Land zu erreichen. Ich habe vor über vier Jahren meinen Amtseid abgelegt, in dem ich geschworen habe. „Ich werde meine Kraft dem Wohle des deutschen Volkes widmen, ... seinen Nutzen mehren, Schaden von ihm wenden“. Und ich habe geschworen, dass ich meine Pflichten gewissenhaft erfüllen werde. Ich verstehe es als meine Pflicht, für dieses Land einzustehen. Wie Sie wissen, habe ich alles getan, um die Koalition zu erhalten. Mir ist es immer um die Sache gegangen. Ich wollte Fortschritte für Schleswig-Holstein erzielen und musste immer wieder taktische Manöver erdulden. Dieses permanente Taktieren kann ich nicht mehr akzeptieren.

(Beifall bei der CDU)

Auch persönliche herabsetzende Äußerungen habe ich hingenommen. Immer wieder habe ich die Hand ausgestreckt und bin auf den Koalitionspartner zugegangen. Ich habe nicht taktiert. Ich habe es mir wahrlich nicht leicht gemacht. Ich weiß, dass uns die Bürgerinnen und Bürger einen Auftrag für fünf Jahre erteilt haben. Das nehme ich sehr ernst. Umso mehr können Sie versichert sein, dass dies keine leichtfertige Entscheidung ist. Ich bleibe dabei: Zuerst das Land, dann die Koalition.

Meine Damen und Herren, Misstrauen lähmt, und Lähmung bedeutet Stillstand. Und Stillstand kann sich Schleswig-Holstein nicht leisten. **Handlungsfähigkeit** herzustellen und sicherzustellen, muss für eine Regierung höchste Priorität haben. Ich will klarstellen, was das bedeutet: Das heißt, gemeinsame Beschlüsse werden in vertrauensvollem Zusammenwirken und ohne Störmanöver umgesetzt. Sie werden in der Regierung und im Parlament, in den Parteien und in der Öffentlichkeit unterstützt, und zwar von beiden Partnern einer Koalition und von Anfang an.

Es geht nicht nur um die Organisation notwendiger Mehrheiten im Parlament, es geht auch darum, dass sich die führenden Vertreter der Koalitionsparteien einhellig und glaubwürdig für gemeinsam beschlos-

(Ministerpräsident Peter Harry Carstensen)

sene Maßnahmen einsetzen. Das gilt insbesondere für schmerzliche und unpopuläre Maßnahmen. Anders kann politische Glaubwürdigkeit und auch Akzeptanz bei den Bürgerinnen und Bürgern nicht erreicht werden.

Die Erfahrungen aus der Vergangenheit zeigen mir, dass ich nicht auf die Verlässlichkeit einer SPD zählen kann, die von Herrn Dr. Stegner geführt wird. Ich kann mir daher auch nicht sicher sein, dass ich als Ministerpräsident das **notwendige Vertrauen** der Mehrheit des Landtags habe. So ist es bereits zu gegensätzlichem Abstimmungsverhalten der Koalitionsfraktionen gekommen. Der SPD-Fraktionsvorsitzende hat für die gesamte SPD sogar meinen Rücktritt gefordert.

Als Ministerpräsident bin ich auf eine kontinuierliche und verlässliche Basis von beiden regierungstragenden Fraktionen angewiesen. Ich bin in besonderem Maße auf eine vertrauensvolle Zusammenarbeit mit beiden Fraktionsvorsitzenden der die Regierung tragenden Mehrheit im Parlament angewiesen, weil dies die Grundlage für die **parlamentarische Mehrheit** ist.

Meine Damen und Herren, auch die Menschen im Land müssen erwarten können, dass führende Politiker einer Koalition auf einem eingeschlagenen Weg Kurs halten und ihn nicht im Zickzack behindern. Ich nehme die Beiträge von Herrn Dr. Stegner sehr ernst, denn er spricht nicht nur für sich selbst; er spricht für die Fraktion der SPD in diesem Hohen Haus, und er spricht für die gesamte SPD in Schleswig-Holstein. Wer spricht für die SPD, wenn nicht ihr Partei- und Fraktionsvorsitzender? Ich muss seine Äußerungen ernst nehmen. Sie gefährden den Gestaltungsanspruch dieser Regierung, ja mehr noch, sie machen das Regieren unberechenbar.

(Beifall bei der CDU)

Um hier der Legendenbildung vorzubeugen, sage ich: Es ist nicht etwa ein persönlicher Streit zweier gegensätzlicher Charaktere, der hier zum Bruch führt; nein, es ist eine **Auseinandersetzung zwischen Parteien und Fraktionen** von CDU und SPD. Es ist eine Auseinandersetzung über verschiedene Konzepte, über eine Grundhaltung. Es ist eine Auseinandersetzung über Verantwortung. Gegen einen fairen und umsichtigen Wettbewerb der Programme ist nicht nur nichts einzuwenden; er ist in der Demokratie lebensnotwendig.

Aber diese Auseinandersetzung ist über den Fraktionsvorsitzenden und Landesvorsitzenden der SPD zum Dauerkonflikt mit Winkelzügen und Hintertür-

chen ausgeartet. Dieser **Dauerkonflikt** ist nicht nur schlecht für eine seriöse und zielgerichtete Regierungsarbeit, seine Wirkung reicht noch viel weiter: Dieser Dauerkonflikt schadet Schleswig-Holstein.

(Beifall bei der CDU und vereinzelt bei der FDP)

Herr Dr. Stegner war Mitglied meines Kabinetts. Ein Mannschaftsspieler war er nicht. Deshalb musste er gehen. Leider ist dieses Signal ohne Wirkung geblieben. Auch in seiner neuen Rolle hat er die Regierungsarbeit untergraben. Deshalb muss ich die Konsequenz ziehen, eine Politik zum Wohl des Landes ist in diesem Bündnis nicht mehr möglich. Zu viel haben wir in den vergangenen Jahren an Unaufrichtigkeiten und schlechten Inszenierungen erleben müssen. Das ist uns auch noch zu gut in Erinnerung, als dass ich das hier detailliert aufzählen müsste. Ich werfe nur **Schlaglichter**.

Die Regierung hat die Kürzung der Sonderzuwendungen für die Beamten im öffentlichen Dienst vereinbart. Der seinerzeitige Innenminister von der SPD schlug dann ein halbes Jahr später öffentlich vor, Steuereinnahmen zur Kompensation der Kürzungen einzusetzen.

(Konrad Nabel [SPD]: Sehr gut!)

Die Regierung hatte sich auf einen Stufenplan für beitragsfreie Kindergartenjahre geeinigt. Verfassungsgemäße Haushalte haben wir gemeinsam als Bedingung definiert, und der SPD-Fraktionsvorsitzende stellte kurze Zeit später drei beitragsfreie Kita-Jahre in Aussicht, und das ohne Rücksicht auf die Landesfinanzen.

Die Regierung hat sich auf Einsparmaßnahmen im Verwaltungsapparat der Polizei geeinigt. Hierzu sind konkrete Maßnahmen zum Aufgabenverzicht oder zur Aufgabenreduzierung notwendig. Diese hat das Innenministerium aber nicht vorgelegt. Stattdessen unterstellte der SPD-Fraktionsvorsitzende, die CDU habe im Vollzug sparen wollen, was nicht der Wahrheit entspricht. Es ist vielmehr von der CDU ausdrücklich ausgeschlossen worden.

(Dr. Johann Wadehul [CDU]: Genau! So ist es!)

Nachdem sich der Rechtssausschuss einstimmig, also auch mit den Stimmen von CDU und SPD, auf einen Finanzgerichtspräsidenten geeinigt hatte, hat die SPD diese Personalie gestoppt. Das Finanzgericht wartet weiter auf seinen Präsidenten.

Meine Damen und Herren, die Regierung hat auch einen Kurs in der Frage des Atomkraftwerks Krüm-

(Ministerpräsident Peter Harry Carstensen)

mel. Da hat es eklatante Versäumnisse des Betreibers gegeben. Ich habe mit dem Vorstandsvorsitzenden des Betreibers gesprochen und deutliche Worte gefunden. Die SPD will das aktuelle Problem nutzen, um hier eine ideologische Debatte zu führen.

Was die Vergütung des Vorstandsvorsitzenden der HSH Nordbank angeht, will ich sagen: Herr Kollege Hay saß nicht als Innenminister im Aufsichtsrat der HSH; nein, der Minister saß darin als Vertreter des Koalitionspartners SPD. In dieser Funktion war er vor der Sitzung des Präsidialausschusses informiert worden. Er hat das Einvernehmen bekundet. Er war also informiert, bevor der Beschluss im Präsidialausschuss gefasst wurde. Protest gab es vonseiten der SPD nicht.

(Detlef Matthiessen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Dann ist ja alles wunderbar!)

Als Aufsichtsratsmitglied der SPD ist er auch gebeten worden, die Kabinettsmitglieder aus der SPD und den Fraktionsvorsitzenden der SPD zu unterrichten. Er hat dies auch getan beziehungsweise tun lassen. Das können Sie in seiner persönlichen Erklärung hier im Landtag nachlesen. Da kann die SPD doch nicht so tun, als sei sie nicht informiert gewesen.

Neben Lothar Hay sind außerdem informiert worden die finanzpolitische Sprecherin der SPD, die Abgeordnete Herdejürgen, und der Vorsitzende des Finanzausschusses, der Abgeordnete Neugebauer, beide SPD.

Beide sind noch vor der kleinen Runde des Koalitionsausschusses am 30. Juni -

(Günter Neugebauer [SPD]: Sie sollen bei der Wahrheit bleiben!)

auch vor der Entscheidung -

(Zuruf von der SPD)

- natürlich! - informiert worden. Die Zustimmung des sozialdemokratischen Innenministers Lothar Hay lag also vor. Bis zum Ende der kleinen Runde des Koalitionsausschusses am 30. Juni hätte der SPD-Fraktionsvorsitzende ein klares Veto einlegen können. Er war damals anwesend. Ein Veto ist nicht eingelegt worden.

(Jürgen Feddersen [CDU]: Das glaube ich jetzt nicht!)

Die SPD tut Tage später so, als habe sie von nichts gewusst. - Das kann doch wohl nicht angehen, meine Damen und Herren!

(Beifall bei CDU und FDP)

Wie oft habe ich das erlebt? Zwei Partner treffen schwierige Entscheidungen, und im nächsten Augenblick flüchtet sich einer von beiden aus der Verantwortung. So geht das nicht.

(Zuruf von der SPD)

Unabhängig davon: Herr Nonnenmacher mag zwar einen vertraglichen Anspruch auf die Zahlungen haben, aber moralisch sind die Zahlungen nicht zu rechtfertigen. Deshalb habe ich den Vorstandsvorsitzenden der HSH Nordbank auch persönlich aufgefordert, dem Rechnung zu tragen.

(Beifall bei der CDU)

Meine Damen und Herren, ich habe großes Interesse an der Aufklärung der Gesamtumstände um die **HSH Nordbank**. Deshalb werden wir einen **Parlamentarischen Untersuchungsausschuss** in der nächsten Legislaturperiode bei seiner Arbeit wieder unterstützen.

(Zuruf von der SPD: Nach der Wahl! - Zuruf von der CDU: Vielleicht arbeitet der auch weiter!)

Meine Damen und Herren, Politik ist nicht Schauspiel, ist nicht Theater. Es gibt Leute hier im Saal, die das anders sehen. Aber das ist nicht mein Verständnis von Politik. Ich stehe bei den Bürgerinnen und Bürgern im Wort, und sie haben einen berechtigten Anspruch auf Seriosität und Verlässlichkeit. Ich spiele ihnen nichts vor, und ich spiele auch nicht mit ihren Interessen.

(Zuruf von der SPD)

Das, was ich tue, tue ich aus Überzeugung und mit guten Gewissen. Ich muss bei meinen Partnern in der Regierung sicher sein können, dass das, was ich heute mit ihnen verabredet habe, auch morgen noch Bestand hat.

Ich stelle die **Vertrauensfrage**, weil ich mir nicht sicher sein kann, dass die Maßnahmen, die wir gemeinsam im Koalitionsausschuss und im Kabinett beschlossen haben, nicht nachträglich vom Vorsitzenden der Landes-SPD und der SPD-Fraktion attackiert und hintertrieben werden.

Ich stelle die Vertrauensfrage, weil ich mir nicht sicher sein kann, dass ich künftig für die gemeinsam beschlossenen Maßnahmen die parlamentarischen Mehrheiten erhalten werde. Meine Handlungsfähigkeit als Ministerpräsident ist damit stark eingeschränkt.

(Ministerpräsident Peter Harry Carstensen)

Meine Damen und Herren, für das Stellen der Vertrauensfrage gibt es für mich noch einen weiteren Grund. Natürlich fiel es beiden Koalitionspartnern von Beginn an nicht leicht, sich im Interesse unseres Landes auf politische Konzepte zu verständigen. Aber es ist uns in der ersten Phase der Legislaturperiode in einer ganzen Reihe von Politikfeldern gelungen - und das trotz der dargestellten Abwärtsbewegung.

Jetzt aber stehen wir vor sehr großen **Herausforderungen**. Sie sind noch größer als vor vier Jahren, als diese Regierung an den Start gegangen ist. Das konnten wir nicht beeinflussen. Es ist ein weltweites Phänomen, und wir können uns dem nicht entziehen. Zu brutal ist der Einbruch der Wirtschaft. Das deutsche Bruttoinlandsprodukt wird um 6 % sinken, sagen die Experten. Das hat dramatische Folgen in den Unternehmen, auf dem Arbeitsmarkt und im Landeshaushalt.

Die globale **Wirtschaftskrise** wird mit voller Wucht auf den Landeshaushalt durchschlagen. Allein in den letzten beiden Quartalen dieses Jahres werden im Vergleich zum Vorjahreszeitraum Steuereinnahmen in einer Größenordnung von mehr als 600 Millionen € wegbrechen. Das ist ein bislang einmaliger Vorgang. Schon heute ist jede Bürgerin und jeder Bürger im Land mit 9.000 € verschuldet allein durch die **Defizite in den öffentlichen Kassen** Schleswig-Holsteins. Das Land zahlt jedes Jahr 1 Milliarde € Zinsen bei über 23 Milliarden € Schulden. Es ist Zeit zur Umkehr.

Diese Aufgabe muss eine Landesregierung im engen Schulterschluss der Partner bewältigen. Sie muss Stabilität und Handlungsfähigkeit beweisen ganz gemäß der Vorgabe: zuerst das Land, dann die Koalition.

Ich weiß, die gewaltigen Herausforderungen allein rechtfertigen eine Vertrauensfrage nicht. Entscheidend ist: Eine Regierung braucht stetige **Unterstützung**, erst recht in Zeiten der Krise. Die Wirtschafts- und Finanzkrise wird sich auch in der **Politikgestaltung** widerspiegeln müssen. Der gemeinsame Nenner, auf den CDU und SPD vor rund vier Jahren gekommen sind, reicht für eine erfolgreiche Bewältigung der Wirtschafts- und Finanzkrise heute nicht mehr aus.

Ich sehe keine ausreichende Grundlage mehr, um die weitergehenden Maßnahmen zu ergreifen, die nach meiner Überzeugung notwendig und unverzichtbar sind. Wir müssen den Haushalt jedes Jahr um dreistellige Millionenbeträge entlasten, um im Jahre 2020 einen ausgeglichenen Haushalt zu errei-

chen. Dazu verpflichtet uns das Grundgesetz. Deshalb hat das Kabinett mit dem Entwurf zum **Nachtragshaushalt** von jedem Ressort **strukturell wirkende Maßnahmen** und Vorschläge eingefordert, die gesetzliche und nicht gesetzliche Leistungen reduzieren. Diese sollten bis zum 3. Juli dem Finanzministerium geliefert werden.

Ich kann es kurz machen: Die Lieferung war nicht akzeptabel. Ich kann Ihnen sagen, welcher Art die Vorschläge waren. Das Innenministerium will zum Beispiel die persönliche Präsenz von Mitgliedern der Landesregierung bei Ehrenämtern herunterschrauben oder die Durchführung der Abschiebehaft aus dem Einzelplan 04 des Innenministeriums in den Einzelplan 09 des Justizministeriums verlagern. Sind das etwa Ihre Vorstellungen von strukturellen Einsparungen?

Auch das, was nicht geliefert wurde, ist interessant. Das Bildungsministerium kann nicht eine Maßnahme benennen, wie wir Lehrerinnen und Lehrer von Verwaltungsaufgaben entlasten können. Wenn das Auskunft gibt über die Reformbereitschaft, um zu einem verfassungsgemäßen und dann ausgeglichenen Haushalt zu kommen, dann wird mir wirklich Angst und Bange.

(Zuruf des Abgeordneten Günter Neugebauer [SPD])

Bereits im vergangenen Jahr haben wir erlebt, wie wenig ernst die mittelfristige Finanzplanung insbesondere auf der SPD-Seite genommen wird. Die Lücken haben wir noch gemeinsam festgestellt. Das war aber schon das Ende aller Gemeinsamkeiten, denn die Lücken schließen wollte man nicht. Wie erst soll dann die Zusage gegenüber dem Parlament eingehalten werden, im Dezember eine neue solide mittelfristige Finanzplanung für die Jahre 2009 bis 2014 vorzulegen? Nach meiner Überzeugung wird uns das mit diesem Koalitionspartner nicht gelingen. Die Neuverschuldung des Landes wird weiter in die Höhe schießen. Dabei hängen uns Schulden und Zinszahlungen ohnehin schon wie ein Mühlstein um den Hals.

Meine Damen und Herren, wir müssen die Finanzplanung auf die im Grundgesetz verankerte Schuldenbremse ausrichten. Der SPD-Fraktionsvorsitzende hält jedoch die Schuldenbremse für eine Zukunftsbremse. Rituelle Selbstfesselung nennt er es. Ja, mehr noch: Anstatt unser Land handlungsfähig halten zu wollen, sieht er in der Schuldenbremse ein Verarmungsprogramm für unser Land.

Deshalb hat sich die SPD im Landtag am Mittwoch vor einer Woche inhaltlich und formal nicht festge-

(Ministerpräsident Peter Harry Carstensen)

legt. Sie will die eindeutigen Regeln des Grundgesetzes und die notwendigen Einsparungen, die sich daraus ergeben, einfach nicht akzeptieren.

(Andreas Beran [SPD]: Noch eine Unwahrheit!)

Doch damit führen Sie das Land in die finanzielle Sackgasse. Was ist das für eine Haltung? Eine seriöse Finanzplanung wird ein Höchstmaß an Geschlossenheit, gegenseitigem Vertrauen und Verlässlichkeit erfordern. Das ist in dieser Koalition nach meiner festen Überzeugung nicht mehr machbar.

(Peter Eichstädt [SPD]: Haben Sie schon gesagt!)

Es gibt zwischen CDU und SPD gravierende konzeptionelle Differenzen in der Finanzpolitik. Die CDU bekennt sich zu einer soliden Finanzpolitik, weil sie die beste Voraussetzung für die Zukunftssicherung unserer Gesellschaft und unserer Kinder ist. Die SPD dagegen neigt dazu, noch mehr Leistungen zu versprechen und so noch mehr Hypotheken für die Zukunft aufzunehmen. Wir sehen das bei den beitragsfreien Kita-Jahren, wir sehen das bei den Sonderzuwendungen.

Wir müssen auch an die **kommunale Ebene** denken. Die aktuelle Finanzsituation und der notwendige Eingriff in den kommunalen Finanzausgleich erfordern eine nachhaltige und strukturelle Aufgabenentlastung. Zu Beschlüssen sind wir mehrmals gekommen, zu einer wirksamen Kosten- und Aufgabenreduzierung nicht. Auch für die Zukunft verhindern ideologische Blockaden eine dringend notwendige Entlastung der Kommunen. Dadurch wird die kommunale Selbstverwaltung weiter erheblich eingeschränkt. Das ist nicht länger hinnehmbar.

(Zurufe von der SPD)

Was für die Kommunen gilt, gilt auch für das **Land**. Denn wir müssen auch in zentralen Bereichen des Landes Ernst machen mit der Aufgabe von Aufgaben. Wir haben eine ausführliche Aufgabenkritik vorgenommen, aber alle Vorschläge sind blockiert worden.

(Andreas Beran [SPD]: Ja, genau!)

Damit bleibt es auch für die Zukunft ganz oben auf der Agenda.

Wir brauchen einschneidende strukturelle Veränderungen, die so schnell wie möglich wirksam werden. Auch hier können wir uns keinen Stillstand mehr erlauben.

Meine Damen und Herren, wir müssen weitere richtungweisende Entscheidungen treffen. Wir werden die Interessen des Landes bei der HSH Nordbank zu wahren und unsere Vermögenswerte zu schützen haben. Wir müssen eine Kreditklemme für unsere Unternehmen verhindern. All das können wir nur erreichen, wenn die Regierung mit einer Stimme spricht. Wir müssen die Landesbanken neu strukturieren und die Sparkassen durch Beteiligungen aus dem öffentlichen Bereich stärken. Das darf nicht weiter auf die lange Bank geschoben werden. Wir müssen auf einen Energiemix setzen, der sauber, sicher und bezahlbar ist. Wer das infrage stellt, der gefährdet den Wirtschaftsstandort im Norden und schadet den kleinen Leuten, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CDU)

Wir müssen das Rückgrat unserer mittelständischen Wirtschaft stärken. Dazu brauchen wir auch die einzelbetriebliche Förderung. Sie ist Motor für Investitionen, Innovation und Beschäftigung. Sie trägt auch dazu bei, Wettbewerbsverzerrungen der Förderung im Vergleich mit anderen Ländern auszugleichen. Wer das vergisst, handelt gegen die Interessen der Beschäftigten.

(Zurufe von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir müssen uns zwischen zwei Handlungsmaximen entscheiden: Bewältigen wir die Wirtschaftskrise erfolgreich mit Eigenverantwortung und neuen Spielräumen, oder soll sie durch zentralistische staatliche Eingriffe in Wirtschaft und Gesellschaft überwunden werden?

(Lachen bei der SPD)

Diese Fragestellung zieht sich als Leitfrage durch nahezu alle Politikbereiche, von der Modernisierung der Verwaltung bis hin zum Landesentwicklungsplan. Mit dem Landesentwicklungsplan wollen wir die positive Entwicklung in der Stadt und auf dem Land unterstützen. Zu enge Vorgaben, die sich gegen den ländlichen Raum richten, sind da kontraproduktiv, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CDU)

Da ist in der Vergangenheit viel Porzellan zerschlagen worden. Ich will gemeinsam mit der kommunalen Familie neue Perspektiven schaffen.

Meine Damen und Herren, bei alledem dürfen wir nicht die Schere im Kopf haben. Der gemeinsame Nenner der Vergangenheit taugt nicht für die großen und notwendigen Lösungen der Zukunft.

(Ministerpräsident Peter Harry Carstensen)

Bei der gegenwärtigen Situation innerhalb der Großen Koalition ist es mir aber nicht möglich, die aus meiner Überzeugung erforderlichen Maßnahmen zu ergreifen. Denn dabei droht der Verlust der Mehrheit im Landtag.

Die Mehrheit im Landtag hat mich vor vier Jahren gewählt. Die Mehrheit im Landtag hat in Abstimmungen lange hinter der Landesregierung gestanden, aber die **Mehrheit** in diesem Landtag wird nicht hinter dem stehen, was ich inzwischen für dieses Land für unbedingt erforderlich halten muss. Deshalb müsste ich meine politischen Zielsetzungen bereits im Kabinett und im Koalitionsausschuss zurückhalten. Dann aber kann ich meiner **Richtlinienkompetenz** nicht mehr gerecht werden. So werden aus meiner Sicht notwendige Schritte gar nicht erst Gegenstand parlamentarischer Initiativen.

(Zuruf von der SPD: Sehr konstruiert!)

Ich kann nicht mit **Initiativen** in den Landtag gehen, wenn ich schon vorher weiß, dass ich keine Mehrheit dafür finde. Das kann sich auf die Zukunft dieses Landes fatal auswirken. Hier geht Handlungsfähigkeit verloren, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CDU)

Schleswig-Holstein braucht eine Regierung, in der die politischen Repräsentanten - damit meine ich auch die Partei- und Fraktionsvorsitzenden - zu einer gemeinsamen Linie finden, sich dann dazu bekennen und auch nach dieser gemeinsamen Linie handeln. Denn wie sollte es anders sein? Eine Opposition in der Regierung kann und darf es nicht geben! Die SPD hat am Freitag in diesem Haus gesagt, die SPD sei regierungswillig und regierungsfähig. Den Beleg für das Letztere ist sie uns schuldig geblieben.

(Beifall bei der CDU - Dr. Gitta Trauernicht [SPD]: Das ist eine Frechheit! - Weitere Zurufe von der SPD)

Jedenfalls ist sie erkennbar nicht bereit, die geeigneten Maßnahmen zu unterstützen, die aus meiner Sicht unabdingbar sind, um das Land aus der Krise zu führen und seine Zukunft zu sichern.

(Günter Neugebauer [SPD]: Lesen Sie aus Märchen vor?)

Die SPD hat am Freitag in diesem Hause der CDU den Bruch des Koalitionsvertrags vorgeworfen.

(Konrad Nabel [SPD]: Zu Recht!)

Wer hat sich denn zuvor immer und immer wieder von den gemeinsamen Verabredungen entfernt?

(Beifall bei der CDU - Andreas Beran [SPD]: Austermann!)

Wir dagegen haben immer eine Weiterentwicklung der notwendigen Maßnahmen und Anpassungen an die geänderten Rahmenbedingungen angemahnt, zuletzt noch bei den Koalitionsverhandlungen, bei denen von der SPD nicht ein einziger konstruktiver Vorschlag zur Haushaltskonsolidierung auf den Tisch gelegt worden ist, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CDU)

Wir wollen und brauchen angesichts der großen Herausforderungen für unser Land und seine Regierung ein festes Fundament.

Meine Damen und Herren, am Freitag haben die Fraktionen debattiert. Johann Wadephul hat es für die CDU-Fraktion gesagt, Wolfgang Kubicki hat es für die FDP-Fraktion gesagt, Karl-Martin Hentschel hat es für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gesagt, und Anke Spoorendonk hat es für den SSW gesagt. Alle haben sie recht: Wir brauchen **Neuwahlen!**

Ich komme nach meiner ganz persönlichen Einschätzung zu dem Schluss, dass mir das Vertrauen bei den vor uns liegenden Entscheidungen nicht von einer stabilen Parlamentsmehrheit gewährt wird. Als Ministerpräsident bin ich darauf angewiesen.

(Zuruf von der SPD)

Meine Damen und Herren, aus diesen Gründen habe ich die Vertrauensfrage gestellt. Findet die Vertrauensfrage nicht die Mehrheit der Mitglieder des Schleswig-Holsteinischen Landtags, werde ich gemäß **Artikel 36 Abs. 1 Satz 1 der Landesverfassung** die **Wahlperiode** vorzeitig für beendet erklären. Dann werde ich dem Kabinett vorschlagen, im Einklang mit der Landesverfassung den **Termin** für die Neuwahlen auf den **27. September** festzusetzen.

(Anhaltender Beifall bei der CDU)

Präsident Martin Kayenburg:

Ich eröffne die Aussprache. Ich weise darauf hin, dass mir der Abgeordnete Dr. Stegner mitgeteilt hat, dass die SPD-Fraktion des Schleswig-Holsteinischen Landtags die Landesregierung nicht mehr mittrage. Damit ist die SPD-Fraktion die stärkste die Regierung nicht tragende Fraktion und ihr Vorsitzender der Oppositionsführer.

(Präsident Martin Kayenburg)

(Unruhe - Wolfgang Kubicki [FDP]: Sehr gut!)

Ich erteile daher jetzt dem Vorsitzenden der SPD-Fraktion und Oppositionsführer, Herrn Dr. Ralf Stegner, das Wort.

(Unruhe - Frank Sauter [CDU]: Stegner stürzt Kubicki!)

Dr. Ralf Stegner [SPD]:

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Kolleginnen und Kollegen! Am 20. Februar 2005 haben die Schleswig-Holsteinerinnen und Schleswig-Holsteiner einen Landtag gewählt, dessen Mehrheitsverhältnisse nicht einfach gewesen sind. Da die größte inhaltliche Schnittmenge zwischen Grünen, SSW und SPD bestand, haben wir versucht, mit diesen Parteien eine Regierung zu bilden. Diese ist leider an einer Person gescheitert. Es war eine beschämende parlamentarische Stunde, die am Anfang dieser Großen Koalition stand.

(Zuruf: Wer war das?)

Aber die Wählerinnen und Wähler hatten gewählt. Schon 2005 war ich der Meinung: Wir können nicht so lange wählen lassen, bis uns die Ergebnisse gefallen. Dieser Meinung bin ich auch weiterhin. Das gilt auch heute.

Deswegen haben wir in Verantwortung für unser Land Schleswig-Holstein gehandelt und sind in eine Große Koalition gegangen. Deswegen wollten wir Sozialdemokraten auch als einzige Fraktion in diesem Landtag stets - auch gerade jetzt in der größten Wirtschafts- und Finanzkrise - am in der Verfassung vorgegebenen Wahltermin festhalten, und deshalb gilt auch für die kommende Wahl: Parteien werden für ihre Inhalte und Ziele gewählt, Wähler und Wählerinnen entscheiden, nicht Demoskopen oder Lobbyisten oder Parteistrategen, und nach der Wahl müssen alle demokratischen Parteien miteinander koalitionsfähig sein. Dies gilt gerade auch in Schleswig-Holstein, wo die großen Volksparteien eine jahrzehntelange Tradition der Feindschaft miteinander hatten.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, **gemeinsames Regieren** ist keine Frage von persönlicher Sympathie, auch wenn diese hilfreich sein kann. Es gibt auch keinen politischen Zwang zu behaupten, politisch notwendige **Kompromisse** seien mehr als Kompromisse, nämlich das, was man schon immer gewollt habe. Dieses Ritual jener Koalitionsmehrheit, alles zu kritisieren, was man bis vor Kurzem noch richtig fand, und das zu beklatschen, was man

stets bekämpft hat, trägt nicht zur Glaubwürdigkeit und Besserung der demokratischen Akzeptanz bei.

Das haben auch beide Koalitionspartner in diesem Haus nicht getan. So gibt es wohl kaum einen Kollegen der CDU-Fraktion, der im Landtag oder in entsprechenden Veranstaltungen Gutes über die Gemeinschaftsschule gesagt hat, und Herr Austermann - wenn Sie sich noch erinnern: der Vorgänger von Herrn Biel - hat stets offensiv für eine Aufkündigung des Atomkonsenses und für mehr Atomenergie geworben.

Wir Sozialdemokraten haben dagegen immer deutlich gemacht, dass wir uns Tariftreue und Mindestlöhne wünschen, dass wir die Bürgerbeauftragte nicht mehr als ein Jahr auf ihre Wahl hätten warten lassen. Wir haben auch gesagt, dass solche Wünsche in Koalitionen manchmal nicht zu realisieren sind, weil der Partner nicht mitzieht. All dies geschah regelmäßig unter beißender Kritik der Oppositionsfraktionen, entweder mit dem Argument, wir seien opportunistisch, mutlos, den eigenen Überzeugungen zu folgen, oder aber, wenn wir unseren Dissens haben erkennen lassen, besonders heftig mit dem Gegenargument, das Erscheinungsbild der Koalition sei furchtbar.

Nein, diese Große Koalition war wirklich nicht unsere Wunschkoalition. Ich bleibe bei dem, was ich 2005 gesagt habe, nämlich dass die SPD in dieser Koalition, in der die Union den Ministerpräsidenten gestellt hat, Partner und Gegengewicht zum konservativen Teil der Regierungskoalition sein muss. Selbst hier waren aber gelegentlich Korrekturen möglich über den Weg des **Koalitionsausschusses**. Wir haben so auf Wunsch der SPD die unsoziale Mehrbelastung der Eltern mit höheren Schülerbeförderungskosten wieder eingesammelt, wofür ich auch persönlich die Verantwortung übernommen habe. Auf der anderen Seite mussten wir aufgrund des CDU-internen Widerstands eine umfassende und viel Geld sparende Verwaltungsstrukturreform aufgeben, nachdem die Union in dieser Frage mehrmals die Richtung gewechselt hatte.

(Günter Neugebauer [SPD]: Leider wahr!)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich glaube, dass die Bürgerinnen und Bürger auch bei Koalitionsregierungen ein Anrecht darauf haben zu erfahren, was die eigentlichen Positionen der Koalitionspartner sind und was notwendige Kompromisse sind. Die auch in der Politik notwendigen Kompromisse muss man doch erklären - der eigenen Fraktion und Partei und erst recht den Bürgerinnen und Bürgern!

(Dr. Ralf Stegner)

Diese **Koalition** hat ein neues Schulgesetz beschlossen, ein bundesweit vorbildliches Kinderschutzgesetz, eine Reform der Amtsverwaltungen, das beitragsfreie Kita-Jahr und vieles mehr, was die Situation der Menschen in Schleswig-Holstein verbessert hat. Andere **Entscheidungen** sind uns schwergefallen. Das gilt auch für Einsparungen und Umstrukturierungen, die aus finanziellen Gründen erfolgen müssen. Da muss ich doch nicht behaupten, es sei überhaupt kein Problem, 150 Stellen bei der Polizei einzusparen, das sei schon immer überflüssig gewesen. Ich stehe aber dazu, und so finden Sie das auch nirgendwo anders: Die Einsparung dieser 150 Stellen ist vertretbar, schwierig, aber vertretbar. Was ich nicht vertretbar finde, ist, wenn gezielt von Unionsabgeordneten bei der GdP das Gerücht verbreitet wird, die SPD hätte diese Kürzung überhaupt erst ins Spiel gebracht.

Fakt ist, dass wir die Vorschläge, die der CDU-Finanzminister ins Kabinett eingebracht hat und die uns am Sonntag des Koalitionsausschusses nach intensiver Diskussion noch einmal unverändert überreicht wurden, sorgfältig geprüft und sie deutlich reduziert haben auf ein vertretbares Maß, damit nicht der Polizeivollzug, der Justizvollzug oder die Unterrichtsqualität dadurch tangiert würden, was nur wir Sozialdemokraten faktisch - nicht nur in öffentlichen Reden - ausschließen wollten.

(Beifall bei der SPD)

Jene Vorschläge, auf die Sie so stolz waren, mussten auf das verantwortbare Maß korrigiert werden. Ihre ständig kolportierten Behauptungen - Herr Ministerpräsident, heute schon wieder -, die SPD sei nicht vorbereitet gewesen, habe keine Vorschläge gemacht, sind falsch, sind absurd. Ich frage Sie: Was soll also dieses kleine parteipolitische Karo, Herr Ministerpräsident?

(Beifall bei der SPD)

Die SPD-Fraktion und auch ich selbst stehen zu den ausgehandelten Einsparvorschlägen, die dringend nötig sind, die aber auch hart an der Grenze der Möglichkeiten liegen. Ich hätte mir gewünscht, dass die Regierung Zeit gehabt hätte, die notwendigen Umstrukturierungen einzuleiten sowie mit Augenmaß und Kenntnis ihrer Ministerien voranzutreiben. Wir werden in der nächsten Legislaturperiode den einen oder anderen Akzent sicherlich anders setzen, im Bildungsbereich, bei der Kinderbetreuung, bei einer konsequenten Verwaltungsstrukturreform, und wir wollen weiterhin für mehr Steuereinnahmen durch ein gerechteres Steuersystem sorgen.

Herr Ministerpräsident und meine Damen und Herren von der Union, ich glaube, dass Ihr Koalitionsbruch und die Neuwahlpläne auch die Flucht vor der Umsetzung dieser Sparvorgaben sind - wissen Sie doch nur zu gut, dass nach den Stellenkürzungen in den personalintensiven Ressorts nun Sie bei den millionenschweren Förderprogrammen im Landwirtschafts- und Wirtschaftsressort hätte Farbe bekennen müssen.

(Beifall bei der SPD)

Ich möchte aber auch an den von Uwe Döring und den Sozialdemokraten vorgeschlagenen Beschäftigungspakt erinnern, da wir in der Sicherung und Schaffung von Beschäftigung die aktuell dringendste Aufgabe der Regierung sehen. Hier hätten wir uns die volle **Handlungsfähigkeit** einer Regierung gewünscht statt der monatelangen Dauerbeschäftigung mit dem Austüfteln parteitaktisch günstig erscheinender Wahltermine.

Sehr verehrter Herr Ministerpräsident, es hätte Ihnen mehr um die Sicherung der Arbeitsplätze der Menschen in Schleswig-Holstein und weniger um die Sicherung Ihres eigenen Arbeitsplatzes gehen dürfen.

(Beifall bei der SPD)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, die Bürgerinnen und Bürger hätten es wirklich verdient, dass wir uns um die Beschäftigten in Schleswig-Holstein kümmern.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Das stimmt!)

Die Beschäftigten hätten es verdient, dass der geplante, notwendige und einzigartige Personalabbau vernünftig geplant wird und nicht zu ihren Lasten geht. Das wäre Verantwortung zum Wohl unseres Landes, auf die ein Ministerpräsident und die Regierung verpflichtet, ja, sogar vereidigt worden ist.

Die Bürgerinnen und Bürger wissen zudem, dass es die Sozialdemokraten waren, die im Koalitionskompromiss dafür gesorgt haben, dass Mitbestimmung, Gleichstellung, Kita-Standards und der Verzicht auf betriebsbedingte Kündigungen Bestand haben. Wer Ihnen heute zugehört hat - Sie haben vorhin ausgeführt, leider hätten Sie all das nicht durchsetzen können, was Sie gern machen möchten -, weiß, dass das nun alles in Gefahr ist. Ich sage den Schleswig-Holsteinerinnen und Schleswig-Holsteiner: Nur bei einer sozialdemokratisch geführten Landesregierung wird es bei diesen Zusagen bleiben.

(Beifall bei der SPD)

(Dr. Ralf Stegner)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, der Kollege Wadephul hat mich am letzten Freitag in seiner Rede vor diesem Hohen Haus unter Verweis auf den Roman von Max Frisch als Brandstifter bezeichnet. Damit wollte er wohl dem amtierenden Ministerpräsidenten die Rolle des Biedermanns zuweisen. Ich erlaube mir dazu ein Zitat aus der am weitesten verbreiteten Interpretation dieses Stücks, Herr Kollege Wadephul. Ich zitiere:

„Herr Biedermann ist ein ehrgeiziger Geschäftsmann, der nach mehr Ansehen und Beliebtheit strebt, und dabei keine Rücksicht nimmt. Er denkt bei allen Katastrophen zuerst daran, wie er sich selbst damit einen Vorteil verschaffen könnte, später will er nichts mehr damit zu tun haben. Er ist im Angesicht unliebsamer und schmerzlicher Erkenntnisse ein Meister der Verdrängung und des Vergessens.“

So weit die gängige Lesart des Stückes von Max Frisch, Herr Kollege Wadephul. Sie als belebter Mensch hatten das sicherlich im Kopf. Das spricht für sich.

(Beifall bei der SPD)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, in diesem Hause geht es viel um Schein und Sein. Georg Kreisler hat einmal gesagt: „Zerstören Sie einem Menschen seinen Schein, und Sie werden sehen, wie schnell auch das Sein zu Ende ist.“ Vieles war in den letzten Tagen in Kiel mehr Schein als Sein. Lassen Sie mich das an sieben Punkten deutlich machen.

Erstens. Herr Ministerpräsident Carstensen, Sie haben gesagt, die SPD habe Sie zu der **Vertrauensfrage** gezwungen, schließlich hätte ich Ihnen in der Rede am Freitag, dem 17. Juli, das Vertrauen entzogen. Das ist der Schein.

Wahr ist, dass die Abgeordneten Carstensen, Wadephul und Fraktion mit ihrem Antrag auf Auflösung des Landtags die Koalition bereits am 15. Juli aufgekündigt hatten. Wahr ist, dass Sie das seit Monaten vorbereitet und immer wieder haben durchblicken lassen, zuletzt bei der frei erfundenen Behauptung vor drei Monaten, die SPD selbst wolle Neuwahlen, und mit ständig wiederholten schwarzgelben Verlobungsfeierlichkeiten auf Schloss Gottorf und anderswo.

(Beifall bei der SPD)

Zweitens. Herr Ministerpräsident Carstensen, Sie haben mit dem Kollegen Dr. Wadephul den Antrag damit begründet, dass die SPD nicht mehr zu den

Konsolidierungsbeschlüssen der Koalition stehe und daher unzuverlässig sei. Das ist der Schein.

Wahr ist, dass wir noch am selben Morgen des 15. Juli die gemeinsame Vereinbarung eins zu eins in einem gemeinsamen Antrag im Landtag beschlossen haben, die ich im Übrigen in meiner Rede ohne Wenn und Aber unterstützt habe.

(Beifall bei der SPD)

Drittens. Herr Ministerpräsident Carstensen, Sie haben unverdrossen und im Chor mit den Kollegen Wadephul und Kubicki behauptet, die SPD habe die **Neuwahlentscheidung** bis in die Ferienwoche hinein verzögert, weil wir auch nach Ihrem Koalitionsbruch immer noch gegen Neuwahlen seien und an einer gemeinsamen Regierung mit Koalitionsbrechern festhalten wollten. Von Zwangsehe war da die Rede. Dies ist der Schein. Wahr ist jedoch, dass der von Ihnen so lange geplante **Antrag** für die **Auflösung des Landtags** verfassungswidrig gewesen wäre und Sie erst nach Hilfestellung durch den klugen Verfassungsminister Lothar Hay Ihre Abstimmung auf den ersten Ferientag verschieben mussten.

Wahr ist auch, dass Sie diese **Vertrauensfrage** bereits letzte Woche hätten stellen können. Und wahr ist auch, dass ein **Rücktritt** bereits in der letzten Woche möglich gewesen wäre, nur eben die Ihnen angenehmste Lösung nicht. Wahr ist eben auch, dass ich für die SPD-Fraktion am Freitag erklärt habe, dass wir sehr wohl zu schnellen Neuwahlen bereit sind, nachdem Sie diese Koalition gebrochen haben. Ich habe aber für die SPD hinzugefügt - ich wiederhole es -: Einem ehrlosen Antrag, der die Auflösungsentscheidung mit der angeblich mangelnden Zuverlässigkeit der SPD begründet, können und werden wir niemals zustimmen!

(Beifall bei der SPD - Wolfgang Kubicki [FDP]: Das haben die Grünen nicht gemacht und wir auch nicht!)

- Ich habe für die Begründung die Kollegen der CDU in Anspruch genommen. - Sie mögen einen machtpolitischen Sieg erringen, aber Sie werden diese sozialdemokratische Fraktion nicht dazu bringen, für Ministersessel unseren Stolz zu opfern, meine sehr verehrten Damen und Herren!

(Beifall bei der SPD)

Wahr ist schließlich, dass ich Ihnen prognostiziert habe, dass wir geschlossen abstimmen werden, was Sie immer bezweifelt haben, was aber genauso gekommen ist. So wird das übrigens in diesem Haus auch bleiben.

(Dr. Ralf Stegner)

Viertens. Sie, Herr Ministerpräsident Carstensen, werden nicht müde zu behaupten, dass die SPD-Fraktionsspitze und der SPD-Teil der Landesregierung der skandalösen **Millionenzahlung** an den HSH-Chef Nonnenmacher zugestimmt haben. Das ist der Schein. Wahr ist, dass Ihnen spätestens bei der deutlichen Kritik von Frau Erdsiek-Rave und mir in der Koalitionsrunde am 30. Juni glasklar gewesen sein muss, dass wir diese Entscheidung nicht gutheißen, geschweige denn ihr unsere Zustimmung geben. Das hat Sie nicht daran gehindert, in einem Brief am 10. Juli, zehn Tage später, gegenüber dem Landtag die Unwahrheit zu behaupten, an der Sie dann noch eine Woche lang festgehalten haben.

Fünftens. Sie, Herr Ministerpräsident Carstensen, haben am Montag behauptet, Sie hätten nach unserem **Misstrauensantrag** keine andere Wahl gehabt, als die Ministerinnen und Minister der SPD zu entlassen. Das ist der Schein. Wahr ist jedoch, dass Sie die Koalition aufgekündigt und diese fingierte Vertrauensfrage gestellt haben und dass Sie das, was Sie kurz zuvor noch öffentlich und gegenüber Frau Erdsiek-Rave explizit ausgeschlossen hatten - in voller Kenntnis über das Abstimmungsverhalten der SPD-Fraktion -, eiskalt vollzogen haben.

Sechstens. Es wird immer wieder kolportiert, hier gehe es um das persönliche Verhältnis zweier Männer. Das ist der Schein. Wahr ist, dass das Verhältnis für Sie, Herr Ministerpräsident Carstensen, nicht zufällig gerade dann nicht mehr tragbar schien, als der nach den Umfragen günstigste Wahltermin durch Koalitionsbruch noch zu erreichen war. Im Übrigen finde ich es auch merkwürdig, angesichts der Aufgaben und der Verantwortung, die wir in diesem Land haben, solche albernen Fragen in den Vordergrund zu stellen. Die Menschen wenden sich von solchen Inszenierungen ab. Ich bedauere ausdrücklich den Anteil, für den ich selbst an diesem Prozess die Verantwortung habe. Schließlich geht es hier um etwas anderes. Ich sage Ihnen allerdings auch, Herr Kollege Wadephul: Auch andere wären gut beraten, einmal einen selbstkritischen Ton hier im Landtag anzuschlagen. Das habe ich am Freitag von anderen vermisst.

(Beifall bei der SPD)

Siebtens. Heute handelt es sich scheinbar um eine ehrliche Vertrauensfrage, da Sie, Herr Ministerpräsident Carstensen, in den letzten Tagen auch wirklich alles dafür getan haben, den letzten Rest von Vertrauen in Sie und Ihre Rumpfregierung vollständig zu zerstören. Wahr ist aber dennoch, dass es eine fingierte, eine **unehrliche Vertrauensfrage**

bleibt, da sie mit der Absicht gestellt wird, sie nicht zu gewinnen, also das Gegenteil zu bewirken, was Sie in Ihrem Antrag formulieren. Aber was bedeuten schon die Absichten der Verfassungsgeber, wenn die Aussicht besteht, angesichts günstig erscheinender Umfrageergebnisse die Macht zu sichern! Sie, Herr Ministerpräsident Carstensen, hatten eine solche unehrliche Vertrauensfrage für sich bisher stets als Trickserie bezeichnet und ausgeschlossen. Das ist sie übrigens auch, weil unsere Verfassung eine fingierte Vertrauensfrage nicht vorsieht, erst recht seit es das **Selbstauflösungsrecht** des Landtags gibt.

(Zurufe von CDU und FDP)

- Ich wusste, dass die Zwischenrufe kommen. Deswegen gilt Ihnen mein nächster Satz: Dies allerdings dient dem Zweck, parteitaktisch günstige Wahltermine zu ermöglichen, was ich noch einmal ausdrücklich an Ihre Adresse sage. Vieles spricht also dafür, dass das nicht verfassungsgemäß ist, was Sie hier treiben.

(Beifall bei der SPD)

Ihr Rücktritt, Herr Ministerpräsident Carstensen, wäre der wirklich ehrliche Weg gewesen, wenn Sie eine Koalitionsregierung nicht mehr führen können oder führen wollen.

(Beifall bei der SPD)

Selbst die Zeitung „Die Welt“, nicht eben ein sozialdemokratisch gesonnenes Blatt, spricht vom schlüpfrigen Weg einer getürkten Vertrauensabstimmung.

Nein, Herr Ministerpräsident, ich bin der festen Überzeugung, dass Ihre Sorge, den 27. September nicht zu erreichen, so groß war, dass Sie nicht die leiseste Chance offenlassen durften, dass die SPD sich der Vertrauensfrage womöglich noch hätte verweigern können, obwohl das schon eine abenteuerliche Vorstellung ist. Deshalb haben Sie die Leistungsträger dieses Kabinetts entlassen. Was für ein jämmerlicher Grund für einen jämmerlichen Akt!

(Beifall bei der SPD)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, der Tenor, mit dem Herr Carstensen die unehrliche Vertrauensfrage, den stillen Rausschmiss der SPD-Ministerinnen und -Minister bedauert, erinnert mich an Goethe, der die Leonore in Torquato Tasso sagen lässt:

„Wie jammert mich das edle, schöne Herz!
Welch traurig Los, das Ihrer Hoheit fällt!
Ach sie verliert - und denkst du zu gewinnen?“

(Dr. Ralf Stegner)

Ist's denn so nötig, dass er sich entfernt?
Machst du es nötig, um allein für dich
Das Herz und die Talente zu besitzen,
Die du bisher mit einer anderen teilst
Und ungleich teilst? Ist's redlich so zu han-
deln?
Bist du nicht reich genug? Was fehlt dir
noch?"

Solche Spiele, sehr verehrte Damen und Herren,
sind eines Ministerpräsidenten nicht würdig, und
das wissen Sie auch.

(Beifall bei der SPD)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wir
stecken mitten in der größten Wirtschafts- und Fi-
nanzkrise unseres Landes, und Sie entlassen den
kompetenten, anerkannten Arbeitsminister Uwe
Döring. Das nenne ich verantwortungslos.

(Beifall bei SPD und SSW)

Der Landtag hat der HSH Nordbank Mittel und
Bürgschaften in einem nie gekannten Umfang ge-
geben. Ein parlamentarischer Untersuchungsaus-
schuss hat gerade seine Arbeit aufgenommen. Und
was passiert? Der Landtag wird aufgelöst. Das nen-
ne ich verantwortungslos.

(Beifall bei SPD und SSW - Zurufe von der
FDP)

Es gab Anfang dieses Monats einen erneuten Stör-
fall in Krümmel, und es bedarf mehr denn je einer
funktionierenden Atomaufsicht und einer kompe-
tenten politischen Vertretung. Die zuständige erfah-
rene Ministerin Gitta Trauernicht wird entlassen.
Der Nachfolger ist, wie wir gestern bei Facebook
lesen konnten, alles andere als begeistert von der
Sache. Das nenne ich verantwortungslos, meine
Damen und Herren!

(Beifall bei der SPD)

Im Bildungsbereich sind nicht nur umfangreiche In-
vestitionen zu koordinieren, sondern es sind auch
die neuen Schulformen, die geänderten ersten
Grundschuljahre, der Ausbau der Kinderbetreuung,
der Ausbau der Ganztagschulen zu begleiten ohne
die Ministerin Ute Erdsiek-Rave, die mit Kompe-
tenz und Verantwortung die Vorstellungen beider
Koalitionspartner konsequent umgesetzt hat. Das
nenne ich verantwortungslos.

(Beifall bei der SPD)

Die Kommunen werden einen massiven Einbruch
ihrer Steuereinnahmen haben und doch schwer-
punktmäßig für die entscheidenden Konjunkturpro-

gramme zuständig sein ohne den kompetenten, sa-
chorientierten Kommunalminister Lothar Hay, den
Sie entlassen haben. Das nenne ich verantwortungs-
los.

(Beifall bei SPD und SSW)

Und mit der angekündigten Entlassung der sozial-
demokratischen Staatssekretäre fehlt auch in der
zweiten Reihe die erste Klasse, meine sehr verehr-
ten Damen und Herren!

(Beifall bei der SPD)

Ihrer Rest-Regierung, Herr Ministerpräsident, fehl-
ten die Kompetenz und der Anstand, Sie sind voll-
ständig gescheitert. Der gerade Weg wäre Ihr
Rücktritt gewesen. Aber dazu, Herr Ministerpräsi-
dent, hat Ihnen leider das Format gefehlt. Einen sol-
chen Ministerpräsidenten, meine sehr verehrten Da-
men und Herren, kann sich unser schönes Land
Schleswig-Holstein nicht leisten.

Herr Carstensen sagte noch an diesem Montag, die
SPD wolle sich aus der Regierungsverantwortung
stehlen, und wenige Stunden später entlässt dieser
Ministerpräsident die SPD-Minister. Wer so verbis-
sen wahltaktisch **vorgezogene Neuwahlen** betreibt
wie Sie, Herr Ministerpräsident, der stiehlt sich aus
der Verantwortung - nicht die Sozialdemokratinnen
und Sozialdemokraten in diesem Haus!

(Beifall bei der SPD)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, in der
Wirtschafts- und Finanzkrise müssen wir bis zum
Wahltag unsere Verantwortung als Parlamentarie-
rinnen und Parlamentarier wahrnehmen. Wir wer-
den deswegen die Regierungserklärung zu Krüm-
mel sorgfältig diskutieren. Für uns wird die Koll-
egin Trauernicht sprechen. Und wir werden hoffent-
lich einen Antrag beschließen, der die Rumpfre-
gierung zu wirksamen Maßnahmen für die Stilllegung
zwingt.

Wir werden im September in den Ausschüssen ar-
beiten und im Finanzausschuss die tatsächlichen
Vorstandsvergütungen ebenso prüfen wie die tat-
sächliche wirtschaftliche Situation der HSH Nord-
bank, über die immer abenteuerlichere Nachrichten
an die Öffentlichkeit gelangen.

Wir nehmen Verantwortung für das Land wahr, und
wir werden in der Landtagstagung im September
versuchen, aufgeschobene Entscheidungen und in
den Ausschüssen schmorende Gesetze und Anträge
zu beschließen. Wir können den Datenschutzbeauf-
tragten, Herrn Weichert, im Amt bestätigen, wir
können die Kreisordnung verabschieden, wir kön-

(Dr. Ralf Stegner)

nen die unterirdische CO₂-Deponierung in Schleswig-Holstein endgültig beerdigen,

(Zuruf des Abgeordneten Dr. Heiner Garg [FDP])

und wir können uns sogar für eine faire Bleibe-rechtsregelung für Flüchtlinge aussprechen.

(Beifall bei SPD und SSW)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir hatten die Beschlüsse, die Kompetenz und vonseiten der SPD auch den Willen, die Konsolidierung des Landeshaushalts endlich einzuleiten und uns effektiv um die Unternehmen und Beschäftigten dieses Landes zu kümmern. Die CDU-Landtagsfraktion hat all das aus wahltaktischem Kalkül beiseitegeschoben. Und, Herr Ministerpräsident, es wird doch immer offenkundiger, dass die besorgniserregende Missmanagement-Serie bei der **HSH Nordbank**, die Ihnen schon vor Monaten Ihr eigener Wirtschaftsminister, Herr Marnette, vorgeworfen hat, Sie jetzt dazu bringt, durch eine vorgezogene Neuwahl davon ablenken zu wollen. Verantwortung sieht anders aus, Herr Ministerpräsident!

(Beifall bei der SPD)

Sie, Herr Ministerpräsident Carstensen, sagen so oft - und Sie haben es heute mehrmals getan -: Erst kommt das Land, dann die Koalition und dann die Partei. Ihr Handeln dokumentiert genau das Gegenteil: Sie ziehen den mit der FDP verabredeten Koalitionsbruch eiskalt durch: Erst Ihre Partei, dann die schwarz-gelbe Traumpartnerschaft und ganz zuletzt unser Land Schleswig-Holstein. Das ist die Wahrheit in Schleswig-Holstein.

(Beifall bei der SPD)

Mögen Sie diesen kurzzeitigen Machtwechsel auch als Tagessieg empfinden - ihm fehlt jede Legitimation und Moral, und das, Herr Ministerpräsident, werden Ihnen die Menschen in Schleswig-Holstein auch nicht durchgehen lassen.

Ein Ministerpräsident, der das Vertrauen des Landtags verdient hat, sagt dem Landtag die Wahrheit. Ich verweise hier auf den Kollegen Günter Neugebauer, der auf die Anfänge seiner parlamentarischen Tätigkeit hier in diesem Haus hingewiesen hat. Sie, Herr Ministerpräsident, haben die Menschen in Schleswig-Holstein und dieses Parlament belogen mit einem offenkundig falschen Schreiben.

(Dr. Heiner Garg [FDP]: Oh Gott!)

Die Vorstellung, Sie hätten entweder diesen eineinhalb Seiten langen Brief nicht gelesen oder nicht

verstanden - das will ich Ihnen bei einer solch wichtigen Angelegenheit wirklich nicht unterstellen; das wäre übrigens schlimm genug.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Zweieinhalb Seiten!)

- Zweieinhalb Seiten, Herr Kubicki; ich bleibe trotzdem bei der Aussage.

Viel wahrscheinlicher ist: Sie haben vorsätzlich die Unwahrheit gesagt. Ihr **Brief** stammt von 10. Juli, und spätestens seit dem 30. Juni konnten Sie keinen Zweifel mehr an unserer Kritik haben. Eine Woche lang habe ich die angebliche und von Ihnen behauptete Zustimmung der SPD-Landtagsfraktion zurückgewiesen und wurde in großen Zeitungsüberschriften der Lüge verdächtigt. Fünf Tage später hat es Ihr eigener Fraktionsvorsitzender, der Kollege Wadephul, bestätigt.

Nachdem in den Zeitungen hoch und runter spekuliert wurde, was nun stimme, fällt Ihnen am Sonntag ein - oder hat Ihnen vielleicht Ihr neuer Regierungssprecher empfohlen - zu sagen, Sie seien vielleicht etwas flott darüber hinweggegangen. Nein, Herr Ministerpräsident, an einen solchen Flüchtigkeitsfehler könnte man allenfalls glauben, wenn Sie ihn zumindest dann eingeräumt hätten, als ihr Fraktionsvorsitzender dem widersprach. Aber nein, Sie haben eine Woche lang darauf gesetzt, dass man Ihrem Wort mehr vertrauen würde als meinem, und kolportiert, dass ich zumindest nicht Nein gesagt hätte und doch vielleicht so hätte verstanden werden können. Das war schäbig, und ich bin froh, dass Sie damit nicht durchgekommen sind, Herr Ministerpräsident.

(Beifall bei der SPD)

Ganz anders übrigens die honorige Erklärung des Kollegen Lothar Hay, die Sie momentan durch die Junge Union bundesweit verbreiten lassen, der von seiner Information am 23. Juni berichtet hat und von seiner Plausibilitätseinschätzung nach telefonischer Schilderung durch Herrn Wiegard, dass der gewählte Weg das Land Schleswig-Holstein weniger koste.

(Zuruf des Abgeordneten Wolfgang Kubicki [FDP])

Aber was Sie immer weglassen, ist Folgendes: Weder Herr Hay noch sonst jemand aus der SPD wusste von den Details der November-Entscheidung des **Präsidialausschusses**; niemand wusste von der Sitzung dieses Ausschusses am 26. Juni; niemand wusste, dass Herr Nonnenmacher bereits im Mai gekündigt hatte und man jemand anderen hätte su-

(Dr. Ralf Stegner)

chen können; niemand wusste von weiteren Zahlungen an das entlassene Vorstandsmitglied Roth. Sie sollten aufhören, Herrn Hay dafür in Anspruch zu nehmen, es habe angeblich doch die Zustimmung der SPD im Kabinett, im Aufsichtsrat oder bei den Fraktionsspitzen gegeben. Sie haben das zu verantworten, und das ganz allein, Herr Ministerpräsident und Herr Finanzminister!

(Beifall bei der SPD)

Es wäre auch glaubwürdiger, wenn nicht Ihr Finanzminister in derselben Woche noch die finanzpolitischen Spitzen der Landtagsfraktionen über die Zahlungen an Herrn Nonnenmacher ebenfalls wahrheitswidrig unterrichtet hätte. Nein, Sie wollen die Verantwortung für die Entscheidung unter den Teppich kehren. Aus dieser Verantwortung entlassen wir Sie nicht.

(Beifall bei der SPD)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ein Ministerpräsident, der das Vertrauen des Landtags verdient hat, der versieht sein Amt mit Stil und Würde. Sie, Herr Ministerpräsident Carstensen, werfen die Ministerinnen und Minister beim ersten Anlauf sogar binnen Stundenfrist raus und haben nicht einmal den Mumm, es ihnen selbst zu sagen, sondern lassen es ihnen über Ihren Staatssekretär ausrichten. Das ist stilllos, das ist würdelos, das tut man nicht!

(Beifall bei der SPD)

Und Ihre persönliche Erklärung macht es nicht besser. Sie ist zu spät, und sie ist nicht ehrlich. Die sozialdemokratische Fraktion in diesem Haus bedankt sich ausdrücklich für die ausgezeichnete Arbeit von Ute Erdsiek-Rave, Gitta Trauernicht, Uwe Döring, Lothar Hay, Wolfgang Meyer-Hesemann, Hellmut Körner, Ulrich Lorenz und Eberhard Schmidt-El-saeßer.

(Beifall bei der SPD)

Ein solch unwürdiger Stil kann ihre Leistung nicht schmälern, und er kann uns nicht treffen. Wir werden auf ihre Kompetenz und Erfahrung weiterhin bauen.

In dieser großen Wirtschaftskrise braucht Schleswig-Holstein einen Ministerpräsidenten, der sich für die Probleme dieses Landes wirklich interessiert,

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Das sind Sie?)

der für Bildungsgerechtigkeit ohne strukturelle und finanzielle Barrieren eintritt,

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Das sind Sie?)

der für gut und fair bezahlte Arbeit ist,

(Zuruf Wolfgang Kubicki [FDP]: Das sind Sie?)

der für eine Politik für Familien und Kinder eintritt, der für den ökologischen Umbau, die Energiewende wirklich eintritt.

(Zuruf Wolfgang Kubicki [FDP]: Das sind Sie?)

- Endlich einmal haben Sie was begriffen, Herr Kubicki; das hat ja lange genug gedauert.

(Beifall bei der SPD)

Die Schleswig-Holsteiner haben keinen Ministerpräsidenten verdient, der seine politischen Vorstellungen immer über Bord wirft und anderen nach dem Mund redet.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Sehr gut!)

Wer bei der Polizei in Eutin Unterstützung verspricht und dann fast 300 Polizeistellen einsparen will, wer kurz vor den Wahlen von den angeblich stets begeistert geforderten Studiengebühren Abstand nimmt, aber nicht sagt, wie er die Universitäten finanzieren will,

(Lachen bei CDU und FDP)

wer Steuersenkungspläne in Milliardenhöhe hat, der ist nicht glaubwürdig.

(Dr. Heiner Garg [FDP]: Das waren Sie noch nie!)

Und ich sage Ihnen: Die Entlastung der Familien von den hohen Kita-Gebühren, die wir zusagen, kostet deutlich weniger als Ihre Steuersenkung und bringt viel mehr, und die Menschen können sich auf die Sozialdemokraten verlassen, dass wir das auch tun werden.

(Beifall bei der SPD)

Die Menschen in Schleswig-Holstein haben einen Ministerpräsidenten verdient, der führt und Orientierung bietet und der nicht jedes Mal, wenn der Wind von vorn weht, umknickt. Ich stehe zu einer konsequenten Verwaltungsstrukturreform und auch zu einer Reichensteuer, die einen Teil der dringenden Bildungsausgaben finanziert. Die SPD Schleswig-Holsteins wird auch nach der Wahl die Depopulation von CCS in Schleswig-Holstein verhindern.

(Zuruf des Abgeordneten Wolfgang Kubicki [FDP])

(Dr. Ralf Stegner)

Wir werden gemeinsam mit den Grünen und dem SSW einen Antrag einbringen, der Maßnahmen einfordert, die es wirklich, auch rechtlich einwandfrei und nicht par ordre de mufti, ermöglichen, Krümmel endgültig vom Netz zu nehmen und nicht nur in unzähligen Interviews davon zu reden, Herr Ministerpräsident Carstensen.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: In einer neuen Großen Koalition?)

In dieser Wirtschaftskrise braucht das Land einen Ministerpräsidenten mit Kompetenz, mit Gradlinigkeit und Durchsetzungsvermögen und einen, der solch grundsätzliche Probleme wie bei der HSH Nordbank oder dem Atommeiler Krümmel nicht versucht wegzuschieben oder zu vertuschen, der den Kopf nicht in den Sand steckt, wie das Ihr ehemaliger Wirtschaftsminister, Herr Marnette, Ihnen gerade wieder öffentlich bescheinigt hat. Nicht nur in dieser Krise braucht das Land einen Ministerpräsidenten, dessen Wort länger gilt als nur einen Tag. Ich denke da nur an Ihre Aussagen gegenüber Frau Erdsiek-Rave. Und wenn Sie jetzt sagen, Herr Ministerpräsident, Sie wollten das gar nicht, aber Ihre Fraktion habe Sie dazu gezwungen, dann macht das die Sache nicht etwa besser, sondern schlimmer. Das will ich Ihnen mal deutlich sagen.

(Zurufe von der CDU)

Lassen Sie mich zum Schluss auf Goethes schon einmal zitierte Rede Leonores zurückkommen:

„Und dann, ich will mit meinem Freunde nicht Von ihr und diesem Hofe mich verbannen;
Ich komme wieder, und ich bring ihn wieder.“

Ein Ministerpräsident, der das Vertrauen des Landtags verdient hat, stellt das Wohl des Landes, auf das er vereidigt ist, über das der Partei. Dies haben Sie, Herr Ministerpräsident Carstensen, nicht getan. Deswegen wird Ihnen dieser Landtag - zu Recht - nicht das Vertrauen aussprechen. Sie bekommen das, was Sie sich wahltaktisch wünschen. Jetzt haben die Bürgerinnen und Bürger in diesem Land das Wort. Sie werden merken, dass die Entscheidung über die zukünftige Regierung Schleswig-Holsteins nicht in Ihren schwarz-gelben Vorverhandlungen oder in Umfragen fällt, sondern am Wahltag.

Herr Ministerpräsident, Sie mögen heute kurzfristig mehr Macht gewonnen haben. Das Vertrauen haben Sie, nicht nur in diesem Haus, verloren; das ist kein guter Tag für Schleswig-Holstein.

Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten werden für das Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger auch mit unseren Zukunftskonzepten werben und um jede einzelne Stimme kämpfen. Darauf können die einen sich verlassen, und die anderen müssen sich darauf einstellen.

(Beifall bei der SPD - Wolfgang Kubicki [FDP]: Da haben wir keine Sorge!)

Präsident Martin Kayenburg:

Für die Fraktion der CDU hat der Fraktionsvorsitzende, Herr Abgeordneter Dr. Johann Wadephul, das Wort.

Dr. Johann Wadephul [CDU]:

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Die Rede fing so staatspolitisch an, und ich dachte, Ralf Stegner würde heute in der Lage sein, eine große Rede zu halten. Und dann wieder das Übliche: Ich weiß alles. Ich habe die Wahrheit gepachtet. Ralf Stegner wird Ministerpräsident. Die Erde ist eine Scheibe. - Das war das Motto, das wir gehört haben.

(Beifall bei der CDU)

Herr Kollege Stegner, mich enttäuscht die Polemik Ihrer Rede. Mich irritiert Ihre Selbstgewissheit, und ich bin entsetzt über Ihren Wirklichkeitsverlust.

(Beifall bei CDU und FDP)

Damit Sie mich nicht falsch verstehen: Es liegt mir fern, Ihnen als jetzigem Oppositionsführer - herzlichen Glückwunsch; mein Beileid, Herr Kollege Kubicki - Vorschriften zu machen, was Sie zu sagen haben. Aber wir sind ja in den letzten Tagen von dem einen oder anderen Sozialdemokraten gemahnt worden, ein bisschen auf den Stil des Landes und der politischen Auseinandersetzung zu achten. Da muss ich schon sagen: Wir haben uns schon daran gewöhnt, dass Sie regelmäßig davon reden, das, was wir machten, sei würdelos und stillos.

(Zuruf der SPD: Recht hat er!)

Schäbig ist das Verhalten des Herrn Ministerpräsidenten nach Ihrer Auffassung ohnehin; das haben Sie mehrfach, auch heute wieder, gesagt.

Sie erkennen einen schlimmen Rückfall in die Zeiten von früher - was immer das bedeuten soll. Vielleicht sind wir da wieder bei Ihrem Twitter-Eintrag der vergangenen Woche. In einem Fernsehbeitrag haben Sie es fertiggebracht, dreimal „Schande“ und viermal „Lüge“ oder „gelogen“ zu sagen. Lieber

(Dr. Johann Wadephul)

Herr Kollege Stegner, bei allem Respekt vor Ihrem Intellekt und Ihrem akademischen Werdegang erlaube ich mir einen deutlichen Appell an Ihre gute Kinderstube: Lassen Sie so etwas schlicht und ergreifend bleiben!

(Beifall bei CDU und FDP)

Es hilft, wenn man sich in der Sache darauf einlässt. Das zeigt ein bisschen, welches Problem Sie aus meiner Sicht im Kern haben. Ich bin ja dankbar, wenn ich Sie auf ein bedeutendes, modernes Buch aufmerksam machen konnte. Vielleicht sollten Sie nicht nur nachlesen, was andere darüber im „Kinder“ schreiben. Lesen Sie es sich einmal selber durch. Ich verstehe Ihr Interesse am Biedermann, aber ich finde, Sie sollten sich einmal mit dem Brandstifter, mit dem, was er gemacht hat, auseinandersetzen.

(Beifall bei CDU und FDP)

Ein wenig mehr Selbstreflexion täte Ihnen gut. Sie sagen ja an diesem Pult immer, Sie seien bescheiden und würden auch eigene Fehler anerkennen; das findet sich mehrfach im Protokoll. Nur, es gilt der alte Satz: Es gibt nichts Gutes, außer man tut es.

Sie haben verschiedene Fässer in das Dachgeschoss der **Großen Koalition** hineingerollt; der Herr Ministerpräsident hat sie noch einmal angesprochen. Das begann damit, dass Sie sich von der Kürzung der Beamtenpensionen beziehungsweise der Weihnachtsgeldzahlungen abgesetzt haben, und ging bis hin zu den jüngsten Schreiben an die GdP, die Sie vorhin wiederum nur selektiv zitiert haben, den entscheidenden Teil nämlich weglassend und den Eindruck erweckend, die CDU habe jemals die Absicht gehabt, im operativen Bereich der Polizei irgendwas zu sparen, was schlicht und ergreifend falsch ist. Das ist Ihr Kernproblem.

Deswegen sage ich Ihnen, lieber Herr Stegner: Sie haben uns in der letzten Unterredung hier an die zahlreichen Besuche im Vatikan erinnert. Es ist richtig: Wir hatten dort interessante Aufenthalte und haben interessante Gespräche geführt, auch mit Seiner Heiligkeit Papst Benedikt.

Sie sind mit Ihrer Selbstgewissheit besser bei der Pius-Bruderschaft aufgehoben. Darüber sollten Sie einmal nachdenken. Ein Stück weit isoliert sind Sie damit mittlerweile nach meiner Wahrnehmung auch in der eigenen Partei. Das sollten Sie irgendwann zur Kenntnis nehmen.

(Beifall bei der CDU - Zuruf von der SPD:
Das ist auch stillos!)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, damit sind wir beim Kern der Frage, die wir hier miteinander zu diskutieren haben: Wollen Sie eigentlich die **Auflösung** des Schleswig-Holsteinischen Landtags zum Zwecke der Neuwahl am Tage der Bundestagswahl, oder wollen Sie die Auflösung nicht? - Nach Ihrer Rede rätele ich einmal mehr: Was will der SPD-Fraktionsvorsitzende eigentlich?

In seiner Rede am 17. Juli hat er gesagt:

„... wir brauchen einen Neuanfang und es wird Neuwahlen geben müssen.“

Im Deutschlandfunk am 18. Juli:

„Es wird Neuwahlen geben, und die SPD wird dem nicht im Wege stehen.“

An anderer Stelle, in demselben Interview:

„Auch die SPD ist dafür - die Koalition ist ja kaputt -, dass es bald zu Neuwahlen kommt. Die wird es ja auch geben ...“

Ihre Fraktion haben Sie unter Punkt 6 beschließen lassen:

„Die SPD-Fraktion wird vorgezogene Neuwahlen nicht blockieren. Die Menschen wollen nunmehr keinen Dauerstreit, sondern eine schnelle Lösung.“

Dann nehmen Sie hier ganz bewusst die Stellung des Oppositionsführers ein und machen damit deutlich - auch mit Ihrer Erklärung, die nachvollziehbar und logisch ist; so weit ist noch alles in sich schlüssig -, Sie trügen diese Regierung nicht mehr mit. Aber dann stellen Sie sich hier in diesem Haus, wie gerade eben, an dieses Pult, gerieren sich als oberster Verfassungshüter des Landes Schleswig-Holstein und reden von einer „fingierten“ Vertrauensfrage. Herr Stegner, einmal mehr die Aufforderung an Sie: Bekennen Sie Farbe! Was wollen Sie eigentlich?

(Beifall bei CDU und FDP)

Die CDU-Landtagsfraktion geht diesen schwierigen Weg mit. Nachdem es nicht möglich war, am Montag bei der offiziellen Abstimmung über den Auflösungsantrag, den wir gemeinsam mit den Fraktionen von FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie den Abgeordneten des SSW gestellt hatten, diesen Weg zu gehen, müssen wir heute den weiteren Schritt gehen, der logisch ist und der auch in der Konsequenz Ihrer öffentlichen Erklärungen steht, Herr Kollege Stegner.

Ich bin mit meiner Fraktion der Auffassung, dass eine **stabile Mehrheit** in diesem Haus für die Lan-

(Dr. Johann Wadehul)

desregierung von Peter Harry Carstensen nicht mehr gegeben ist. Deshalb werde ich mich bei der kommenden Abstimmung der Stimme enthalten. Zugleich habe ich meiner Fraktion empfohlen, sich ebenfalls zu enthalten. Dies ist in dieser konkreten **Verfassungssituation** eine Gewissensentscheidung einer jeden Abgeordneten und eines jeden Abgeordneten.

(Zuruf der Abgeordneten Ingrid Franzen [SPD])

- Frau Kollegin Franzen, im Gegensatz zu dem offensichtlichen Verhalten in Ihrer Fraktion am vergangenen Montag übe ich in dieser Situation keinen Fraktionszwang aus, sondern ich überlasse es jedem einzelnen Abgeordneten, wie er sich in dieser Situation verhält. Das ist vielleicht ein Unterschied in der Parlamentskultur, die wir in den Fraktionen miteinander üben.

(Beifall bei der CDU)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, diese Entscheidung fällt vielen von uns und auch mir nicht leicht.

Ich bin - um das deutlich zu sagen - nicht der Meinung eines Kommentators einer schleswig-holsteinischen Zeitung, die Große Koalition trete mit leeren Händen vor die Wählerinnen und Wähler. In diesem **Regierungsbündnis** wurde gerade zu Beginn manches erreicht. Die Verknüpfung von Wissenschafts- und Wirtschaftspolitik unter Minister Dietrich Austermann erwies sich als ebenso sinnvolle wie effektive Zusammenführung der Stärken unseres Heimatlandes. Ob es um die wissenschaftlichen Exzellenzcluster, das Hochschulgesetz, die gezielte Strukturförderung im Schleswig-Holstein-Fonds oder das Vorantreiben von schon visionären Infrastrukturmaßnahmen wie der festen Fehmarnbelt-Querung ging - diese Landesregierung unter Führung von Peter Harry Carstensen sorgte für Wachstum, Zuversicht und Arbeitsplätze.

(Beifall bei der CDU)

Gemeinsam mit Umwelt- und Landwirtschaftsminister Dr. Christian von Boetticher gelang es, eine moderne Umweltpolitik mit den Menschen und nicht gegen sie zu machen.

(Beifall bei der CDU)

Unser Landesnaturschutzgesetz schützt die natürlichen Lebensgrundlagen effektiv und nimmt die Menschen unseres Heimatlandes auf diesem Weg mit.

Ausdrücklich möchte ich die erfolgreiche Politik der bisherigen sozialdemokratischen Ressorts hinzuzählen: Mit Innenminister Dr. Ralf Stegner verabschiedeten wir beispielsweise ein Polizeigesetz, das gegen mannigfache Widerstände - auch unserer damaligen Opposition - durchgesetzt werden musste, das aber das Prädikat „Wir sichern Recht und Ordnung und stärken unserer Polizei den Rücken!“ wirklich verdient hatte.

Ebenso gehören moderne und zukunftsgerichtete Gesetzesvorhaben wie das gemeinsam mit Justizminister Uwe Döring erarbeitete Jugendstrafvollzugsgesetz oder das mit Sozialministerin Dr. Gitta Trauernicht erarbeitete Kinderschutzgesetz zu den Erfolgen der Großen Koalition.

Ich bleibe - auch im Vorfeld des Landtagswahlkampfes - dabei, dass unser neues Schulgesetz richtig war und dass der jahrzehntelange Streit zwischen rechts und links um das richtige Schulsystem in unserem Land zu Recht beendet wurde. Dies ist auch ein Verdienst von Ute Erdsiek-Rave.

(Beifall bei CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie der Abgeordneten Dr. Gitta Trauernicht [SPD])

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wir bekennen uns zu diesem Schulgesetz, und wir leben es - Herr Kollege Stegner, im Gegensatz zu Ihren Ausführungen - in allen seinen Ausprägungen, auch mit Streit in der eigenen Partei.

Es gibt viele Kommunalpolitiker in der Union, die sich vor Ort für eine Gemeinschaftsschule entschieden haben. Es wirft ein gewisses Schlaglicht auf Ihren politischen Stil, dies in Abrede zu stellen. Ich möchte mir das, was es dort an neuen Gemeinsamkeiten in der Bildungspolitik gegeben hat, auch durch einen harten Wahlkampf nicht völlig nehmen lassen.

(Beifall bei der CDU und des Abgeordneten Jürgen Weber [SPD])

Mit Lothar Hay als Fraktionsvorsitzendem und mit ihm als Innenminister habe ich persönlich und hat meine Fraktion insgesamt gut zusammengearbeitet. Wenn Sie heute sagen, dass Sie die Privilegien der Ministerien nicht davon abhalten, hier Ihren Weg zu gehen, ist es schon fast tragisch, dass Lothar Hay mit dem Verlust des Amtes dafür bezahlen muss, dass Sie diesen ganz speziellen Weg, Herr Kollege Stegner, in dieser Koalition gegangen sind.

(Beifall bei der CDU - Zuruf der Abgeordneten Ingrid Franzen [SPD])

(Dr. Johann Wadephul)

Von Anfang an musste jedoch im Fokus unserer Politik die Haushaltslage des Landes stehen. Schwieriger hätte die Ausgangslage kaum sein können. Der vom damaligen, vormaligen Finanzminister Dr. Ralf Stegner vorgelegte Haushalt, den er später einmal verharmlosend „Wahlkampfhaushalt“ nannte, verschleierte eine Nettoneuverschuldung für das Jahr 2005 von sage und schreibe 1,7 Milliarden €.

(Hans-Jörn Arp [CDU]: Unglaublich!)

Von Anbeginn an hat die CDU in diesem Politikbereich einen völlig anderen Schwerpunkt gesetzt als viele - nicht alle - Sozialdemokraten in diesem Haus.

(Dr. Heiner Garg [FDP]: Er hat Schleswig-Holstein ausgeplündert!)

Es geht, wie ich in der Debatte der vergangenen Woche schon gesagt habe, die dem Koalitionsausschuss gewidmet war, darum, nachhaltige Politik zu machen.

Finanzminister Rainer Wiegard, der ganz neue Schwerpunkte in der schleswig-holsteinischen Finanzpolitik gesetzt hat, die ein dauerhaftes Verdienst seiner Politik in diesem Amt sind - das kann man schon jetzt feststellen -, hat dieses Haus in den Haushaltsberatungen immer wieder auf seine Verantwortung für kommende Generationen hingewiesen.

Er hat mit uns erreicht, dass erste, wichtige Weichenstellungen zu einer Konsolidierung unseres Haushalts erfolgen konnten. Doch letztlich - der Herr Ministerpräsident hat die Entwicklung nach dem letzten Koalitionsausschuss beschrieben - fehlte an den entscheidenden Weichenstellungen der SPD - jedenfalls in ihrer Gänze - die Kraft und die Bereitschaft, wirklich das Ruder herumzureißen.

Von einer Politik, die das Land sehenden Auges mit dem verniedlichenden Ausspruch: „Wir können doch das Land nicht kaputtsparen“ in den Abgrund führt, abzulenken, dazu ist die CDU-Fraktion in diesem Haus gemeinsam mit der CDU-Regierung nicht bereit.

(Beifall bei der CDU)

Diese Auffassung ist Grundlage unserer Finanzpolitik in den vergangenen vier Jahren gewesen. Wir haben dem schon in dem ersten gemeinsamen Entschließungsantrag der damaligen Koalitionsfraktionen von CDU und SPD Ausdruck verliehen. Wieder und wieder haben wir erleben müssen, dass diese Politik letztlich nicht getragen wird. Wie anders

kann man sich beispielsweise das auch vom Ministerpräsidenten angesprochene Theater um die irrsinnigen Versprechungen hinsichtlich zweier weiterer kostenloser Kindergartenjahre erklären?

In der heutigen Debatte muss etwas zum Thema HSH Nordbank gesagt werden. Kollege Dr. Stegner hat dazu die Behauptung erhoben, es gehe darum, vom Thema **HSH Nordbank** abzulenken.

(Dr. Heiner Garg [FDP]: Das hätte er wohl gern.)

Dazu ist aus Sicht meiner Fraktion zu sagen, dass wir es schlicht für ausgeschlossen halten, dass irgendjemand - wenn er es denn überhaupt wollte - von diesem Thema ablenken könnte. Denn das Thema HSH Nordbank ist für unser Bundesland schlichtweg existenziell, möglicherweise sogar existenzbedrohend.

(Angelika Birk [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Vernichtend!)

Dieser Landtag ist auch mit Stimmen meiner Fraktion im Frühjahr dieses Jahres Verbindlichkeiten in einem Volumen eingegangen, die einmalig für unser Bundesland sind. Diese Entscheidung ist nach sorgfältigem Abwägen und Inanspruchnahme umfangreicher Beratungen erfolgt. Allein dieses finanzielle Engagement verlangt von jedem verantwortlichen Landespolitiker, dass auch jeder Winkel der Bank daraufhin ausgeleuchtet wird, wie es zu einer derart katastrophalen Entwicklung unserer gemeinsamen Landesbank kommen konnte.

(Beifall bei CDU und FDP)

Zwar sind auch andere Banken - auch andere Landesbanken - in einer ähnlich schwierigen Situation. Dennoch ist es unabweisbar, dass es unsere Landesbank besonders schwer erwischt hat. Es gibt hinreichende Anhaltspunkte dafür, dass dem unverantwortliches Handeln vorausgegangen ist.

(Hans-Jörn Arp [CDU]: Genau das ist das Problem!)

Deshalb wird die CDU-Landtagsfraktion ihrer Nachfolgefraktion ans Herz legen, die im jetzigen **Parlamentarischen Untersuchungsausschuss** unter Vorsitz des Kollegen Arp begonnene Arbeit fortzusetzen. Dies haben wir in der Fraktion so beschlossen.

Dabei wird selbstverständlich das Handeln aller Akteure in der Bank wie auch aller Aufsichtsgremien zu beleuchten sein. Dies gilt ohne Ansehen der Person. Nur damit dies jetzt auch klar ist: Wir werden in diesem Zusammenhang auch aufzuklären ha-

(Dr. Johann Wadehul)

ben, wie es in den Jahren 1996 bis 2005 zu fast 60 Milliarden € Gewährträgerhaftung kommen konnte, für die das Land jetzt in der Verantwortung steht. Wenn es nämlich stimmt, dass das KPMG-Gutachten dies ursächlich auf das sogenannte Schnellankaufverfahren zurückführt - dies berichtet jedenfalls der Norddeutsche Rundfunk -, dann muss geklärt werden, wer dafür ab 2004 im Risikoausschuss Verantwortung trug.

(Beifall bei CDU und FDP)

Im Übrigen wird das Land gemeinsam mit der Hansestadt Hamburg alle Kräfte aufbieten müssen, um diese HSH Nordbank zu stabilisieren, Risiken zu minimieren und sich möglichst schnell von dieser Bank zu trennen. Es wird voraussichtlich eine Herkulesaufgabe der neuen Landesregierung werden, dies - in welcher Zusammensetzung seitens der Bank auch immer - schnell und effektiv fortzuführen.

Die Umstände der von Herrn Nonnenmacher in skandalöser Weise geltend gemachten Sonderzahlung wurden in diesem Haus mehr als ausreichend diskutiert. Dennoch veranlassen mich die Äußerungen von Herrn Dr. Stegner in diesem Haus, nochmals darauf in der gebotenen Kürze als derjenige einzugehen, der in dieser Koalition - glaube ich - als Einziger Bedenken und Warnungen ausgesprochen hat. Ich habe für mich und für meine Fraktion zu keinem Zeitpunkt in Anspruch genommen, dass ich ein Veto eingelegt hätte, weil ich nicht alle Informationen hatte, die die Regierungsmitglieder und die Aufsichtsratsmitglieder hatten. Aber, Herr Kollege Dr. Stegner, hier jetzt immer noch die Geschichte zu erzählen, es gäbe keine manifeste SPD-Beteiligung an dieser Entscheidung, entspricht schlicht nicht den Tatsachen.

(Beifall bei CDU und FDP)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, der schlimme Rückfall in frühere Zeiten weckt in vielen von uns - insbesondere in denjenigen, die schon in den 80er-Jahren am politischen Leben teilgenommen haben - böse Erinnerungen. Ich habe das nur am Rande als Mitglied der Jungen Union und als junges Mitglied in der CDU erlebt. Aber die früher offenkundige Feindseligkeit, insbesondere zwischen CDU und SPD - und ich stelle mich jetzt nicht hin und benenne Schuldige und Unschuldige -, hat mich für mein politisches Leben geprägt. Deswegen möchte ich mit dem Appell enden, dass wir bei den gegenseitigen Verletzungen, die wir uns zufügen, aufpassen und unsere besondere Verantwortung für politischen Stil in unserem Heimatland

wahrnehmen. Für den kommenden Wahlkampf muss aus meiner Sicht gelten: „Hart, aber fair“! Der Wahlkampf kann reinigend und klärend für das politische Klima und die Konstellationen in Schleswig-Holstein sein. Wir alle haben gelernt, dass Umfragen nicht das Wahlergebnis sind. Deshalb steht uns, steht allen Beteiligten auch eine gewisse Demut an. Nichts ist gewonnen für diejenigen, die in den Umfragen vorn liegen, nichts ist zerronnen für diejenigen, die hinten liegen.

Hören wir auf, uns gegenseitig Mätzchen, Taktierereien und Ähnliches zu unterstellen und hinreichende Sekundärtugenden abzuerkennen! Lassen Sie uns in dem normalen Streben jeder politischen Bewegung, politische Macht auszuüben, mit möglichst viel Sachpolitik um die Stimmen der Bürgerinnen und Bürger kämpfen! Lassen Sie uns dazu in der jetzt folgenden Abstimmung den Weg frei machen!

(Anhaltender Beifall bei der CDU)

Präsident Martin Kayenburg:

Für die Fraktion der FDP erteile ich dem Fraktionsvorsitzenden, Herrn Abgeordneten Wolfgang Kubicki, das Wort.

Wolfgang Kubicki [FDP]:

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich habe nun fast 20 Jahre parlamentarischer Erfahrung hinter mir und geglaubt, mich könne nichts mehr überraschen. Aber als ich gestern Nachmittag um 17 Uhr den Anruf des Landtagsdirektors erhielt, Herr Kollege Dr. Stegner beharre darauf, er sei jetzt Oppositionsführer,

(Zuruf des Abgeordneten Peter Eichstädt [SPD] - Weitere Zurufe von der SPD)

ob ich denn damit einverstanden sei oder der Ältestenrat noch mal tagen müsse,

(Jutta Schümann [SPD]: Das ist eine absolute Lüge! - Günter Neugebauer [SPD]: Es darf nicht gelogen werden, Herr Kubicki! - Weitere Zurufe von der SPD)

war ich überrascht.

(Zuruf der Abgeordneten Ingrid Franzen: Der Landtagsdirektor schüttelt den Kopf!)

- Ich bin unterrichtet worden, dass der Kollege Stegner mitgeteilt habe, er sei Vorsitzender der nun stärksten die Regierung nicht mehr tragenden Landtagsfraktion und deshalb Oppositionsführer.

(Wolfgang Kubicki)

(Zuruf von der SPD: Ferkelei! - Weitere Zurufe von der SPD)

Präsident Martin Kayenburg:

Herr Kollege Kubicki, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abgeordneten Stegner?

Wolfgang Kubicki [FDP]:

Selbstverständlich gestatte ich eine Zwischenfrage des Kollegen Dr. Stegner.

Dr. Ralf Stegner [SPD]: Herr Abgeordneter Kubicki, wären Sie bitte so freundlich, dem Haus mitzuteilen, was Ihnen der Landtagspräsident oder der Landtagsdirektor mitgeteilt hat? Herr Präsident, darf ich Sie gleichzeitig bitten, wenn die Antwort gegeben ist, das auf Richtigkeit hin zu überprüfen?

(Günter Neugebauer [SPD]: Sehr gut!)

- Herr Dr. Stegner, der Landtagspräsident hat mit mir gar nicht geredet. Ich habe gesagt, der Landtagsdirektor hat mich gestern Nachmittag um 17 Uhr angerufen und mir mitgeteilt, dass Sie nunmehr als Vorsitzender der stärksten die Regierung nicht mehr tragenden Landtagsfraktionen beanspruchten, als Oppositionsführer unmittelbar nach dem Ministerpräsidenten zu reden, und mich gefragt, ob ich dagegen etwas einzuwenden hätte. Wenn ich etwas dagegen einzuwenden hätte, müsste der Ältestenrat darüber befinden. Das war seine Mitteilung. Daraufhin habe ich gesagt: Dass Herr Dr. Stegner so schnell Oppositionsführer würde, hätte ich nicht gedacht. Aber sei es drum.

(Zurufe von der SPD: Das ist etwas ganz anderes! Das hört sich ganz anders an als das, was Sie eben gesagt haben! - Dr. Heiner Garg [FDP]: Das hört sich gar nicht anders an! - Weitere Zurufe von der SPD)

- Okay. - Herr Dr. Stegner, ich habe Ihnen dieses Amt auch schon in der Vergangenheit angeboten. Sie haben es haben wollen. Jetzt haben Sie es. Ich gehe davon aus, dass Sie es längere Zeit behalten werden - es sei denn, die Grünen werden nach der Wahl stärker als Ihre Fraktion. Aber das werden die Wählerinnen und Wähler in Schleswig-Holstein entscheiden.

Ich beginne mit einem ausdrücklichen Dank der FDP-Fraktion an die Minister Hay und Döring für die gute Zusammenarbeit in den vergangenen Jahren; sie lag möglicherweise auch darin begründet, dass wir in Fragen des demokratischen Rechtsstaats

gemeinsame Grundüberzeugungen hatten. Ich bitte, diesen Dank - obwohl ich glaube, dass Uwe Döring das am Bildschirm sieht - dem Ex-Justizminister auszurichten.

Ich möchte auch für den persönlichen Einsatz von Gitta Trauernicht und Ute Erdsiek-Rave Dank sagen, auch wenn ich, Frau Erdsiek-Rave, den von Ihnen kolportierten Satz „Man kann mir mein Amt nehmen, aber nicht meine Würde und mein Lebenswerk“ für etwas übertrieben halte. Niemand will Ihnen Ihr Lebenswerk und Ihre Lebensleistung nehmen. Im Gegenteil, wir wollen Sie daran messen.

(Dr. Ralf Stegner [SPD]: Sie sind die personifizierte Übertreibung!)

Wenn wir Sie daran messen - das erklärt auch unser Abstimmungsverhalten, das wir an den Tag gelegt hätten, wenn die SPD-Minister noch in der Regierung gewesen wären -, dann können wir nicht feststellen, dass Schleswig-Holstein in Fragen der Bildung einen guten Platz erreicht hat.

(Widerspruch bei der SPD)

Die Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft sagt in ihrem „Bildungsmonitor 2008“: „Schleswig-Holstein bleibt im unteren Mittelfeld“. - Es leuchtet mir ein, dass Sie die Wahrheit nicht hören wollen. Die nationale Studie Erziehung und Entwicklung des Magazins „Eltern“ weist aus, dass in Schleswig-Holstein gerade die Bezieher geringer Einkommen am meisten für den Besuch ihrer Kindertagesstätten zu bezahlen haben. Die letzte PISA-Studie erklärt:

„PISA: Der Norden fällt zurück. Deutschlands Schulen sind besser geworden, aber noch nicht gut. Schleswig-Holstein fällt im Vergleich der Länder zurück.“

„Oder: Rektoren werfen der Bildungsministerin ‚Unkenntnis‘ vor“

So die „Kieler Nachrichten“ am 13. November 2008.

Ebenfalls:

„Kein gutes Zeugnis für Schleswig-Holstein“

- Am 19. November 2008.

„Schüler schwänzten für mehr Bildung“

„Eine Demonstration von 4.000 Schülerinnen und Schülern für mehr Bildung in Schleswig-Holstein“

- Ebenfalls im November 2008.

(Wolfgang Kubicki)

„Klassen viel zu groß: Notstand an den Schulen“

Und:

„Deutscher Meister nur im Sitzenbleiben“

Frau Ministerin, ich möchte aus einem Kommentar von Susanne Peyronnet in den „Lübecker Nachrichten“ vom 18. November 2008 zitieren:

„Tatsächlich ist die Lage schwer bis unerträglich. Erschöpfte Lehrer, aufgedrehte, unkonzentrierter Kinder - nach sechs oder mehr Stunden Unterricht sind alle geschafft. Lehrermangel, fehlende oder mangelnde Ausstattung, lange Schulwege: Ein Wunder, was Kinder so alles aushalten. Im Kieler Bildungsministerium ist offenbar lange niemand mehr einen ganzen Vormittag über in einer Schule gewesen. Sonst würde man dort die Situation weniger gelassen sehen.“

Die Realschule als erfolgreichste Schulform in Schleswig-Holstein fällt fort. Junge Lehrer, die mit Elf-Monats-Verträgen versehen werden, um anschließend in die Arbeitslosigkeit entlassen zu werden, die dann nicht Arbeitslosengeld empfangen können, sondern Hartz-IV-Empfänger werden, und die Feststellung, dass nirgendwo sonst in Deutschland der Schulabschluss so sehr vom Einkommen der Eltern abhängt wie in Schleswig-Holstein. Das nach 21 Jahren sozialdemokratischer Bildungspolitik ist kein guter Leistungserfolg.

(Beifall bei der FDP)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir werden heute als FDP-Fraktion die **Vertrauensfrage** des Ministerpräsidenten mit Nein beantworten - nicht, weil es um die Frage eines persönlichen Vertrauens geht, sondern weil die Vertrauensfrage eine Frage an das Parlament ist, ob die Regierung noch über eine parlamentarische Mehrheit verfügt. Das hat sie mit Sicherheit nicht mehr, denn der Kollege Stegner hat heute eindrucksvoll erwiesen, auch mit seinem Redebeitrag, dass alles das, was der Herr Ministerpräsident beschrieben hat, wahrhaftig ist und deshalb kein Vertrauen mehr in die Fortsetzung der Großen Koalition gegeben ist.

Ich will Ihnen aber auch gleichzeitig erklären, warum die FDP in Schleswig-Holstein darüber hinaus kein Vertrauen in diese Regierung hat. Dass die HSH-Nordbank-Krise schlecht gemanagt worden ist, ist offenkundig; ich muss das nicht weiter betonen. Dass die beiden Großkoalitionäre miteinander umgegangen sind wie die Kesselflicker und wir schon deshalb vor geraumer Zeit beantragt haben,

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SSW und wir, diesem Treiben ein Ende zu bereiten, weiß jeder in diesem Haus. Es ist ja nicht so, dass die Koalitionskrise neu entstanden ist,

(Beifall bei FDP, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

denn seit 2007 beschäftigen wir uns regelmäßig mit der Frage eines Endes der Koalition. Ich habe in der Vergangenheit mehrfach Journalisten gesagt: Mir fällt nichts mehr ein, wie ich das kommentieren soll. Das Land hat Besseres verdient als diese Auseinandersetzung von zwei Partnern, die nicht zusammgehören.

Auch die Behauptung, man habe einen gemeinsamen Wählerauftrag, ist unzutreffend. Es gibt keinen Wählerauftrag für die Große Koalition.

(Beifall bei der FDP)

Zur Wahl standen 2005 ein Bündnis aus SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN mit Unterstützung des SSW und als Alternative ein Bündnis aus CDU und FDP. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW erhielten eine knappe Mehrheit. Trotzdem waren sie nicht in der Lage, diese Mehrheit durch die Wahl einer Ministerpräsidentin umzusetzen. Das war die Geburtsstunde der Großen Koalition. Diese **Große Koalition** hat sich auch nicht darauf verständigt, ein gemeinsames Projekt zu entwickeln, eine gemeinsame Grundlage zu schaffen. Es war ungefähr so wie ein Ehepaar, bei dem der eine die Küste, das Meer nicht mag und lieber in die Berge will, und der andere die Berge nicht mag und lieber ans Meer will und man sich schließlich darauf verständigt, dass man eine Städtereise macht, wobei der eine Teil noch sagt: Die Stadt Berlin liegt näher am Meer als an den Bergen, also habe ich mich durchgesetzt.

(Zurufe von der SPD)

Darauf lag von Anfang an kein Segen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wenn wir uns mit der Frage der **HSH Nordbank** beschäftigen, dann müssen wir uns auch mit der Rolle des Fraktionsvorsitzenden der SPD bei der HSH Nordbank beschäftigen. Ich komme auf die Frage des Schreibens zurück.

In den Jahren 2003/04/05 - so ist uns berichtet worden - sind die Grundlagen für Geschäfte gelegt worden, bei denen mehr als die Hälfte - wie festgestellt - der Verluste generiert worden sind, die uns heute belasten. Das Schnellankaufverfahren ist im Jahre 2004 - so hat der NDR berichtet - dem Risi-

(Wolfgang Kubicki)

koausschuss der HSH Nordbank vorgelegt worden, und es ist von ihm gebilligt worden. Dem **Risiko-****ausschuss** der HSH Nordbank gehörte Dr. Ralf Stegner im Jahr 2004 als Mitglied an. Er war gleichzeitig Finanzminister und damit der Interessenvertreter des Landes Schleswig-Holstein in dieser Bank.

(Zuruf von der CDU: Hört, hört!)

Wenn das zutreffend ist, müssen wir feststellen, dass die Interessen des Landes Schleswig-Holstein von Ihnen nicht ordnungsgemäß gewahrt worden sind.

Ich erinnere daran, liebe Kolleginnen und Kollegen, dass die HSH Nordbank in den Jahren 2003 und 2004 in Steueroasen die Zweckgesellschaften gegründet hat, unter denen die HSH Nordbank noch heute leidet. Im **Aufsichtsrat** saß Dr. Stegner, der die Interessen des Landes Schleswig-Holstein vertreten sollte. All dies, glaube ich, macht ihn nicht mehr tauglich als denjenigen, der anderen hier im Haus Ratschläge und Belehrungen erteilen sollte, wie man mit der HSH Nordbank umgehen sollte.

(Unruhe)

Präsident Martin Kayenburg:

Die Herren Journalisten müssen nicht zwingend jede Lektüre fotografieren.

Wolfgang Kubicki [FDP]:

Liebe Kolleginnen und Kollegen, nun komme ich zu dem, was der Kollege Dr. Stegner in Bezug auf das Schreiben des Ministerpräsidenten vom 10. Juli 2009 an den Landtag gesagt hat, das nun klassifiziert und gleichgestellt wird mit der Falschaussage von Björn Engholm im Untersuchungsausschuss der Jahre 1993 bis 1995.

Konnte denn der Ministerpräsident in diesem Schreiben überhaupt eine Lüge begehen? Konnte er überhaupt täuschen? - Dieses **Schreiben** ist gerichtet an den Präsidenten des Landtags mit der Bitte, den Fraktionen und dem SSW vom Inhalt dieses Schreibens Kenntnis zu geben. Das bedeutet - es ist auch sofort zugestellt worden -, Herr Kollege Stegner und Herr Kollege Wadephul konnten nicht getäuscht werden über den Inhalt dieses Schreibens, weil sie den wahren Sachverhalt kannten. Für wie dumm muss man eigentlich einen Ministerpräsidenten halten, der wissen müsste, dass innerhalb von zwei Tagen das, was er hier schreibt, widerlegt werden wird und am letzten Mittwoch auch widerlegt worden ist, beispielsweise auch hier in der De-

batte von Herrn Dr. Stegner und Herrn Dr. Wadephul? Für wie dumm muss man einen Ministerpräsidenten halten, wenn man ihm hier Lüge und taktisches Fehlverhalten unterstellt? - Nein, wir haben es als das klassifiziert, was es wahrscheinlich auch war: schlicht und ergreifend eine Panne. Es war der Dilettantismus der Staatskanzlei, nicht ordnungsgemäß mit Vorlagen aus Hamburg umzugehen, was wir in der Vergangenheit schon häufiger erlebt haben.

Herr Kollege Dr. Stegner, Sie selbst haben die Öffentlichkeit belogen, und zwar im wahrsten Sinne des Wortes belogen. Denn in Ihrer Pressemitteilung vom 11. Juli 2009 schreiben Sie, von einer Zustimmung der SPD-Fraktion kann keine Rede sein. Jetzt kommt das Zitat:

„Gleiches gilt für die stellvertretende Ministerpräsidentin des Landes Schleswig-Holstein, Ute Erdsiek-Rave, und Innenminister Lothar Hay.“

Herr Kollege Dr. Stegner, Sie sollten vielleicht das Plenarprotokoll vom letzten Donnerstag noch einmal zur Hand nehmen, in dem in einer sehr ehrenhaften Erklärung des Kollegen - -

(Dr. Ralf Stegner [SPD]: Wir können auch was verstehen, Herr Kollege, nicht nur Sie!)

- Ich verstehe das, ich verstehe das sehr gut. Wir können das auch noch genauer ausführen.

„In dem Telefonat habe ich Herrn Wiegand als Aufsichtsratsmitglied mein grundsätzliches Einverständnis zu dieser Vorgehensweise mitgeteilt. Ich habe mich davon leiten lassen, dass die gefundene Lösung die kostengünstigere ist. ...

Das Verhalten von Herrn Professor Nonnenmacher halte ich persönlich für unmoralisch und instinktos. Trotzdem habe ich mich aus den unter Punkt 5 genannten Gründen für diese Lösung entschieden - zum Wohle der Bank und zum Wohle des Anteilseigners, des Landes Schleswig-Holstein.“

Er hat damit zugestimmt. Ihre Erklärung - Sie wussten es vorher; er hat es Ihnen vorher mitgeteilt - vom 11. Juli 2009 an die Bevölkerung war damit wirklich falsch.

Lieber Herr Kollege Dr. Stegner, ich will versuchen, Ihnen zu erklären, warum Sie jetzt nachlassen sollten, den Eindruck zu erwecken, aus der FDP heraus gebe es Unterstützung für welche Politiker auch immer einer von Ihnen geführten SPD.

(Wolfgang Kubicki)

Verehrte Kolleginnen und Kollegen, es wird von Abgeordneten der FDP-Fraktion jetzt und im kommenden Landtag keine Stimme geben, die Herrn Stegner zum Ministerpräsidenten wählt.

(Beifall bei der FDP und vereinzelt bei der CDU)

Wir werden auch keine Gespräche mit einer SPD führen, der Herr Dr. Stegner vorsitzt. Ich werde versuchen, es kurz zu erklären.

(Rolf Fischer [SPD]: Aus persönlichen Gründen jetzt?)

- Das hat mit persönlichen Gründen etwas zu tun. Meine Kolleginnen und Kollegen sind gefragt worden, Herr Kollege Fischer, und sie haben unisono gesagt, mit einem solchen Menschen, der provoziert, spaltet und mit Halb- und Unwahrheiten arbeitet, reden wir schlicht und ergreifend nicht.

(Beifall bei der FDP und vereinzelt bei der CDU - Zuruf von der SPD)

Fangen wir doch einmal mit der ersten Unwahrheit oder Halbwahrheit an, dieser Koalitionsbruch und das Ende dieser Koalition sei entstanden, weil der Ministerpräsident und Schwarz-Gelb - so haben Sie es formuliert - das Ergebnis des Parlamentarischen Untersuchungsausschusses fürchten. Wir hofften, uns damit ein lästiges Problem vom Hals zu schaffen, und im Übrigen, was Krümmel angeht, einer Debatte um Krümmel ausweichen wollten.

Herr Dr. Stegner, Sie wissen, dass Frau Kollegin Heinold und ich wie niemand sonst in diesem Haus den Spuren des Fehlverhaltens bei der HSH Nordbank auf der Spur sind. Ich habe es im Landtag mehrfach erklärt, dass es, egal was passiert, einen neuen **Parlamentarischen Untersuchungsausschuss** geben wird mit dem gleichen Untersuchungsauftrag, vielleicht etwas erweitert.

(Zuruf des Abgeordneten Dr. Ralf Stegner [SPD])

- Herr Dr. Stegner, ich bin davon ausgegangen, dass Sie immer noch glauben, dass Sie die Mehrheit der Abgeordneten bekommen. Denn die würde ausreichen, aus eigener Kraft einen neuen Untersuchungsausschuss einzusetzen. Dazu brauchten Sie ansonsten niemand anderen.

Aber auch Ihre heutige Behauptung, der Untersuchungsausschuss würde aufgelöst, hat sich ja als falsch herausgestellt. Er tagt weiter, er wird die Beweisaufnahme durchführen bis zur Einsetzung eines neuen Untersuchungsausschusses eines neuen Landtags.

(Beifall bei FDP und CDU)

Dieser Untersuchungsausschuss - der neue -, der eingesetzt werden wird, wird dann an die Ergebnisse des jetzigen Untersuchungsausschusses anknüpfen.

(Beifall bei FDP und CDU)

Herr Stegner, warten Sie mal, wir greifen die nächsten Tage an.

Ich danke als stellvertretender Vorsitzender, als Mitglied des Untersuchungsausschusses dem Kollegen Arp ausdrücklich für seine Erklärung, dass wir die Spielereien der HSH Nordbank bei der Herausgabe der Unterlagen mittlerweile satt haben. Wir beantragen dort keine Kredite, sondern wir wollen die Unterlagen haben. Wenn sie sie nicht freiwillig herausrücken, dann müssen wir sie schlicht und ergreifend beschlagnahmen, und das werden wir tun.

(Beifall bei FDP und CDU)

Herr Kollege Dr. Stegner, Sie haben erklärt, Schwarz-Gelb habe Angst vor einer **Krümmel-Debatte**. Warum eigentlich?

(Lachen des Abgeordneten Dr. Heiner Garg [FDP])

Im Gegenteil, wir wollen sie führen. Wir wollen ausdrücklich Frau Trauernicht für ihre Haltung in dieser Frage danken. Das werden wir in der Debatte nachher noch einmal tun. Wir haben ausdrücklich erklärt, dass wir den Betreiber Vattenfall für nicht mehr zuverlässig halten.

(Beifall des Abgeordneten Dr. Heiner Garg [FDP])

Ich selbst habe öffentlich erklärt, dass ich mir wünschen würde, der Meiler würde nicht wieder ans Netz gehen.

(Beifall beim SSW)

Die FDP-Fraktion hat dazu eine Erklärung abgegeben, dass sie eine Übertragung der Reststrommenge von Krümmel auf andere Meiler will, so, wie es Umweltminister Gabriel vorgeschlagen hat. Und Sie sagen, wir müssten Angst haben vor einer Krümmel-Debatte? Warum eigentlich?

Sie haben am letzten Freitag erklärt, der Ministerpräsident habe quasi über das Gesetz hinweg erklärt, er wolle den Atommeiler abschalten, wenn Vattenfall nicht Zuverlässigkeitsdaten liefern würde. Er stehe ja nicht über dem Gesetz. - Das stimmt. Aber Sie erklären doch auch dauernd, Sie wollten ihn abschalten. Gilt das Gesetz für Sie nicht?

(Wolfgang Kubicki)

(Lachen bei der FDP)

Das heißt, das, was Sie anderen vorwerfen, trifft Sie im Zweifel immer selbst. Sie arbeiten auch hier wieder mit Halb- beziehungsweise Unwahrheiten, und das lassen wir Ihnen nicht durchgehen.

(Beifall bei FDP und CDU)

Sie behaupten öffentlich - ich frage mich wirklich, in welcher Wahnwelt Sie leben müssen -, dass der Ministerpräsident mit mir seit langer Zeit diesen Koalitionsbruch vorbereitet habe, dass wir Absprachen getroffen hätten. Ich sage von dieser Stelle aus: Mit mir hat der Ministerpräsident kein Wort geredet in dieser Frage.

(Dr. Heiner Garg [FDP]: Das wäre schön! - Zuruf von der SPD)

Ich habe auch mit dem Ministerpräsidenten in dieser Frage kein Wort geredet. Das, was wir ihm vorwerfen, ist nicht, dass er diese Koalition beendet, sondern dass er sie erst so spät beendet.

(Beifall bei der FDP)

Selbstverständlich haben wir uns das alles viel früher gewünscht. Nehmen Sie doch zur Kenntnis, dass der Antrag von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SSW und FDP in der Mai-Tagung ein Hilferuf an die Großkoalitionäre war, doch dieses Schauspiel zu beenden,

(Beifall bei der FDP)

dass es der Demokratie und dem Parlamentarismus mehr schade als alles andere, mit weiteren Tricks zu versuchen, sich über die Zeit zu retten. Es war doch klar, dass es nicht mehr geht. Wir haben gesagt: Das Schuldprinzip ist abgeschafft worden, wir haben das Zerrüttungsprinzip. Wir stellen fest, die Ehe ist zerrüttet, dann lassen Sie sie uns ordentlich scheiden. Was wir jetzt seit ein paar Tagen erleben, ist das genaue Gegenteil einer ordentlichen Scheidung. Es ist ein Schmierentheater

(Beifall bei der FDP - Rolf Fischer [SPD]: So hilflos habe ich Sie lange nicht mehr erleben dürfen!)

- Ist doch schön, dass bei Ihnen auch mal was Neues Platz greift.

Sie müssen überlegen: Gestern zu erklären, Sie seien jetzt Führer der nicht mehr die Regierung tragenden größten Fraktion, deshalb wollen Sie nach dem Ministerpräsidenten reden, aber sich am Montag der Auflösung des Parlaments zu verweigern, das verstehe, wer will.

(Beifall bei FDP und CDU)

Heute öffentlich zu erklären, Sie könnten sich auch vorstellen, die Große Koalition nach der Wahl fortzusetzen, das ist wirklich ein Stück aus dem Tollhaus. Wer soll denn nun verstehen, Herr Dr. Stegner, dass Sie die Große Koalition möglicherweise fortsetzen wollen nach der Wahl, nachdem Sie gerade heute erklärt haben, wie würdelos, wie stillos und wie wenig kompetent der Ministerpräsident dieses Landes ist, der heute die Vertrauensfrage stellt?

Noch etwas dazu, Herr Dr. Stegner: Am 18. Juli dieses Jahres - das war am Samstag - haben Sie in den „Kieler Nachrichten“ erklärt, die SPD-Fraktion werde diesem Ministerpräsidenten kein Vertrauen aussprechen. Das war vor der Abstimmung zur Auflösung des Landtags.

(Konrad Nabel [SPD]: Na und?)

- Das war vor der Vertrauensfrage. Herr Kollege Nabel, er hat es für die SPD insgesamt erklärt, nicht nur für sich. Die SPD-Fraktion, der ja auch Ute Erdsiek-Rave, Lothar Hay und Frau Trauernicht angehören, wird dem Ministerpräsidenten das Vertrauen nicht aussprechen. Wie lange soll denn ein Ministerpräsident warten? Wollen Sie ihn vorführen als jemand, der handlungsschwach ist, der möglicherweise nicht weiß, was er tut? Wie lange soll sich jemand so etwas gefallen lassen, bevor er reagiert?

(Beifall bei FDP und CDU)

Ich hätte die SPD-Minister bereits nach der Debatte am Freitag entlassen, möglicherweise auch einmal in der Kabinettsitzung. Ich hätte mir dieses Schauspiel nicht weiter angesehen, dass Herr Stegner den Bösen, den Angreifer, den Terrier macht und Frau Ute Erdsiek-Rave die liebe und gute und dabei darauf setzt, dass die Gutmütigkeit des Ministerpräsidenten dazu führt, dass SPD-Minister nach einer Selbstauflösungsablehnung im Kabinett verbleiben.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, in einer Pressemitteilung vom 22. Januar 2009 hat Herr Dr. Stegner erklärt, es gebe schwarz-gelbe Blütenräume für eine Zukunft, nachdem ich von der CDU-Fraktion zu einer Klausurtagung eingeladen worden war. Ich glaube nicht, dass die Kolleginnen und Kollegen, die anwesend waren, nach meinem Auftritt glaubten, dass es eine rosige Zukunft wird. Denn ich habe relativ deutliche Worte gefunden über das, wie ich die Union in dieser Koalition wahrnahm. Es haben sich auch einige andere - Minister von Boetti-

(Wolfgang Kubicki)

cher sitzt ja hier - durchaus nicht unkritisch zu meinem deutlichen Auftritt geäußert.

Die Tatsache, dass der Fraktionsvorsitzende auf deren Einladung zu einer anderen Fraktion geht, nun sozusagen als den Beginn von gemeinsamen Koalitionsträumen abzuhandeln, finde ich ziemlich komisch. Wir haben Sie, Herr Dr. Stegner, eingeladen, auf dem Sommerfest der FDP zu sprechen. Sie waren da und haben gesprochen. Wir haben den Kollegen Uwe Döring als Minister eingeladen, bei uns zum Sommerfest zu sprechen. Er hat gesprochen. Günther Jansen hat zum 15. Jahrestag der FDP-Fraktion im Landtag eine bemerkenswerte Rede gehalten, deren Lektüre ich Ihnen noch einmal besonders empfehle, Herr Dr. Stegner.

(Zuruf des Abgeordneten Dr. Heiner Garg [FDP] - Dr. Johann Wadephul [CDU]: Frechheit!)

Trotzdem sind wir nie auf die Idee gekommen, dass es nun der Ansatzpunkt für neue koalitionäre Träume wäre.

Ich finde es geradezu wichtig, Herr Kollege Stegner, dass man sich gelegentlich auch einmal austauscht und nicht wie Sie selbst im eigenen Saft schmort und deshalb die Wirklichkeit nicht mehr richtig wahrnimmt.

(Beifall bei der FDP)

Aber danach wieder zu behaupten - in Kenntnis der Beschlusslage der FDP in Schleswig-Holstein, die Sie begrüßt haben -, Schwarz-Gelb würde Studiengebühren bedeuten, ist aus unserer Sicht eine Frechheit. Zu erklären, Schwarz-Gelb in Schleswig-Holstein würde längere Laufzeiten von Kernkraftwerken bedeuten, obwohl wir seit 2005 im Land - mehrfach bestätigt - einen entgegenstehenden Beschluss haben, ist gegenüber meiner Partei eine Frechheit.

(Beifall bei der FDP)

Öffentlich zu erklären, man müsse der FDP nur einen, zwei Ministerposten anbieten, dann käme sie, ist eine Missachtung der Personen meiner Partei, und deshalb wird aus meiner Partei mit Ihnen, unter Ihrer Führung, niemand mehr reden.

(Beifall der Abgeordneten Frauke Tengler [CDU])

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir hören ja, Herr Dr. Stegner sagt, Schwarz-Gelb auf der einen Seite und eine Politik von Innovation und Gerechtigkeit auf der anderen Seite sei die Alternative bei dieser

Wahl. Liebe Bürgerinnen und Bürger in Schleswig-Holstein, liebe Menschen vor den Fernsehschirmen,

(Lachen und Zurufe von der SPD)

die Wahl in Schleswig-Holstein wird am 27. September 2009 die Alternative sein zwischen einer handlungsfähigen Regierung - - Ja, ich bin gern groß, das gebe ich zu. Die FDP möchte gern noch größer und bedeutender werden. Dafür werden wir kämpfen, weil die Menschen es nicht verdient haben, weiter mit einer Sozialdemokratie unter Ihrer Führung konfrontiert zu werden, die mit Halbwahrheiten arbeitet und ansonsten nichts zustande gebracht hat.

(Beifall bei FDP und CDU)

Präsident Martin Kayenburg:

Gestatten Sie mir zur Diskussion über die Rolle des Oppositionsführers den Hinweis, dass die Landtagsverwaltung pflichtgemäß - Artikel 12 Abs. 2 der Landesverfassung - den Vorsitzenden der stärksten Oppositionsfraktion, den Fraktionsvorsitzenden der SPD, gefragt hat, nachdem es eine Erklärung gab, er trage die Koalition nicht mehr mit, ob er sich als Oppositionsführer verstehe. Dies ist bestätigt worden. Da nach § 52 Abs. 4 der Geschäftsordnung der Oppositionsführer als Erster nach dem Ministerpräsidenten reden kann, ist die Redezeit so verteilt worden. Über dieses Verfahren sind alle Fraktionen informiert worden.

Nunmehr erteile ich dem Vorsitzenden der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Herrn Abgeordneten Karl-Martin Hentschel, das Wort.

Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Sehr geehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Die Große Koalition ist gescheitert. Sie ist vordergründig gescheitert, weil die Akteure nicht miteinander konnten. Aber inhaltlich war sie schon längst am Ende. Sie hat seit mindestens zwei Jahren nichts mehr auf die Reihe bekommen und ist schließlich an der HSH Nord-Wand zerschellt.

Aber das Scheitern dieser Koalition ist nicht der Grund dafür, dass wir heute noch einmal zusammenkommen müssen. Dass die Koalition ausgerechnet jetzt beendet wurde, ist offensichtlich das Ergebnis des Machtkalküls von CDU-Strategen, die die Landtagswahl zusammen mit der Bundestagswahl durchführen wollen.

(Karl-Martin Hentschel)

(Beifall der Abgeordneten Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN] und Rolf Fischer [SPD])

Sie tun das, weil sie befürchten, dass bis zum Mai nächsten Jahres die FDP wieder auf ein Normalmaß zurückgestutzt wird und dann angesichts der Finanzkrise, angesichts des Untersuchungsausschusses und angesichts neuer Horrormeldungen aus der **HSH** die CDU noch weiter in den Keller sinkt.

Der Vorwand für den Bruch, den Sie letzte Woche geliefert haben, Herr Carstensen, nämlich dass Ihr Koalitionspartner nicht zu den Entscheidungen über die HSH Nordbank steht, spricht Bände. Denn Ihre diesbezügliche Aussage - das ist hier ja ausführlich diskutiert worden -, das Gehalt von Nonnenmacher sei mit den Fraktionsspitzen abgestimmt, hat sich als frei erfundene Unwahrheit herausgestellt.

Natürlich haben Sie recht, wenn Sie sagen, dass Lothar Hay informiert war. Ich sage hier auch: Lothar Hay hätte, wenn er sein Amt ernsthaft wahrgenommen hätte, spätestens im November 2008 informiert sein können. Denn schließlich hat er all die Zeit im Aufsichtsrat der Bank gesessen und Zugriff auf alle Informationen gehabt. Natürlich erwartet man von einem Minister, der für die SPD-Seite im **Aufsichtsrat** sitzt, dass er mindestens seine eigene Fraktion informiert.

Aber, Herr Carstensen, dieses Chaos rechtfertigt nicht den einseitigen Bruch der Koalition. Wenn Sie eine Woche brauchen, um festzustellen, dass Sie eine Falschaussage gegenüber dem Parlament gemacht haben, dann können Sie hinterher nicht sagen, das sei ein Irrtum gewesen.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ganz absurd aber war die Veranstaltung am letzten Mittwoch: Vormittags machen Sie noch auf „Friede, Freude, Eierkuchen“ und verabschieden im Landtag gemeinsam mit der SPD den Nachtragshaushalt, und abends erklären Sie nach einer Fraktionssitzung, jetzt könne man nicht mehr zusammen regieren. Das war unterirdisch.

Herr Carstensen, Sie sind schon lange nicht mehr Herr des Verfahrens. Sie unterschreiben Briefe, die Unwahrheiten enthalten, ohne sie gelesen zu haben. Sie erklären, dass für Sie die Vertrauensfrage nicht infrage kommt, und machen dann das Gegenteil. Sie erklären, dass Sie die SPD-Minister nicht entlassen wollen, weil Sie mit denen so gut zusammengearbeitet haben, und jagen sie dann wie Hunde vom Hof.

Längst diktieren Ihnen die Scharfmacher in Ihrer Partei den Weg. Der Bruch der Koalition genau zu diesem Zeitpunkt erweckt den Eindruck, Sie hätten sich zur Marionette von Parteistrategen gemacht.

Herr Carstensen, Ihr Vorgehen ist aber nicht nur politisch anrühlich, es ist auch, wie mir gestern in einer Runde von Juristen, mit denen ich mich darüber ausgetauscht habe, gesagt wurde, verfassungsrechtlich zumindest riskant. Es gibt drei verfassungsrechtliche Bedenken.

Die **Vertrauensfrage** ist für den Fall gedacht, dann, wenn der Ministerpräsident konkrete politische Entscheidungen für zwingend geboten hält, zu überprüfen, ob er dafür noch die Mehrheit hat. Damit kann er schwankende Koalitionspartner, die Teile seiner Politik nicht mehr mittragen wollen, zwingen, sich zu entscheiden. Entweder sie stützen ihn, oder er ruft Neuwahlen aus.

Genau diese Situation ist in Schleswig-Holstein aber nicht gegeben. Denn am Morgen des Koalitionsbruchs hat die Koalition noch den Haushalt und die Eckpunkte der Arbeit der Landesregierung ohne Abweichler verabschiedet. Das spricht aber dafür, dass es sich um keine eigentliche Vertrauensfrage im Sinne der Verfassung handelt.

Dazu kommt noch der Akt der Entlassung der SPD-Minister. Sie haben bis zuletzt gesagt - das haben Sie heute wiederholt -, dass Sie mit den Ministerinnen und Ministern der SPD gut zusammengearbeitet haben. Es gab keine Differenzen, die öffentlich geworden sind. Es spricht deshalb Vieles dafür, dass Sie die **Entlassung der Minister** nur deshalb vorgenommen haben, um die SPD zu zwingen, in der Vertrauensfrage gegen Sie zu stimmen.

All das verstärkt die Vermutung, dass es sich heute nicht um eine echte, sondern um eine fingierte Vertrauensfrage handelt.

Das zweite verfassungsrechtliche Problem besteht darin, dass Schleswig-Holstein - anders als der Bund - das **Selbstaufhebungsrecht des Parlaments** kennt. Dieses fordert aber die hohe parlamentarische Hürde einer Zweidrittelmehrheit. Das gewählte Vorgehen des Ministerpräsidenten riecht deshalb geradezu danach, als sollte mit dem Trick der Vertrauensfrage die Zweidrittelmehrheit des Parlaments ausgehebelt werden. Auch das kann verfassungsrechtlich problematisch sein.

Vizepräsidentin Ingrid Franzen:

Herr Abgeordneter Hentschel, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abgeordneten Kubicki?

Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Gern.

Wolfgang Kubicki [FDP]: Herr Kollege Hentschel, ist Ihnen die Äußerung des Fraktionsvorsitzenden der SPD, Dr. Stegner, vom 18. Juli 2009 in den „Kieler Nachrichten“ unter der Überschrift „Die CDU hat den Koalitionsbruch seit Monaten bewusst geplant“, bekannt, der auf die Frage: „Peter Harry Carstensen wird wahrscheinlich nächste Woche die Vertrauensfrage stellen; wie soll sich Ihre Fraktion in der anschließend geheimen Abstimmung verhalten?“ geantwortet hat: „Die SPD-Fraktion wird einem Koalitionsbrecher nicht das Vertrauen aussprechen.“ Diese Äußerung ist gefallen, deutlich bevor die Vertrauensfrage gestellt worden ist.

- Herr Kubicki, ich kann dazu wenig sagen, weil ich kein Verfassungsrechtler bin. Was ich vortrage, sind Bedenken, die mir gestern Abend von Juristen, die sich mit der Frage beschäftigt haben, vorgetragen worden sind. Wir debattieren heute über die Vertrauensfrage. Wir müssen damit rechnen, dass es möglicherweise aus den Reihen des Parlaments zu einer **Klage** kommen kann. Deshalb müssen wir uns diese Dinge bewusst machen, wenn wir heute entscheiden. Es muss zumindest vorgetragen werden.

(Beifall der Abgeordneten Detlef Matthiesen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN] und Rolf Fischer [SPD] - Zurufe von der FDP)

Die größten Bedenken bestehen aber gegen die **Terminierung**. Es spricht alles dafür, dass der Ministerpräsident schon seit Monaten, spätestens seit seiner berühmt gewordenen Ankündigung, er sei „bereit zu Neuwahlen“, den Bruch der Koalition und damit Neuwahlen angestrebt hat. Deshalb besteht der Verdacht, dass er den Bruch bewusst auf Mitte Juli gelegt hat, um den Wahltermin auf den 27. September zu legen. Unsere **Verfassung** sieht aber aus gutem Grund gerade nicht vor, dass der Ministerpräsident den **Wahltermin** bestimmen kann. Deswegen spricht viel dafür, dass die Manipulation des Wahltermins durch die willkürliche Terminierung des Bruchs der Koalition am letzten Mittwoch ohne einen aktuellen Anlass verfassungsrechtlich problematisch ist.

(Beifall des Abgeordneten Günter Neugebauer [SPD])

Herr Ministerpräsident, ob es zu Klagen kommt und ob sie vor Gericht durchtragen, weiß ich nicht. Auf jeden Fall aber haben Sie sich mit Ihrem Vorgehen auf ein brüchiges Glatteis begeben. Damit riskieren Sie, dass das Land mitten in der Krise auch noch monatelang ohne handlungsfähige Regierung - ich muss angesichts dieses Rests hier sagen, ohne eine noch handlungsfähige Regierung - dasteht. Gerade in kritischen Zeiten ist die willkürliche Manipulation der Verfassung ein gefährliches Spiel. Dass Sie sich in dieser Situation auf ein solches parteitaktisches Manöver eingelassen haben, ist des Amtes nicht würdig.

Herr Carstensen, nun komme ich zur Antwort auf Ihre Frage. Der Ministerpräsident von Schleswig-Holstein hat an dieses Parlament die Vertrauensfrage gestellt. Hier ist meine Antwort: Meine Fraktion wird Ihnen heute das Misstrauen aussprechen.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Erstens, weil wir im Zusammenhang mit der HSH Nordbank von Ihnen und Ihrem Finanzminister systematisch hinters Licht geführt worden sind.

Zweitens, weil Sie versprochen haben, die Finanzen des Landes in Ordnung zu bringen und dazu eine große Verwaltungsreform durchzuführen, und dann eingeknickt sind, um den parteipolitischen Frieden in der CDU zu retten.

Drittens, weil Sie unser Land, das vor vier Jahren Vorreiter bei der Energiewende, beim Umwelt- und Naturschutz und beim Schaffen neuer Arbeitsplätze in diesen Sektoren war, ausgebremst haben durch die Rückkehr zu Klientelpolitik und ideologischen Entscheidungen.

Und viertens, weil Sie aus rein machtstrategischen Gründen einen Bruch der Koalition inszeniert haben, um einen Wahltermin zu bekommen, der Ihnen politisch in den Kram passt.

Immer wieder waren Ihnen Machterhalt und Parteitaktik wichtiger als das Wohl des Landes, das Sie in Sonntagsreden und auf Volksfesten so unablässig beschwören - auch heute wieder. Deswegen wird meine Fraktion Ihnen das Misstrauen aussprechen.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, auch wenn der aktuelle Anlass fingiert ist, gescheitert ist diese Regierung schon seit mindestens zwei Jahren. Denn bereits vor zwei Jahren wurde klar, dass beide großen Vorhaben, mit denen die CDU in die Wahl gegangen war - die Verwaltungsreform und die Sanierung der Finanzen -, gescheitert sind.

(Karl-Martin Hentschel)

Es ist allerdings auch der SPD vorzuwerfen, dass sie Monat für Monat dieses Elend mitgetragen hat.

Vizepräsidentin Ingrid Franzen:

Herr Abgeordneter, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abgeordneten Dr. Klug? - Bitte.

Dr. Ekkehard Klug [FDP]: Herr Kollege Hentschel, wie ist eigentlich das, was Sie eben ausgeführt haben, in Einklang zu bringen mit dem Antrag auf Auflösung des Landtags, den die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN mit Ihrer Unterschrift doch mit eingebracht hat, über den wir am Montag abgestimmt haben? Das verstehe ich nicht ganz.

Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Der Antrag auf Auflösung des Parlaments - -

(Dr. Ekkehard Klug [FDP]: Sie wollten ja auch die Auflösung!)

- Ja, natürlich, ich bin ja für die Auflösung des Parlaments und für Neuwahl. Ich habe mich nur dagegen ausgesprochen, dass eine willkürliche Manipulation des Wahltermins durch die CDU stattgefunden hat.

(Dr. Ekkehard Klug [FDP]: Sie haben doch selbst den Wahltermin 27. September beantragt, oder sehe ich das falsch?)

- Nein, haben wir nicht. Wir haben damals gemäß der Verfassung die Auflösung des Parlaments beantragt, anders als die FDP. Es hat sich herausgestellt, dass der FDP-Antrag damals verfassungsrechtlich nicht in Ordnung war. Unser Antrag lautete „Auflösung des Parlaments nach Verfassung“. Das hätte bedeutet, dass innerhalb von 70 Tagen Neuwahlen stattgefunden hätten. Das hätte eine Neuwahl vor den Sommerferien bedeutet, Herr Dr. Klug. - Das zur Klärung.

Meine Damen und Herren, es ist allerdings auch der SPD vorzuwerfen, dass sie Monat für Monat dieses Elend mitgetragen hat. Ich kann mich nicht entsinnen, dass die SPD angesichts der Finanzkrise von sich aus irgendwelche weitergehenden Vorschläge gemacht hätte.

Ich kann nur an die SPD-Fraktion und ihren Fraktionsvorsitzenden dringlich appellieren: Steigen Sie aus dem Karussell der Eitelkeiten aus! Denn die Menschen in Schleswig-Holstein haben genug von diesem Theater.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und des Abgeordneten Wolfgang Kubicki [FDP])

Es bringt niemandem etwas, wenn man sich die Realität jeweils so zurechtbiegt, wie es einem gefällt.

Ich finde es auch nicht gut, Herr Dr. Stegner, dass Sie hier versucht haben, die Wahl des Datenschutzbeauftragten zu einem parteipolitischen Manöver zu machen.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, CDU und FDP)

Ich habe mit dem Vorsitzenden der FDP und mit der Vorsitzenden des SSW besprochen, dass wir die Abstimmung über den Datenschutzbeauftragten im September im Landtag vornehmen. Der Antrag liegt ja sowieso vor. Wir werden darüber abstimmen. Das hat aber absolut nichts mit Parteipolitik oder mit Bündnissen zu tun, sondern es ist unsere Überzeugung, dass das richtig ist. Der Antrag liegt lange vor. Wir werden darüber abstimmen, und jede Fraktion dieses Hauses hat die Möglichkeit, ihm zuzustimmen.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP)

Meine Damen und Herren, wenn die Menschen in diesem Land etwas interessiert, dann nicht mehr, wer hat Schuld, sondern sie wollen wissen, welche Vorstellung haben die Parteien, wie die Probleme von Schleswig-Holstein gelöst werden können. Nachdem der Ministerpräsident klar zu erkennen gegeben hat, dass er vorhat, mit der FDP eine angeblich bürgerliche Regierung zu bilden, interessiert die Menschen natürlich auch, was diese Alternative anzubieten hat.

Meine Damen und Herren, das größte aktuelle Problem, vor dem wir im Herbst stehen werden, ist die **HSH Nordbank**. Meine Fraktion hat im April gegen die Bereitstellung von 13 Milliarden € Kapital und Garantien gestimmt. Wir haben das getan, weil das neue Geschäftsmodell dieser Bank niemals von einem unabhängigen Berater im Auftrag der Regierung oder gar des Landtags geprüft worden ist.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP)

Ex-Minister Marnette hat die gleichen Fragen wie wir gestellt. Er wurde als Spinner diffamiert. Jetzt sagt Minister Döring einen Tag nach seiner Entlassung aus dem Amt, dass auch er davon ausgeht,

(Karl-Martin Hentschel)

dass die HSH im Herbst erneut einen Milliardenkredit benötigt.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Unglaublich!)

Ich frage: Was weiß Herr Döring, was wir nicht wissen?

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP)

Was wissen Sie, Herr Wiegard, und Sie, Herr Carstensen? Ist das Parlament ein zweites Mal, wie bei der Vergabe von 1 Milliarde € neuen Kapitals vor einem Jahr, wissentlich getäuscht worden?

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP)

Ich erwarte, dass der Ministerpräsident und der Finanzminister diesem Parlament reinen Wein einschenken.

Ich begrüße es außerordentlich, dass der Finanzausschussvorsitzende Günter Neugebauer am Termin für den Finanzausschuss Anfang September festhält.

(Zuruf von der SPD)

- Bestellen Sie es ihm! Wo ist er eigentlich?

Selbst wenn der Ministerpräsident das Parlament auflöst und die Hälfte der Minister entlassen hat, stellt sich die Frage der Kontrolle durch das Parlament nicht weniger, sondern sogar mehr.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP)

Ich erwarte deshalb, dass zu diesem Termin sowohl über die Vorstandsgehälter als auch über die Lage der Bank vollständig und wahrheitsgemäß informiert wird. Denn wir wollen die Antworten vor der Wahl und nicht erst hinterher.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP)

Meine Damen und Herren, damit komme ich zum **Haushalt**. Wir haben vor vier Jahren einen mutigen Start erlebt, mit Kürzungen um 200 Millionen € bei den Beamten und bei den Kommunen. Das war, bei aller Kritik im Detail, anzuerkennen. Aber kaum dass die Steuern wieder sprudelten, ist diese Regierung in den Dornröschenschlaf verfallen. Der zuständige Staatssekretär Schlie durfte sich erst lächerlich machen und ist dann monatelang nicht mehr aufgetaucht. Heute ist er endlich mal wieder da.

Aber die Verantwortung für die Koordination der Häuser liegt in der Staatskanzlei. Das Scheitern in der Finanzpolitik ist deshalb im Kern das Scheitern von Peter Harry Carstensen persönlich.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wenn Sie, Herr Carstensen, hier heute erzählt haben, dass Sie in der Regierung von der SPD an strukturellen Veränderungen gehindert worden sind, dann bitte ich Sie, dass Sie mal darlegen, welche strukturellen Veränderungen Sie gemeint haben. Ich habe nur mitgekriegt, dass alle strukturellen Veränderungen auf kommunaler Ebene und auf Landesebene an Ihrer Partei gescheitert sind.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Aber da wir hier über die Zukunft des Landes reden, muss ich an dieser Stelle - so leid es mir tut, Herr ehemaliger Oppositionsführer - auch den designierten Koalitionspartner FDP ansprechen. Denn Sie, Herr Kubicki, sind es, der in den vergangenen Jahren gnadenlos allen Interessengruppen versprochen hat, was gut und teuer ist. In jeder Veranstaltung, die ich erlebt habe, war es das Gleiche: mehr Richter, mehr Polizisten, höhere Gehälter, mehr Urlaubs- und mehr Weihnachtsgeld, mehr Beförderungen und so weiter.

Sie sind es dann auch, der unablässig davon redet, dass Sie die Steuern senken wollen - und das angesichts der höchsten Staatsverschuldung aller Zeiten.

Herr Carstensen und Herr Kubicki, für eine Konsolidierung der Landesfinanzen ist Schwarz-Gelb eine wahrhaft tolle Combo. Da kann ich nur staunen.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Günther Hildebrand [FDP]: Aber Rot-Grün!)

Gerade wenn wir hier heute über das Vertrauen und das Misstrauen in die Regierung reden, dann sollte es uns nicht nur um das Vertrauen im Parlament gehen. Viel wichtiger ist es, um das Vertrauen der Menschen auf der Straße zu werben.

Ich sage Ihnen: Letztes Mal hat die CDU die Menschen im Wahlkampf gnadenlos belogen und musste hinterher alles wieder einkassieren.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Abbau von 5.000 Stellen, den Herrn Wiegard vorher angekündigt hat, Sanierung der Finanzen und was Sie sonst noch alles tun wollten - Sie haben sehr viel angekündigt. Eine große Verwaltungsreform haben Sie ebenfalls angekündigt. Nichts davon ist passiert, alles ist wieder einkassiert worden. Ich könnte die Litanei noch weiterführen.

(Karl-Martin Hentschel)

(Zurufe von der CDU)

Deswegen erwarte ich in Erinnerung an den vorangegangenen Wahlkampf von allen Parteien, dass sie diesmal den Bürgern vor der Wahl sagen, was sie vorhaben, und nichts, aber auch gar nichts versprechen, was sie sowieso nicht halten können.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN -
Zuruf des Abgeordneten Wolfgang Kubicki
[FDP])

Herr Carstensen, wir wollen vor der Wahl wissen, welche großen Strukturreformen Sie vorhaben. Sie haben sie ja vorhin angekündigt und gesagt, die SPD hätte Sie daran gehindert. Nennen Sie uns diese Strukturveränderungen vor der Wahl und nicht erst hinterher!

Ein Politikbereich, der größte Bedeutung für die Zukunft hat, ist die **Bildungspolitik**. Wir brauchen ein gerechteres Schul- und Bildungssystem, beginnend von der Wiege über die Schule, Hochschule, Berufsschule bis hin zur lebenslangen Weiterbildung. Ich bin froh, dass in diesem Sektor in den vergangenen Jahren mit den Gemeinschaftsschulen wirklich etwas in Bewegung gekommen ist. Zugleich wurden die Schulen aber, insbesondere auf Wunsch der CDU - das muss man durchaus sagen -, mit neuen Vorschriften, Regularien, Zeugnissen, Arbeiten, Prüfungen und so weiter überschüttet. Anstelle von mehr Autonomie regierte in den Schulen mehr Misstrauen, und eine adäquate Reform der Lehrerbildung wurde aus ideologischen Gründen mit allen Mitteln verhindert. Jetzt wollen die Kollegen von der CDU mit einem Koalitionspartner FDP zusammengehen, der sogar die Wiedereinführung der Realschulen fordert. Deswegen fordere ich Sie auch hier auf: Sagen Sie bitte ehrlich, was Sie nach der Wahl wollen. Die Bürger von Schleswig-Holstein haben einen Anspruch darauf, das vorher zu wissen und nicht erst hinterher.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN -
Zuruf des Abgeordneten Wolfgang Kubicki
[FDP])

Es macht doch überhaupt keinen Sinn, dass wenn die Koalition gescheitert ist, das gebaute Haus zusammenfällt, anschließend die Maurerkolonnen und Hardliner, die am meisten dazu beigetragen haben, zum Polier befördert werden.

Noch einen Punkt muss ich ansprechen, wenn es um das Vertrauen in diese Regierung geht: In keinem Bundesland sind die Chancen für die **Energie-wende** so gut wie in Schleswig-Holstein. Die Ener-

gie-wende ist kein Problem für uns; sie ist vor allen Dingen eine Chance.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Schleswig-Holstein kann bereits in zehn Jahren doppelt so viel Strom produzieren, wie hier im Land verbraucht wird. Das sind keine Zahlen aus grünen Energieszenarien; das sind die offiziellen Zahlen von Ex-Minister Austermann. In Schleswig-Holstein können in den kommenden Jahren Zigtausende neuer Arbeitsplätze entstehen. Allein die wärmetechnische Sanierung der Häuser und Wohnungen ist ein Beschäftigungsprogramm für das Handwerk für 50 Jahre. Durch erneuerbare Energien sind längst mehr Arbeitsplätze entstanden als im Schiffbau, in den Atomkraftwerken und bei der Kohleverbrennung zusammen. 80 % der Stromproduktion im Bereich der Windkraft sind im letzten Jahr in den Export gegangen. Aber auch der klassische Umwelt- und Naturschutz ist längst zum Jobmotor geworden. Die einst von der CDU massiv bekämpften Projekte wie der Nationalpark oder die Stiftung Naturschutz sind zu Attraktionen des Tourismus und Aushängeschildern des Landes geworden. Sie locken Menschen her und schaffen Arbeit.

Herr Carstensen, Sie haben heute die Vertrauensfrage gestellt. Deswegen muss ich heute zu diesem Punkt feststellen: Die jetzige Regierung hat auf all diesen Gebieten dem Land einen Bärendienst erwiesen.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Die Entwicklung zum Land der neuen Energien wurde ausgebremst, und es wurde statt dessen auf Kohlekraftwerke gesetzt. In der Wirtschaftsförderung wurde die längst überwunden geglaubte Klientelpolitik unter dem Stichwort - Sie haben es ja heute noch einmal vorgeführt - „einzelbetriebliche Förderung“ wieder herausgekratzt. Anstatt in ein Science-Center wurde lieber in Plopp-Verschlässe investiert. Die Wälder wurden nicht als ökologische Kleinode, sondern als private Investitionsobjekte behandelt. Der Naturschutz war für Sie ein lästiges Hindernis in einer Agrarlandschaft, die Umweltverbände lästige Mäkler, und die EU-Vorgaben wurden auf die lange Bank geschoben. Deshalb möchte ich an dieser Stelle wissen: Was haben Sie vor? Wie wollen Sie die Chancen nutzen?

Diese Frage richte ich an alle Parteien, auch an die SPD, die ja Vieles mitgemacht hat. Wollen Sie die Chance des Landes nutzen, neue Arbeitsplätze zu schaffen, oder wollen Sie eine Politik fortsetzen, die von Vorurteilen oder alten Grabenkämpfen getragen ist und dem Land nur Schaden zufügt? Und

(Karl-Martin Hentschel)

auch hier gilt: Die Menschen im Land haben ein Anrecht darauf, vor der Wahl zu wissen, was auf sie zukommt.

Die schwarz-gelbe Koalition, für die die **Vertrauensfrage** heute die Voraussetzung schaffen soll, ist nicht die Lösung der Probleme; Schwarz-Gelb verspricht vielmehr, bei der Lösung der Probleme vom Leerlauf in den Rückwärtsgang umzuschalten. Deswegen werden wir dafür kämpfen, dass es im Wahlkampf um Inhalte geht, um die Zukunft Schleswig-Holsteins. Um das zu erreichen, sind wir bereit, mit denen zusammenzuarbeiten, die das Land nach vorn bewegen wollen. Wie sollen die Finanzprobleme gelöst werden? Wie bekommen wir ein gerechtes Bildungssystem? Wie können Klimaschutz und Wirtschaftspolitik aus einem Guss statt gegeneinander betrieben werden? Das sind die Fragen, die in der kommenden Legislaturperiode gelöst werden müssen. Heute machen wir den Weg dafür frei. Die Bürgerinnen und Bürger von Schleswig-Holstein haben am 27. September das Wort.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und vereinzelt bei der SPD)

Vizepräsidentin Ingrid Franzen:

Ich danke dem Herrn Abgeordneten Karl-Martin Hentschel. - Das Wort für den SSW hat nun dessen Vorsitzende, die Frau Abgeordnete Anke Spoorendonk.

Anke Spoorendonk [SSW]:

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Es ist gar nicht einfach, hier noch etwas zu sagen; denn die Vorgänge der vergangenen Tage hinterlassen einen zunächst sprachlos. Der Verfall der politischen Kultur in Schleswig-Holstein geht so rapide vonstatten, dass man nur fassungslos zusehen kann.

(Frank Sauter [CDU]: Da hast du recht!)

Der anschwellende Machthunger einiger Politiker zermalmt gerade das seit 1988 mühsam wieder aufgebauter Renommee unseres Landes. In den Kommentaren der Medien sind längst wieder die Namen Barschel und Engholm gefallen. Schleswig-Holstein ist wieder zum Synonym für politischen Skandal und das unsaubere Miteinander von CDU- und SPD-Politikern geworden. Niemand zweifelt daran, dass der politische Verfall längst ein Stadium erreicht hat, das eine **Vertrauensabstimmung** rechtfertigt. Hätte es wirklich eines Beweises bedurft, dass diese Regierung schon lange ihre Mindesthaltbarkeitsdauer überschritten hat, dann haben die un-

versöhnlichen Diskussionsbeiträge, die Lügenbeichtigungen und Halbwahrheiten der SPD und der CDU den in den letzten Tagen hinreichend geliefert. Oder - um es einmal ganz drastisch auszudrücken -: Diese Koalition ist schon vor zwei Jahren verdorben gewesen, und die Bevölkerung hat längst gemerkt, dass hier etwas zum Himmel stinkt.

(Beifall bei SSW und FDP)

Einen deutlicheren Wink als drei Umfragen, die unabhängig voneinander die Große Koalition vom Spielfeld schicken, kann es kaum geben. Die Bevölkerung hat das Vertrauen in diese Regierung verloren, und das sollten wir respektieren. Nachdem die SPD nicht gewillt war, selbst daraus die Konsequenz zu ziehen, stimmen wir heute über das Vertrauen in den Ministerpräsidenten und sein neues Kabinett von freiwilligen und unfreiwilligen Superministern ab. Aber das ändert nichts daran, dass es noch einmal um die gesamte Große Koalition und um ihr politisches Ende geht.

In den letzten Tagen gab es jeden Tag neue Beschuldigungen. Jeder schiebt die Schuld auf den anderen. Dabei hat auch die Öffentlichkeit schon längst gemerkt, dass für beide Parteien eine Unschuldsumutung völlig fehl am Platz wäre. Es gehören immer zwei zum Tangotanz und den Todestanz dieser Regierungskoalition haben Ralf Stegner und Peter Harry Carstensen schon ausgiebig geprobt.

(Dr. Heiner Garg [FDP]: Tanz der Teufel!)

Deshalb sei der SPD auch nochmals angeraten, endlich die Rolle des Unschuldslamms aufzugeben, die ihr ohnehin niemand mehr abnimmt.

(Beifall bei SSW und FDP)

Angesichts der Form der Zusammenarbeit, die der SPD-Fraktionsvorsitzende in den letzten zwei Jahren gewählt hat, kann die SPD nicht glaubwürdig über eine böse CDU lamentieren.

(Beifall bei SSW, FDP und vereinzelt bei der CDU)

Ralf Stegner selbst hat dieses Bündnis mehrfach in Situationen gebracht, wo alle Welt Verständnis dafür gehabt hätte, wenn die CDU „Vielen Dank und auf Wiedersehen“ gesagt hätte.

(Bei bei SSW, CDU und FDP)

Deshalb nimmt Ihnen niemand die Opferrolle ab.

Dies gilt allerdings ebenso für Peter Harry Carstensen. Der Gute-Laune-MP kann seit dem Beginn der Finanzkrise nicht mehr punkten, weil jetzt an der

(Anke Spoorendonk)

Spitze ein handlungsstarker Politiker gefragt ist. Da liegt es nahe, den Koalitionspartner dafür verantwortlich zu machen, dass die Bilanz seiner Regierung auf einen Bierdeckel passt. Der Versuch des Ministerpräsidenten, seine mangelnde Durchsetzungsfähigkeit und seine mäßige Politik allein mit Ralf Stegner zu entschuldigen, ist - das muss ich sagen - einfach erbärmlich.

(Beifall beim SSW)

Für den Bruch der Koalition trägt er ebenso viel Verantwortung; denn natürlich ist auch Carstensen Weste bei den Schulhofprügeleien der Großen Koalition nicht weiß geblieben. Er hat es bisher nur besser verstanden, den Machtpolitiker hinter der Maske der Unschuld vom Land zu verbergen. Seine Taktik, den Koalitionsbruch monatelang hinauszuzögern, um am Tag der Bundestagswahl auch den Landtag wählen zu lassen, und der unwürdige kurzfristige Rauschmiss der SPD-Minister sprechen für sich. Offen, anständig und vertrauenswürdig sieht anders aus.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, Peter Harry Carstensen muss sich hier und heute aber vor allem für das verantworten, was er und seine Koalition in den letzten vier Jahren getan haben und was sie nicht auf die Reihe bekommen haben.

Eines hat der Ministerpräsident mit Sicherheit in den ersten vier Jahren gekonnt: Er hat es geschafft, beliebt zu werden, wie kaum ein Regierungschef vor ihm.

(Beifall bei der CDU)

Der „Ich-kümmere-mich-persönlich-drum“-Ministerpräsident Carstensen hat persönlich Starterlaubnisse für Privatflugzeuge und Baugenehmigungen besorgt. Bei einem Besuch der Museumswerft in Flensburg, wo der Leiter erklärte, ihm fehle ein bestimmtes Holz, das schwer zu beschaffen sei, griff der Ministerpräsident sofort zum Telefon, um den Holzhändler seines Vertrauens anzurufen. Das ist die Politik von Peter Harry Carstensen. Und das kam lange gut an.

(Zuruf von der CDU: Er kümmert sich darum!)

Insofern hat er es zumindest am Anfang der Karriere geschafft, das Vertrauen in sein Amt und in die Landespolitik zu stärken. Er hat es auch vermocht, als Moderator eine Koalition zusammenzuhalten, die von Anfang an nicht richtig zusammenhing und immer größere Fliehkräfte entwickelte. Das ist eine Leistung, die wir vom SSW auch mehrfach gelobt haben.

Nur, die Kehrseite dieser Rolle ist, dass Peter Harry Carstensen nie eine eigene Politik hatte. In den wirklich wichtigen Fragen hat er andere für sich arbeiten lassen, nicht zuletzt die gefeuerten SPD-Minister. In der Finanz- und Wirtschaftskrise stand die Regierung ohne Führung da.

Als die HSH Nordbank und mit ihr das Land Schleswig-Holstein im Winter 2008/2009 vor dem finanziellen Abgrund stand, war der Ministerpräsident abgetaucht. Er duckte sich weg und ließ seinen Finanzminister gewähren, der konsequent die Pläne des HSH-Chefs Nonnenmacher umsetzte. Ein Krisenmanagement des Regierungschefs gab es nicht.

(Beifall beim SSW und der Abgeordneten Angelika Birk [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Das Beispiel **HSH Nordbank** ist das krassste, aber man kann noch eine Reihe weiterer zentraler politischer Diskussionen nennen, in denen der Ministerpräsident durch Abwesenheit glänzte. In kaum einer Frage war der Chef durch eigene Positionen sichtbar. Nur dann, wenn Projekte der Koalition ihm und seinem Image gefährlich wurden, kümmerte er sich und sammelte die Politik der Koalition eigenmächtig wieder ein, so zum Beispiel bei den Schülerbeförderungsgebühren oder der Kreisgebietsreform.

Dass Carstensen in den letzten Wochen große Töne zum AKW Krümmel spuckte und Pläne zur Haushaltssanierung vorlegte - beides übrigens ohne konkrete Konsequenzen -, dürfen wir mit dem Wissen von heute getrost dem Vorwahlkampf zuschreiben.

(Beifall beim SSW und der Abgeordneten Angelika Birk [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Wenn wir Peter Harry Carstensen in den letzten vier Jahren einmal politisch erlebt haben, dann ging es um seine persönlichen machtpolitischen Interessen. Eigene politische Vorstellungen, wie dieses Land besser und zukunftssicher zu gestalten ist, und eigene Vorschläge zur Lösung der großen Probleme des Landes hat er noch nie zum Besten gegeben.

(Beifall bei SSW und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Schleswig-Holstein braucht heute nicht zuerst einen Ministerpräsidenten, der sich als Landesvater oder Ober-Bürgerbeauftragter versteht, sondern einen qualifizierten, handlungsstarken Regierungschef, der mit den Folgen der Finanzkrise und anderen ungelösten Problemen umgehen kann.

(Anke Spoorendonk)

(Beifall beim SSW)

Eben deshalb, weil wir nicht das Vertrauen haben, dass Peter Harry Carstensen die erforderlichen Qualifikationen hat, um die großen Probleme des Landes zu lösen und dieses Land zu gestalten, wird der SSW dem Ministerpräsidenten nicht das **Vertrauen** aussprechen.

Zur Vertrauensfrage gehört aber auch eine Bewertung der Koalition, die diesen Ministerpräsidenten gewählt und getragen hat. Ohne die Fraktionen und Parteien wäre die Politik und Nicht-Politik von Peter Harry Carstensen nicht möglich gewesen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, im öffentlichen Bewusstsein ist diese **Regierungskrise** zunächst ein Duell zwischen zwei Männern, aber die Wahrheit ist natürlich komplizierter. Es geht hier nicht um einen Kampf der Titanen, sondern eher um einen Hahnenkampf, bei dem die Zuschauer zwischen Schaulust und Angewidertsein schwanken. Diese Situation konnte erst dadurch entstehen, dass die meisten in der CDU und in der SPD viel zu lange zugeschaut haben, ohne etwas zu unternehmen.

(Beifall des Abgeordneten Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Natürlich tragen die CDU und die SPD in Schleswig-Holstein große Verantwortung dafür, was in den letzten Jahren geschehen ist. Sie haben Peter Harry Carstensen und Ralf Stegner gewähren lassen und falsch beraten. Sie haben keine Kompromisse zustande gebracht oder haben faule Kompromisse geschlossen. Sie haben eine Politik mitgetragen, die sie selbst nur schwer oder gar nicht verteidigen konnten. Kurz: Die Mitverantwortung für die Große Koalition tragen alle Abgeordneten, Regierungsmitglieder und Parteifürsten der CDU und der SPD in Schleswig-Holstein.

Die CDU hat hingegenommen, dass Peter Harry Carstensen eine unpolitische One-Man-Show durchzog, ohne ihm eine politisch-inhaltliche Führung abzuverlangen. Sie hat sich in der persönlichen Popularität des Ministerpräsidenten gesonnt und viel zu lange akzeptiert, dass wichtige politische Fragen nicht Aufgabe des Ministerpräsidenten waren. Viele andere CDU-Politiker haben zwar erkannt, dass auch das unmittelbare Umfeld des Ministerpräsidenten sein Handwerk nicht versteht, aber sie haben viel zu spät interveniert.

Erst im April 2009, nachdem der Schaden durch das dilettantische Management der **HSH-Nordbank-Krise** geschehen war, hat die CDU-Landtagsfraktion gegen die miserable Arbeit der Staats-

kanzlei rebelliert. Letztlich hat sie sich auf den Pott setzen lassen und sich damit zufriedengegeben, dass eine „arme Seele“ geopfert wurde, nämlich der Regierungssprecher, der es nicht verstanden hatte, das Versagen des Ministerpräsidenten ins rechte Licht zu rücken.

Wie dilettantisch diese Staatskanzlei arbeitet, lässt sich übrigens auch blendend an der jüngsten Affäre um das **Schreiben** des Ministerpräsidenten an den Landtagspräsidenten zu den **Sonderzahlungen** für HSH-Chef Nonnenmacher ablesen. Dass Peter Harry Carstensen eine solche stümperhafte Arbeit auch noch unterschreibt, zeigt nur, wie wenig er sich um die wichtigen Fragen kümmert. Mir wird - ehrlich gesagt - angst und bange, wenn ich daran denke, was der Ministerpräsident sonst noch hat unterschreiben können.

(Beifall bei SSW, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und vereinzelt bei der SPD)

Aber auch die SPD hat Vertrauen eingebüßt. Sie ist diesem Ministerpräsidenten gefolgt, und sie hat zentrale Positionen über Bord geworfen, um an der Macht zu bleiben. Der größte Sündenfall dieser SPD war es, ein Polizeigesetz des Innenministers Stegner zu unterstützen, das sich nicht einmal ein Otto Schily getraut hätte.

(Beifall bei SSW, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Der größte Fehler war es, dem lästigen Innenminister Ralf Stegner mit dem Fraktionsvorsitz genau die Position in der SPD zu geben, auf der er am besten seine Neigung zu ungezügelter Attacken auf Feind und Freund ausleben konnte. Ich muss sagen, liebe Kolleginnen und Kollegen: Es ist auch enttäuschend, dass Ex-Justizminister Döring nun, wo er seinen Dienstwagen losgeworden ist, plötzlich mit der ungeschminkten Wahrheit über die HSH Nordbank herausrückt.

(Beifall bei SSW, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich sage es ganz deutlich: Er hat einen Amtseid geleistet, der ihn verpflichtet hätte, schon vorher Tacheles zu reden.

(Dr. Heiner Garg [FDP]: So ist es!)

Durch das Festhalten an einer maroden Koalition haben die CDU und die SPD gemeinsam Vertrauen verspielt. Ihre Parteichefs haben so viele taktische Pirouetten gedreht, dass sie längst den Horizont des politischen Anstands aus den Augen verloren ha-

(Anke Spoorendonk)

ben. Was Schleswig-Holstein gerade geboten bekommt, ist einfach unterirdisch.

(Beifall bei SSW, FDP und BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Der Preis für diesen Kamikaze-Wahlkampf ist unermesslich hoch; denn viele Bürgerinnen und Bürger wenden sich angewidert von der Landespolitik ab. Der Schaden für die Demokratie in Schleswig-Holstein reicht weit über die Landtagswahl hinaus.

Deshalb fordern wir Peter Harry Carstensen und Ralf Stegner nochmals auf, sich endlich zusammenzureißen und der Verantwortung gerecht zu werden, die ihnen als den herausragenden Vertretern der beiden Volksparteien im Land obliegt. Sollten sie es nicht schaffen, zu einer sachlichen Auseinandersetzung zurückzufinden, kann man nur hoffen, dass andere die Verantwortung übernehmen und das Ruder an bessere Politiker übergeben.

(Beifall beim SSW)

Denn das, was wir im Moment erleben, kann man den Menschen in Schleswig-Holstein nicht bieten.

Seit Beginn dieser Wahlperiode hat die Politik in Schleswig-Holstein sehr viel von ihrer Glaubwürdigkeit und ihrer Würde verloren. Unser Land braucht dringend politische Leitfiguren, die abrüsten können, die Vertrauen schaffen ohne Waffen. Denn das Vertrauen ist erst einmal dahin.

(Beifall bei SSW, FDP und BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Ingrid Franzen:

Ich danke der Frau Abgeordneten Spoorendonk. Für einen Geschäftsordnungsantrag der Fraktion der SPD erteile ich Frau Anette Langner das Wort.

Anette Langner [SPD]:

Frau Präsidentin! Im Namen der SPD-Fraktion beantrage ich namentliche Abstimmung.

Vizepräsidentin Ingrid Franzen:

Ich bedanke mich. Ich gehe davon aus, dass die SPD ausreichend Mitglieder hat. Aber ich gehe auch davon aus, dass der Landtag insgesamt diesem Verfahren zustimmt.

Ich erteile Herrn Abgeordneten Martin Kayenburg das Wort für eine persönliche Erklärung zum Abstimmungsverhalten.

Martin Kayenburg [CDU]:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Nach § 64 Abs. 2 unserer Geschäftsordnung will ich mein Abstimmungsverhalten begründen.

Gäbe es nur das **Verfassungsgerichtsurteil** zu der **Vertrauensfrage** von Helmut Kohl aus dem Jahre 1983, dann wäre der heutigen Verfassungsfrage schon die Verfassungswidrigkeit auf die Stirn geschrieben. Nach der Begründung zu der Vertrauensfrage von Gerhard Schröder und dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts 2005 - oder 2003 -

(Wolfgang Kubicki [FDP]: 2005!)

2005, geht das Bundesverfassungsgericht für die **Zulässigkeit** von einer stabilen Mehrheit aus und fragt dabei auch nach einer stetigen parlamentarischen Mehrheit.

Für beide Urteile waren das Grundgesetz und eine größere politische Einheit Maßstab. Eine ähnliche politische Situation in einem einzelnen Bundesland kann und muss nach meiner Auffassung an anderen Maßstäben geprüft werden. Ziel der heutigen Vertrauensfrage ist es ja gerade, das Vertrauen nicht zu erreichen. Das steht für mich nicht im Einklang mit unserer **Landesverfassung**. Ich denke, dass auch bei der Abstimmung über den Nachtragshaushalt deutlich geworden ist, dass das Vertrauen noch nicht ganz zerrüttet war. Heute allerdings gebe ich vielen recht, die sagen: „Jetzt ist der Zeitpunkt erreicht.“

Gleichwohl, selbst wenn Verfassungskonformität gegeben sein sollte und das irgendwann einmal festgestellt wird, meine ich, dass wir unserer parlamentarischen Demokratie keinen Gefallen damit tun, dass wir jetzt auch auf Länderebene unechte Vertrauensfragen zulassen und auf Länderebene hoffähig machen. Deswegen werde ich die Vertrauensfrage bejahen.

Vizepräsidentin Ingrid Franzen:

Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Ich schließe die Beratung.

Wir kommen damit zur Abstimmung, und ich weise daraufhin, dass für die Annahme der Vertrauensfrage des Ministerpräsidenten gemäß Artikel 36 Abs. 1 der Landesverfassung die Zustimmung der Mehrheit der Mitglieder des Landtags - das sind 35 - erforderlich ist.

Ich bitte nun die Schriftführer, das Verfahren der namentlichen Abstimmung durchzuführen.

(Namentliche Abstimmung)¹

(Vizepräsidentin Ingrid Franzen)

Meine Damen und Herren, ich gebe das Abstimmungsergebnis über den Antrag des Ministerpräsidenten gemäß Artikel 36 Abs. 1 unserer Landesverfassung bekannt. Abgegebene Stimmen: 66. Mit Ja haben gestimmt: ein Abgeordneter. Mit Nein haben gestimmt: 37 Abgeordnete. 28 Abgeordnete haben sich enthalten.

Damit hat der Antrag des Ministerpräsidenten die erforderliche Mindestzahl von 35 Stimmen nicht erreicht. Ich stelle fest, dass damit der Landtag dem Ministerpräsidenten das Vertrauen nicht ausgesprochen hat.

Wir treten in die vereinbarte halbstündige Pause ein. Wir werden die Sitzung um 13:15 Uhr mit den Tagesordnungspunkten zum Atomkraftwerk Krümmel fortsetzen.

Die Sitzung ist unterbrochen.

(Unterbrechung: 12:40 bis 13:19 Uhr)

Vizepräsidentin Ingrid Franzen:

Ich bitte Sie, Platz zu nehmen, damit wir wie vereinbart ordnungsgemäß fortfahren können.

Ich rufe die Tagesordnungspunkte 1 a) und 31 auf:

Gemeinsame Beratung**a) Regierungserklärung zu den Vorkommnissen im Kernkraftwerk Krümmel****b) Wiederinbetriebnahme des Atomkraftwerks Krümmel**

Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
[Drucksache 16/2752](#)

Antrag der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abgeordneten des SSW
[Drucksache 16/2789 \(neu\)](#)

Wird das Wort zur Begründung gewünscht? - Das ist nicht der Fall.

Mit dem Antrag Drucksache 16/2752 wird ein Bericht in dieser Tagung erbeten. Die Landesregierung hat zu diesem Thema eine Regierungserklärung angemeldet. Ich gehe davon aus, dass die Fragen des Berichtsantrags durch die Regierungserklärung

ihre Beantwortung finden werden. Ich brauche deshalb nicht über den Berichtsantrag abstimmen zu lassen.

Ich erteile dem zuständigen Minister für Soziales, Gesundheit, Familie, Jugend und Senioren, Herrn Dr. Christian von Boetticher, das Wort.

Dr. Christian von Boetticher, Minister für Landwirtschaft, Umwelt und ländliche Räume und Minister für Soziales, Gesundheit, Familie und Senioren:

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Mein Freund Uwe Döring - ich sage das ganz bewusst, weil ich finde, dass auch in solchen Zeiten persönliche Freundschaften bestehen müssen - hat neulich in der Zeitung gesagt, er hoffe, dass der Wahlkampf jetzt nicht in eine Schlacht ausarte. Ich möchte heute einen Beitrag dazu leisten, dass das nicht geschieht.

Vorab möchte ich meiner ehemaligen Kollegin und Vorgängerin im Amt, Frau Trauernicht, recht herzlich dafür danken, dass sie in all den Jahren gerade bei der Atomaufsicht, also einem sehr sensiblen Bereich, eine sehr unabhängige Arbeit, die stets an Recht und Gesetz orientiert gewesen ist, gemacht hat.

(Beifall bei der CDU sowie der Abgeordneten Dr. Henning Höppner [SPD] und Lars Harms [SSW])

Das war nicht immer leicht.

(Beifall bei der CDU)

Wir haben ja mitbekommen, welcher Druck von Betreibern ausgeübt wird, aber auch welcher parteipolitischer Druck bei solchen Entscheidungen manchmal ausgeübt wird. Sie haben diesen Vorgaben immer widerstanden und Ihre Abteilung die Arbeit so ausführen lassen, wie sich das für eine Behörde gehört. In diesem Sinne sehe ich in diesem Amt eine große Kontinuität. Ich sage Ihnen zu, dass die von Ihnen veranlassten Punkte genauso kontinuierlich in meiner Arbeit fortgesetzt werden. Ich werde darauf im Übrigen noch eingehen.

Wenn man in Hongkong bei einem Glas Bier sitzt - Sie erlauben mir diese kurze Eingangsbemerkung - und dann informiert wird, dass die Kollegin entlassen werden und man selbst das Gesundheits- und Sozialministerium übernehmen soll, woran deutschlandweit einmalig die Atomaufsicht hängt, dann er-

¹ Das Ergebnis der namentlichen Abstimmung liegt als Anlage bei

(Minister Dr. Christian von Boetticher)

innert man sich an seine eigene Formulierung, die man stets gebraucht hat.

Ich war immer einer, der sich zu der langfristigen Nutzung der Kernenergie kritisch geäußert hat, gerade bezogen auf die **Endlagerung**. Natürlich überlegt man sich dann, was dieses Amt für einen selbst bedeutet und für die Frage, wie gradlinig kann man das vertreten, was man in der Vergangenheit stets vertreten hat. Ich habe das immer getan.

Ich war einer derjenigen, der sich nicht nur in Sonntagsreden für regenerative Energien stark gemacht hat, sondern der ganz konkret in Nordafrika mit dem Chef des Club of Rome unterwegs war, der in Abu Dhabi unterwegs war, um für DESERT zu werben, als manch einer das noch nicht schreiben konnte. Ich bin einer derjenigen gewesen, der immer gesagt hat, dass die - -

(Zuruf von der SPD)

- Ich denke mal. Ich habe einiges im Kopf. Ich brauche nicht immer einen Redetext, um zu reden, sondern ich weiß, was ich sagen will.

(Beifall bei der CDU)

Ich bin auch immer jemand, der die Atomenergie als Übergangstechnologie bezeichnet und für einen langfristigen Atomaustritt plädiert hat - das letzte Mal am 14. Juli noch vor der ganzen Krise im „Spiegel“. Ich habe auch meine Partei ermahnt, keine automatischen Laufzeitverlängerungen für alle Kraftwerke zu versprechen.

Ich habe im Übrigen auch nichts dagegen, wenn ich heute von den Zeitungen unterschätzt werde. Vor vier Jahren war ich der Jurist aus der Stadt, der vermeintlich keine Chance bei den Bauern hat, heute werde ich als Bauernminister dargestellt, der keine Atomaufsicht führen kann. Ich bin lieber jemand, der immer unterschätzt wird, als andere hier im Raum, die ständig überschätzt werden.

(Beifall bei der CDU - Dr. Heiner Garg [FDP]: Sie überzeugen sich nur noch selbst!)

Ich möchte zu den **Vorkommnissen in Krümmel** Stellung nehmen. Am 1. Juli 2009 kam es im Kraftwerk Krümmel zu einer Turbinenschnellabschaltung und am 4. Juli 2009 zu einer Reaktorschnellabschaltung. Die Aufklärung der Ursachenabläufe und Wirkungen dieser **Ereignisse** wird durch die Atomaufsicht unter Beteiligung von externen Sachverständigen auch noch längere Zeit in Anspruch nehmen. Nach den derzeitigen Erkenntnissen wurde die Turbinenschnellabschaltung am 1. Juli 2009 durch einen Ausfall der beiden Eigenbedarfstrans-

formatoren aufgrund eines geschlossenen Ventils am Transformator verursacht. Der Regler, einer der drei Speisewasserpumpen, funktionierte nicht wie vorgesehen, sodass der Füllstand im Reaktor von Hand geschaltet werden musste. Durch die Trennung des Generators vom Netz wurde die **Reaktorleistung** reduziert.

Das Kernkraftwerk Krümmel wurde am Abend des gleichen Tages wieder mit dem Netz synchronisiert, blieb zunächst mit verminderter Leistung am **Netz** und sollte nach der Reparatur am Abend des 3. Juli sukzessive wieder auf volle Leistung gefahren werden. Dieses Vorgehen entsprach den **Vorgaben** von Betriebshandbuch und Atomgesetz. Rechtlich bestand nach Ansicht der **Atomaufsicht** keine Handhabe, die Anlage vom Netz zu nehmen.

Aber, meine sehr verehrten Damen und Herren, schon die Turbinenschnellabschaltung vom 1. Juli hätte natürlich ein Warnschuss für Vattenfall sein müssen. Die Öffentlichkeit reagierte zu Recht irritiert, in Teilen empört, und es gab wiederum Kritik an der Informationspolitik.

Ein selbstkritisches, umsichtig agierendes Unternehmen hätte diese Situation zum Anlass genommen, innezuhalten und weitergehende Prüfungen vorzunehmen, bevor die Anlage wieder hochgefahren wird.

Am 4. Juli 2009, um 12:02 Uhr, kam es dann zur Reaktorschnellabschaltung. Ursache war nach derzeitigen Erkenntnissen ein Kurzschluss und Ölaustritt im Maschinentransformator AT 02, einem mit dem Transformator AT 01 baugleichen Typ, eben dem Transformator Typ, bei dem es im Jahre 2007 zu einem Brand kam. Bei und nach dieser Schnellabschaltung kam es zu weiteren nicht bestimmungsgemäßen Verläufen. Atomaufsicht und Sachverständige gehen zurzeit folgenden offenen Fragen nach:

Erstens. Wie groß ist das Ausmaß der Schäden an den Brennelementen?

Zweitens. Was sind die Ursachen für das Einbringen metallischer Fremdkörper in den Reaktordruckbehälter?

Drittens. Was ist mit den Lichtbogenspuren am zweiten Transformator?

Viertens. Wie stand es um das Controlling für Auflagen und Vereinbarungen bei der Installation von Teilendladungsmessungen, der unabsichtlichen Öffnung des Stromwandlersektorenkreises mit Unfallfolge für einen Mitarbeiter, den unsachgemäßen

(Minister Dr. Christian von Boetticher)

Spülungen nach Armaturensanierung und der erhöhten Radioaktivität im Reaktor?

Alle diese Fragen werden mit größter Sorgfalt untersucht, und auch unsere Maxime lautet, dabei: Gründlichkeit geht vor Schnelligkeit.

Am vergangenen Freitag hat unter Beteiligung von Vattenfall noch der Sozialausschuss sehr ausführlich diese Thesen behandelt. Darüber hinaus wurden der Atomaufsicht nun weitere unbekannte Probleme aus der Stillstandszeit bekannt gemacht. So ist bereits im Sommer des letzten Jahres eine Fehlermeldung am Transformator AT 02 erfolgt, die zu einem zweipoligen Kurzschluss führte. Das könnte eine Vorschädigung in dem betroffenen Transformator ausgelöst haben, über die unbedingt sofort die Aufsicht und die Sachverständigen hätten unterrichtet werden müssen.

Darum bleibt grundsätzlich die Frage: Kann **Vattenfall** verlässlich das Kernkraftwerk Krümmel betreiben? Um diese Frage zu klären, hat noch meine Vorgängerin die neuerlichen Vorgänge zum Anlass einer weiteren **Zuverlässigkeitsprüfung** genommen und dazu einen externen Gutachter eingeschaltet. Dieses Gutachten wird auch für mich Entscheidungsgrundlage sein. Wie auch immer das Ergebnis sein wird, Gemeinwohlinteresse muss vor Unternehmensinteresse gehen. Das gilt für Betreiber von Kraftwerken in ganz besonderem Maße.

Eine **Reaktorschnellabschaltung** - nur, damit Sie das einstufen können - ist zunächst nach den internationalen Regeln der **IAEA INES-Kategorie null**, also unterhalb von Störung und Störfall, angesiedelt. Nach der **Störfallmeldeverordnung** handelt es sich um eine Kategorie N, also um ein **meldepflichtiges Ereignis**, für welches zunächst die Meldezeit fünf Tage beträgt. Dennoch hätte Vattenfall hier unverzüglich an die Atomaufsicht melden müssen, da das **Betriebshandbuch** eine besondere Verpflichtung bei Ereignissen von öffentlichem Interesse enthält und Vattenfall auch entsprechende Zusage getroffen hatte. Nach den Vorfällen der Vergangenheit ist das, denke ich, unstrittig.

Aber weder sind die Manager von Vattenfall selbst sofort unterrichtet worden noch hat es eine sofortige Kontaktaufnahme mit der Atomaufsicht der Landesregierung gegeben. Erst Ministerpräsident Carstensen hat am 4. Juli den Vorstandsvorsitzenden von Vattenfall Europe, Herrn Hatakka, über den Störfall in seinem Kernkraftwerk Krümmel informieren müssen. Jeder fragt sich zu Recht, warum Vattenfall aus den Ereignissen vom 28. Juni 2007 offenbar so wenig gelernt hat.

(Beifall bei CDU und FDP)

Damit ist nicht nur die Kommunikation gemeint, sondern das gesamte Management. Damit wird auch Vattenfall an dieser Stelle zu einem besonderem Fall.

Nach einer ersten Bewertung der meldepflichtigen Ereignisse vom 4. Juli durch externe Gutachter und Mitarbeiter der Atomaufsicht ist am 5. Juli eine erste weitreichende **Konsequenz** von Vattenfall gefordert worden, die Maschinentransformatoren sollen erneuert statt repariert werden. Diese Forderung ist und war zunächst nicht unproblematisch, da **Transformatoren** nicht der Atomaufsicht unterliegen, sondern der **Eigenverantwortung** des Betreibers. Aber nach der Pannenserie der Vergangenheit gibt es auch für uns keine Alternative. Die Forderung wird nicht zurückgenommen, und Vattenfall hat inzwischen mitgeteilt, dass die Transformatoren vor Wiederinbetriebnahme auch erneuert werden.

In diesem Zusammenhang sollte aber noch einmal darauf hingewiesen werden, dass Vattenfall die mit der Atomaufsicht verbindlich **vereinbarte Messung** von Teilentladungen und Transformatoren nicht vorgenommen hat. Warum dies nicht geschehen ist, haben die Vattenfall-Vertreter am Freitag im Sozialausschuss - auch 14 Tage nach dem meldepflichtigen Ereignis - nicht hinreichend aufklären können.

Auch die Presseinformationen von Vattenfall dazu sind völlig unzureichend. So legen die vom TÜV-Nord beauftragten Gutachter Wert auf die Feststellung, dass - anders als in der Pressemitteilung von Vattenfall am 29. Juli 2009 dargestellt - die Gebrauchsfähigkeit des Transformators AT 02 keineswegs uneingeschränkt bestätigt wurde. Die Teilentladungsmessung soll ja gerade deshalb bei Wiederaufnahme des Leistungsbetriebs vorgenommen werden, um frühzeitig Schäden am Transformator erkennen zu können.

Mit der Entlassung des verantwortlichen Kraftwerksleiters ist es natürlich nicht getan. Das Controlling in dem Kernkraftwerk muss endlich funktionieren. Das gilt umso mehr, weil die Betreiber in den zwei Jahren des **Stillstands** die Möglichkeiten hatten, bestehende Mängel zu beseitigen.

Vattenfall hatte 2007 eine neue Informations- und Sicherheitskultur angekündigt. Davon war am 4. Juli 2009 leider nichts zu sehen. Nicht gerade vertrauensbildend ist der Widerstand gegen die Auflage der Atomaufsicht zur **Audioüberwachung** auf der Reaktorwarte zu bewerten. Gegen diese atomaufsichtsrechtliche Auflage klagt Vattenfall

(Minister Dr. Christian von Boetticher)

derzeit. Die Abgeordneten aller Fraktionen haben im Sozialausschuss ihre Missbilligung zum Ausdruck gebracht, dass die schon vor zwei Jahren zugesagte Audioüberwachung immer noch nicht installiert worden ist. Offensive Sicherheitskultur sieht anders aus.

Nun zu den Fragen des von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN eingebrachten Berichtsantrags!

Erstens: Ist die **Ursache** für den **Brand des Hochspannungstransformators** geklärt? - Die Ursache im Jahre 2007 konnte nicht mehr ermittelt werden, da der Trafo durch den Brand völlig zerstört worden war. Jetzt besteht die Möglichkeit, bei dem verhältnismäßig intakten Transformator die Ursache festzustellen.

Zweitens: Welche Konsequenzen sind daraus gezogen worden? - Die aus dem meldepflichtigen Ereignis für eine **Wiederaufnahme** erforderlichen **technischen Abhilfe- und Vorsorgemaßnahmen** wurden durchgeführt. Es wurde eine Überprüfung der Zuverlässigkeit der zu Vattenfall gehörenden Betreibergesellschaft der Kernkraftwerke Krümmel und Brunsbüttel eingeleitet und zum Wiederanfahren abgeschlossen.

Drittens: Wie konnte es zu dem **Einbau fehlerhafter Dübel** kommen? - Es wurde fehlerhaft ein nicht vorgesehener Dübeltyp verbaut. Hier hat ganz offensichtlich die Bauüberwachung versagt. Erschwerend kam hinzu, dass bauliche Änderungsmaßnahmen nicht in der erforderlichen Tiefe geregelt waren. Der Fehler trat an der Schnittstelle zwischen Baurecht und Atomrecht auf.

Viertens: Sind die Ursachen für die **Risse in den Armaturen** geklärt, und warum wurden die Armaturen nicht komplett ausgewechselt? - Ursache waren chloridhaltige Dichtungen und konstruktionsbedingte Konzentrationen von Chloriden. Der komplette Austausch der Armaturen aus Gründen der Sicherheit war nicht erforderlich. Die Betreiberin hatte sich für den Weg der Sanierung entschieden. Sie hat dabei aber den Aufwand für die umfangreiche notwendige Qualifizierung der Sanierungsmaßnahmen und Prüfmethode erheblich unterschätzt.

Fünftens: Wie werden die **Tätigkeiten** in der Leitzentrale **dokumentiert** beziehungsweise aufgezeichnet? - Die Tätigkeiten werden unter anderem über Schichtbuch und Rechner erfasst, aufgezeichnet und dokumentiert.

Vizepräsidentin Frauke Tengler:

Herr Minister, erlauben Sie die Zwischenfrage des Herrn Abgeordneten Matthiessen?

Dr. Christian von Boetticher, Minister für Landwirtschaft, Umwelt und ländliche Räume und Minister für Soziales, Gesundheit, Familie und Senioren:

Gern.

Detlef Matthiessen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Herr Minister, hat die Reaktoraufsicht denn den Einbau neuer Armaturen verlangt?

- Das kann ich Ihnen zu der jetzigen Zeit natürlich nicht sagen, aber die Antwort reiche ich gern nach. Sie wissen, wir befinden uns gerade in der Übergabe des Ministeriums, und darum wird eine entsprechende Fragestellung von uns natürlich in Kürze entsprechend beantwortet werden.

Sechstens: Gibt es eine der Blackbox im Flugverkehr vergleichbare **Aufzeichnung in der Leitzentrale**? - Nein, noch nicht, denn die bereits geforderte Audioaufzeichnung ist beantragt und wird zurzeit hinsichtlich der Eignung geprüft. Der Betrieb ist darüber hinaus noch streitig und wird vom Betreiber und vom Betriebsrat abgelehnt.

Siebtens: Werden auch weitere Orte außerhalb der Leitstelle überwacht? - Ja, hierzu gibt es unterschiedliche Überwachungssysteme.

Achtens: Wie beurteilt die Landesregierung die Sicherheit des Reaktorgebäudes und des Zwischenlagers gegen terroristische Einwirkungen beziehungsweise Sabotagen? - Zur Sicherheit von kerntechnischen Anlagen vor **terroristischen Anschlägen** ist die Position der Landesregierung im November letzten Jahres im Landtag verdeutlicht worden. Damals ging es um den Antrag der Grünen, das KKW Brunsbüttel wegen fehlenden Schutzes gegen Terrorattacken stillzulegen. Insbesondere ältere Anlagen bieten einen schwächeren Schutz gegen terroristische Bedrohungen als jüngere. So ist Krümmel bereits gegen einen Flugzeugabsturz ausgelegt, aber nicht gegen einen terroristisch gezielten Flugzeugabsturz. Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Sozialministeriums haben daher im Bund-Länder-Arbeitsgremium eine Initiative gestartet, diese Problematik bundeseinheitlich zu behandeln und erneut zu beraten.

Zur Forderung, alle rechtlichen Möglichkeiten zu prüfen und zu nutzen, um wegen der fortgesetzten Ereignisse eine endgültige Stilllegung des Reaktors

(Minister Dr. Christian von Boetticher)

in Krümmel zu erreichen, stelle ich an dieser Stelle Folgendes fest: Die Landesregierung wird wie bisher auch die **Atomaufsicht** gesetzeskonform ausüben. Wenn die Voraussetzungen für den **Entzug der Betriebserlaubnis** vorliegen, dann muss und wird sie auch entzogen werden. Frau Kollegin Trauernicht, diese Verknüpfung aber zu prüfen, der hätten Sie sich als Ministerin immer aktiv widersetzt, weil Sie genau wissen, dass die Prüfung einer Aufsichtsbehörde niemals politisch motiviert sein darf, sondern fachneutral nach Recht und Gesetz erfolgen muss.

Das ist auch der Grund dafür, dass ich Probleme mit dem zweiten Absatz habe, nicht mit der Frage, was geprüft werden muss, nicht, dass wir in aller Härte prüfen. Wenn wir aber eine politische Vorgabe machen, wie das Ergebnis sein muss, dann beeinflussen wir die Verwaltung, die nur an Recht und Gesetz orientiert ist. Auch die Abgeordneten dieses Hauses stehen nicht über Recht und Gesetz. Sie können Recht und Gesetz verändern, aber sie müssen sich auch an das Recht und Gesetz halten, das geschaffen worden ist.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsidentin Frauke Tengler:

Herr Minister, erlauben Sie eine weitere Zwischenfrage des Herrn Abgeordneten Detlef Matthiessen?

Dr. Christian von Boetticher, Minister für Landwirtschaft, Umwelt und ländliche Räume und Minister für Soziales, Gesundheit, Familie und Senioren:

Gern.

Detlef Matthiessen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Herr Minister, es ist bekannt, dass sich der Ministerpräsident öffentlich geäußert hat, dass er dann, wenn der Betreiber weiterhin solche Mängel zutage treten lasse, eine Stilllegung verfügen werde.

(Dr. Johann Wadephul [CDU]: Das hat er nicht gesagt! - Weitere Zurufe von der CDU)

- Ich habe nicht mehr den genauen Wortlaut, aber Sie haben gesagt, Sie würden dafür sorgen, dass dort eine Stilllegung verfügt werde. Würden Sie diese Äußerung - auch in dem Sinne, was Sie eben zurückgewiesen haben - als eine politische Willensäußerung zur Beendigung des Betriebs interpretieren? Nichts anderes haben wir mit unserem Antrag intendiert.

- Zu theoretischen und so nicht gemachten Äußerungen nehme ich sicherlich keine Stellung.

Die Landesregierung wird alles daransetzen, das **Sicherheitsniveau** der Kernkraftwerke im Land auf dem höchstmöglichen Sicherheitsstandard zu betreiben. Sicherheit ist und bleibt auch heute das oberste Gebot. So werden auch die jüngsten Ereignisse in Krümmel am neuesten Stand des kerntechnischen Regelwerkes zu messen sein, womit auch diese Frage sicherlich beantwortet sein dürfte.

Die Atomaufsicht wird **Auflagen** erlassen und auf weitere Schadensvorsorge drängen. **Standards** der maximal möglichen und erforderlichen Struktur-, Prozess- und Ergebnisqualität zur Sicherheit der Bevölkerung sind das oberste Ziel der Landesregierung.

Noch einmal: Das **Kraftwerk Krümmel** kann nur dann weiterlaufen, wenn alle sicherheitsrelevanten Voraussetzungen des **Atomgesetzes** erfüllt sind. Die Landesregierung sieht zwar an dieser Stelle die Kernenergie als unverzichtbaren Teil eines ausgewogenen Energiemixes, aber - das habe ich immer wieder deutlich gemacht; gerade ich persönlich - sie ist eine Brückentechnologie, solange keine klimafreundlicheren und kostengünstigeren Alternativen in ausreichenden Mengen zur Verfügung stehen.

Ich betone ausdrücklich: Ein **sicherer Kraftwerksbetrieb** muss von einem zuverlässigen Betreiber gewährleistet werden. Das gilt auch in Schleswig-Holstein und kann nur für Kraftwerke gelten, die nachweislich und zuverlässig die höchsten Sicherheitsstandards erfüllen. Vattenfall wird dies und seine eigene Zuverlässigkeit unter Beweis stellen müssen.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsidentin Frauke Tengler:

Ich danke dem Herrn Minister für seinen Bericht und teile mit, dass eine zusätzliche Redezeit von zwei Minuten für die Fraktionen entstanden ist.

Ich eröffne die Aussprache und erteile - in Absprache mit den antragstellenden Fraktionen - dem Fraktionsvorsitzenden von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Herrn Abgeordneten Karl-Martin Hentschel, das Wort.

Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Es geht heute um drei Fragen: Erstens.

(Karl-Martin Hentschel)

Ist der Betreiber Vattenfall noch zuverlässig? Zweitens. Ist der Reaktor sicher zu betreiben? Drittens. Welche Konsequenzen muss die Regierung daraus ziehen?

Ich beginne mit einer **Chronik** der letzten Jahre. 2002: Nach unerklärlichen Messergebnissen im **Atomkraftwerk Brunsbüttel** dauerte es Monate, bis das Ministerium gegenüber dem neuen Betreiber Vattenfall durchsetzen konnte, dass der Reaktor untersucht wurde. Ergebnis: Durch eine Wasserstoffexplosion war eine Rohrleitung geplatzt. Der Reaktor stand daraufhin eineinhalb Jahre still. Damals wurde bereits die **Zuverlässigkeit** des Betreibers Vattenfall infrage gestellt.

Um die Zuverlässigkeit wiederherzustellen, musste damals das gesamte leitende Personal ausgetauscht werden. Mitarbeiter mussten nachgeschult werden. Abläufe und Dokumentationen wurden überarbeitet, und technische Änderungen wurden vorgenommen.

2003 wurde bei der periodischen **Sicherheitsüberprüfung** des Atomkraftwerks Brunsbüttel eine **Mängelliste** von 600 Punkten erstellt. Von diesen waren vier Jahre später 200 Punkte immer noch nicht abgearbeitet. Vattenfall weigerte sich drei Jahre lang, entgegen der Umweltinformationsrichtlinie der EU diese Liste zu veröffentlichen.

(Zuruf des Abgeordneten Detlef Matthiessen
[BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

September 2006: Unfall im **Atomkraftwerk Forsmark** in Schweden - bis heute der größte Unfall in einem Atomkraftwerk in Westeuropa! Durch einen Kurzschluss im Trafo wurde der Reaktor vom Netz getrennt. Darauf erfolgte eine Schnellabschaltung. Danach versagten Teile der Notstromversorgung, und das Notkühlsystem konnte nicht die volle Leistung bringen. Außerdem fiel die zentrale Reaktorkontrolle aus, sodass die Reaktorkontrolle praktisch blind war. Erst nach 20 Minuten gelang es, per Handschaltung die Notstromdiesel zu starten und den Reaktor wieder unter Kontrolle zu bekommen. Zu diesem Zeitpunkt war nach Aussage des Chefkonstruktors Höglund der Reaktor kurz vor der Kernschmelze.

Wieder informierte **Vattenfall** die Öffentlichkeit und die Behörden zum Teil falsch, zu spät und nicht umfassend. Der interne Vattenfall-Bericht hat der Mannschaft des AKW eine völlig unakzeptable Sicherheitskultur bescheinigt. In Deutschland erklärt Vattenfall aber, ein vergleichbares Ereignis sei in Brunsbüttel oder Krümmel angeblich nicht mög-

lich. Es dauert Monate, bis Vattenfall einräumen muss, dass diese Aussage nicht stimmte.

Oktober 2006: Im **Atomkraftwerk Biblis** müssen über 7.000 falsche Dübel ausgetauscht werden. Alle anderen Atomkraftwerke werden auf falsche Dübel untersucht. Die Überprüfung in Krümmel und Brunsbüttel ergibt angeblich keine Hinweise auf falsche Dübel.

Oktober 2006: Im **Atomkraftwerk Ringhals** in Schweden, ebenfalls von Vattenfall betrieben, brennt ein Trafo und explodiert anschließend.

Dann kam der 28. Juni 2007: Es begann mit einem Kurzschluss in der Schaltanlage des **Atomkraftwerks Brunsbüttel**. Es erfolgt eine automatische Schnellabschaltung. Außerdem wird ein Brennstab zu langsam eingefahren. Ein Schwelbrand im Bereich der Turbine musste durch Feuerlöscher gelöscht werden. Das sind allein drei unabhängige Fehler an einem Tag in Brunsbüttel.

Zwei Stunden später brennt im **Atomkraftwerk Krümmel** in einer Trafostation die Kühlflüssigkeit. Fehler Nummer vier an diesem Tag. Ob dieser Brand durch die Netzschwankung infolge der Schnellabschaltung von Brunsbüttel verursacht war, ist bis heute ungeklärt, wie wir heute erfahren haben. Dann drangen Brandgase in den Leitstand des Atomkraftwerks. Fehler Nummer fünf.

Aufgrund eines Bedienungsfehlers wird auch der zweite Trafo von Krümmel ausgeschaltet. Fehler Nummer sechs.

Damit war Krümmel im gleichen Zustand wie das Atomkraftwerk Forsmark vor dem Beinahe-GAU im Jahr 2006. Die automatische Schnellabschaltung des Reaktors wurde gestartet, allerdings funktionierten diesmal die Notstromdiesel. Nun fiel jedoch eine Speisewasserpumpe aus. Der Kühlwasserstand fiel erheblich ab. Fehler Nummer sieben.

Nach sieben Minuten sprang zum Glück das erste automatische Wiedereinspeisesystem an. 14 Minuten später dann Fehler Nummer acht: Ein Mitarbeiter öffnete irrtümlich zwei Ventile von Hand. Der Wasserstand im Reaktor sinkt erneut um 2 m. Das zweite automatische Hochdruckeinspeisesystem springt an und rettet die Situation.

Dann Fehler Nummer neun: Es kommt zu einem kurzfristigen Ausfall der Eigenstromversorgung des Atomkraftwerks, zum Glück nachdem das Wasser wieder auf dem normalen Stand ist. Sonst hätten die das Problem von Forsmark gehabt.

(Karl-Martin Hentschel)

Dann Fehler Nummer zehn: Auch die Datensicherung in der Kontrollwarte fällt aus.

Aber damit nicht genug: Obwohl Dioxin in der Abluft gemessen wurde, wurde weder die Bevölkerung noch die eingesetzte Feuerwehr über die Giftgase informiert. Die zuständigen Katastrophenschutzbehörden wurden, selbst nachdem der Wasserstand im Reaktor gesunken war, nicht informiert, zu keinem Zeitpunkt.

Meine Damen und Herren, wer sich nach all diesen Vorkommnissen hinstellt und eine **Verlängerung der Laufzeiten** fordert, hat nichts begriffen.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

Die Behauptung, solche Anlagen seien hundertprozentig sicher, ist eine fromme Glaubensanmaßung, Herr Carstensen. Früher hätte man das als Gotteslästerung bezeichnet. Als eifriger Wallfahrer sollten Sie wissen, wovon ich rede.

Doch zurück zu Vattenfall! Im anschließenden **Bericht** verschweigt **Vattenfall** zunächst alle Bedienungsfehler des Personals und behauptet wahrheitswidrig, der Reaktorkern sei von dem Unfall gar nicht betroffen gewesen, obwohl das Wasser im Reaktorkern um 2 m gesunken ist. Mehrere Anträge von Vattenfall, Krümmel in den nächsten Tagen wieder anzufahren, mussten von der Ministerin persönlich gestoppt werden.

Brunsbüttel wird wieder hochgefahren, produziert innerhalb von drei Wochen mindestens vier neue Störfälle und geht dann wieder vom Netz. Unter anderem bestand wieder einmal Explosionsgefahr, weil sich Wasserstoff gebildet hatte.

Und dann eine weitere unglaubliche Feststellung bei der Überprüfung der Reaktoren: Bei den folgenden Untersuchungen wird bei **beiden Reaktoren** festgestellt, dass sowohl in Krümmel als auch in Brunsbüttel doch falsche **Dübel** eingebaut waren. Übrigens war die Firma, die das geprüft hat, dieselbe Firma, die das in Hessen geprüft hat und anschließend in Hessen den Vertrag gekündigt bekommen hat. In Schleswig-Holstein wurde sie weiterbeschäftigt.

Meine Damen und Herren, erneut wird die **Zuverlässigkeit** von Vattenfall infrage gestellt. Wieder musste leitendes Personal gehen, diesmal sogar der Konzernchef von Europa. Ministerpräsident Carstensen forderte „absolute Offenheit“. Dann erklärte er aber, jüngste Erklärungen ließen hoffen, dass Vattenfall - man höre! - Fehler eingesehen ha-

be und diese nicht wiederholen wolle. - Das war genau vor zwei Jahren.

Seither standen dann beide Meiler still. Doch auch während des **Stillstands** kam das Atomkraftwerk Krümmel nicht aus der Presse. Juli 2007: Leckage im Turbinenbereich. Februar 2008: Schwelbrand in der Lüftungsanlage. August 2008: Ausfall von vier Pumpen des Nebenkühlwassersystems und Ausfall eines Notstromdiesel. März 2009: Automatische Abschaltung eines Notstromtransformators.

Was dann nach dem Wiederaufstart am 19. Juni passierte, hat uns die Regierung gerade berichtet. Das will ich nicht wiederholen.

Meine Damen und Herren, unser Vertrauen in diese Firma ist erschöpft.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

Es geht um die Gesundheit und Sicherheit von Millionen Menschen. Es ist Zeit festzustellen, dass Vattenfall nicht zuverlässig ist. Die ehemalige Ministerin hatte erklärt, dass sie das jetzt prüfen will. - Bravo! Aber unser Ministerpräsident hat erneut erklärt, er gebe Vattenfall wieder eine Chance. Dann würde er aber persönlich dafür sorgen, dass Krümmel für immer abgeschaltet werde. So habe ich es in der Zeitung gelesen, Herr Ministerpräsident. Im Klartext: Unser gutmütiger Ministerpräsident hat wieder einmal die Zuverlässigkeit von Vattenfall bescheinigt, bevor sie überhaupt geprüft wurde. Das klingt markig, ist aber ein Persilschein.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Der markige Satz ist aber noch in anderer Hinsicht erstaunlich, sagte uns doch die Ministerin regelmäßig - das hat der neue Minister auch gesagt -, dass eine **endgültige Stilllegung** aufgrund des laxen **Atomgesetzes** nicht möglich ist.

(Lars Harms [SSW]: So ist es!)

Weiß also der Ministerpräsident mehr, oder hat er nur Sprüche in die Luft geblasen, die keinerlei rechtliche Grundlage haben?

(Zuruf des Abgeordneten Lars Harms [SSW])

Herr Carstensen, ich erwarte von Ihnen eine Antwort.

Nun komme ich zur zweiten Frage: Sind die Reaktoren Krümmel und Brunsbüttel noch sicher zu betreiben? Dazu zwei Aussagen: Der frühere Konstruktionsleiter des Atomkraftwerks Forsmark, Lars

(Karl-Martin Hentschel)

Olov Höglund, erklärte nach dem Transformatorbrand in Krümmel 2007, dass seit mehr als 20 Jahren nicht mehr genügend in die Atomkraftwerke investiert worden sei. Der Reaktorexperte des Ökoinstituts, Michael Sailer, sagte: Die Anlagen seien aufgrund der aus Sicherheitsgründen durchgeführten technischen Änderungen von den Reaktormannschaften schwieriger zu überblicken. Da die erste Generation der Betriebscrews oft aus Altersgründen bereits ausgeschieden sei, fehlten zunehmend Kenntnisse aus der Zeit der Inbetriebnahme.

Die häufigen Unfälle sind also nicht Zufall. **Ursache** der Unfälle, von denen wir reden, sind die Veralterung der Anlagen, Materialien, die im Laufe der Zeit spröde werden, und immer neue Änderungen und Reparaturen, die die Anlagen immer undurchschaubarer und schwerer zu bedienen machen. Die Folge sind Materialschäden und Bedienungsfehler. Bei einer Notabschaltung, also einer Vollbremsung, die den Reaktor maximal unter Stress setzt, passiert dann Folgendes: Es treten jedes Mal reihenweise Folgestörungen auf, es kommt aufgrund der Hektik zu Bedienungsfehlern, und in der Folge entstehen dann regelmäßig kritische Situationen.

Egal, was man von der Atomkraft hält: Diese Anlagen sind nicht mehr sicher kontrollierbar, diese Anlagen dürfen nicht wiederanfahren, sondern müssen vom Netz.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

Damit komme ich zu der dritten Frage, und zwar an die Landesregierung: Was ist zu tun? - Ich fordere Ministerium und Vattenfall auf, alle Fakten auf den Tisch zu legen. Vorletzte Woche wurde groß verkündet, nun würden neue Transformatoren bestellt. Nach meinen Informationen sind die Trafos schon im letzten Jahr ausgeschrieben worden und längst bestellt worden. Wieder einmal werden wir von Vattenfall an der Nase herumgeführt.

Auch die Geschichte mit dem fehlenden Einbau der Messgeräte für Teilentladungen der Trafos ist mysteriös. Wieso wurde das nicht kontrolliert, obwohl die Messungen mit solchen Geräten vor zwei Jahren ergeben haben, dass die Trafos an der Grenze der Funktionsfähigkeit waren? Deswegen fordere ich: Alle Fakten müssen auf den Tisch!

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Zweitens. Das Ministerium muss unverzüglich das Verfahren einleiten, um die **Zuverlässigkeit des Betreibers** zu überprüfen. Wir haben in unserem Antrag - Sie haben es falsch zitiert - extra gesagt, es

sollen alle rechtlichen Möglichkeiten ausgeschöpft werden. So steht es im Antrag. Wir haben nicht gesagt, es soll willkürlich abgeschaltet werden, unrechtmäßig, sondern wir haben gesagt, die rechtlichen Möglichkeiten sollen ausgeschöpft werden angesichts der ganzen Ereignisse, die eingetreten sind, die uns als Parlament zweifeln lassen, dass die Sicherheit noch gegeben ist, um diesen Reaktor abzuschalten. Ich halte das rechtlich für einen absolut zulässigen Antrag.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ein Persilschein von Carstensen nach dem Motto, Vattenfall bekommt noch eine Chance, ist nach Jahren von Pannen und Pleiten nicht mehr zu vertreten.

Meine Damen und Herren, **Atomkraftwerke** müssen nach dem Atomgesetz und dem Kalkar-Urteil stets dem **aktuellen Stand von Wissenschaft und Technik** entsprechen. Deswegen hatte Minister Trittin 2003 den Auftrag gegeben, das noch aus den 80er-Jahren stammende Regelwerk grundlegend zu überarbeiten. Das Ergebnis liegt jetzt vor und heißt jetzt „Revision D“. Nach **Atomgesetz** gilt dieser Wissensstand unverzüglich. Dass Umweltminister Gabriel jetzt eine eineinhalbjährige freiwillige Probezeit mit den Ländern vereinbart hat, ist unseres Erachtens rechtswidrig.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Angesichts dieses eklatanten Versagens sind Gabriels Forderungen nach Übernahme der **Atomaufsicht** durch den **Bund** und seine Kraftmeierei, er würde Krümmel persönlich stilllegen, purer Populismus.

Deswegen fordere ich drittens, dass das Ministerium unverzüglich eine grundlegende Sicherheitsüberprüfung beider Reaktoren auf Grundlage der **Revision D** anfordert und - viertens - dass auf Grundlage der Ergebnisse der beiden Ereignisse die rechtlichen Möglichkeiten geprüft werden, um das Atomkraftwerk Krümmel endgültig stillzulegen. Dabei ist auch zu prüfen, ob das Atomgesetz verfassungswidrig ist. Die Regierung - Sie, Herr Minister - ist verpflichtet, Schaden vom deutschen Volke abzuwenden. Daran darf Sie auch ein laxes und betreiberfreundliches Atomgesetz nicht hindern.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Meine Damen und Herren, ein **GAU** in Krümmel nach dem Muster von Tschernobyl würde große Teile von Schleswig-Holstein, Niedersachsen und Hamburg unbewohnbar machen. Ein solcher Unfall

(Karl-Martin Hentschel)

ist schon im Normalbetrieb nicht auszuschließen. Hinzu kommt, keiner dieser Reaktoren ist gegen **Terrorangriffe** gesichert, und das, obwohl ein Gericht entschieden hat, dass Terrorangriffe nach dem 11. September nicht mehr als vernachlässigbares Risiko gelten dürfen. Eine solche Technologie darf nicht länger akzeptiert werden. Je schneller uns der Ausstieg gelingt, desto besser!

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

Meine Damen und Herren, das Atomgesetz ist kein Tabu. Der Atomkonsens war lediglich ein Kompromiss. Seit Monaten fordern nun die Stromkonzerne eine **Verlängerung der Laufzeiten**. Was sind das für Kaufleute, was sind das für Geschäftsleute, die einen Vertrag schließen und sich anschließend nicht mehr darum scheren? Ich stelle dagegen fest: Das Wachstum der erneuerbaren Energien ist in den letzten Jahren schneller gewesen, als für den Atomkonsens erforderlich, und zwar auch ohne Kohlekraftwerke. Wir brauchen die Atomkraft von Jahr zu Jahr immer weniger. Im Gegenteil, der Unfall hat durch die Ereignisse, die in Hamburg passiert sind, deutlich gemacht, dass solche Großkraftwerke immer mehr zu einem Problem für die Stabilität unserer Netze werden. Deshalb ist eine Verlängerung der Laufzeiten unverantwortlich.

Wenn sich die Betreiber nicht mehr an den Vertrag gebunden fühlen, dann fühlen wir uns auch nicht mehr daran gebunden. Das sage ich hier ganz deutlich. Hier hat Gabriel recht. Wir sollten jetzt die Genehmigung der alten Reaktoren einziehen, weil sie nicht mehr sicher sind. Eine **Übertragung von Laufzeiten** auf neue Reaktoren sollte dann nur noch in dem Maße erfolgen, wie es für den Übergang erforderlich ist. Je schneller die Atomkraftwerke abgeschaltet sind, desto besser!

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

Meine Damen und Herren, wir beantragen Abstimmung in der Sache, und zwar Einzelabstimmung über alle vier Punkte.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD)

Vizepräsidentin Frauke Tengler:

Ich danke dem Herrn Abgeordneten Karl-Martin Hentschel und erteile das Wort für die CDU-Fraktion dem Herrn Abgeordneten Manfred Ritzek.

Manfred Ritzek [CDU]:

Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Der Minister, der jetzt zuständig ist für die Atomaufsicht, hat im Detail berichtet, welche Maßnahmen ergriffen werden müssen. Herr Hentschel, Sie haben durchaus umfassend alle technischen Probleme aufgezählt - die kann sich ja keiner hier im Hohen Haus merken -, die vor zwei Jahren und davor auch in anderen Kraftwerken entstanden sind und die jetzt aktuell wieder in Krümmel entstanden sind. Ich denke, wir müssen der Atomaufsicht eine Bewertung überlassen, wie schwerwiegend die ganzen Ereignisse, die hier eingetreten sind, sind. Insofern möchte ich und kann ich auch gar nicht auf die weiteren Details so sehr eingehen, sondern ich möchte Krümmel und die Kernkraft in einen größeren Zusammenhang bringen, und zwar in den Zusammenhang eines **Energiemixes**. Das Thema haben wir ja des Öfteren hier im Hohen Haus besprochen, und es wird sicherlich auch in Zukunft noch besprochen werden. Ich will dabei aber Krümmel nicht ausschließen.

Meine Damen und Herren, vor fast genau zwei Jahren kam es bereits zu einer **Pannenserie im Kernkraftwerk Krümmel**. Noch schlimmer als die Pannen - das haben wir alle hier im Landtag gesagt - war der Dilettantismus, mit dem der Betreiber Vattenfall - ich sage mal - das Pannenmanagement an den Tag legte. Allerdings - das wissen wir auch alle - wurden die damaligen meldepflichtigen Ereignisse auf der achtstufigen INES-Skala der **Kategorie null** zugewiesen. Das heißt, Nullereignisse, die keine Gefahr für Menschen innerhalb der Anlage, für Menschen außerhalb der Anlage und für die Umwelt bedeuteten. Allerdings wurde das Vertrauen durch die Ereignisse vor zwei Jahren und jetzt aktuell schwer erschüttert.

Im wirtschaftlichen Bereich zeigt sich das durch eine Kündigung von 250.000 Stromlieferverträgen. Aber das ist eigentlich nur der kleinste Teil bei solch wichtigen Ereignissen. Wichtiger ist, dass das **Vertrauen** schwer beschädigt worden ist.

(Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das war der vierte Fall!)

Zwei Jahre hatte Vattenfall in Krümmel jetzt modernisiert, und dennoch erfährt die Serie Pleiten, Pech und Pannen ihre Fortsetzung. Der ausgelöste politische Schaden ist sehr groß. Ich sage das auch ganz bewusst, weil - es ist ja auch von Ihnen gesagt worden, Herr Hentschel - die CDU für die Fortsetzung der **Kernenergie als Übergangstechnologie** weiterhin votiert, allerdings - das möchte ich hier

(Manfred Ritzek)

anfügen - unter einer einzigen Voraussetzung, der absoluten Verantwortung für die Menschen in den Gebieten.

(Beifall bei der CDU)

Ich möchte aber sagen, dass die jetzige aktuelle Situation in Krümmel nicht einzelne politische Parteien wieder dazu animieren sollte, alte ideologische Konzepte aufzuwärmen und Angst zu schüren. Dazu eignen sich diese Ereignisse nicht. Das wäre unverantwortlich.

(Beifall bei der CDU)

Auch solche Aussagen wie „Endlich geht es der Atom-Lobby an den Kragen!“, oder dass die Atom-Lobby als kriminelle Bande bezeichnet wurde, oder das Deutsche Atomforum gehöre „auf den Misthaufen der Geschichte“ tragen nicht dazu bei, das Thema sachgerecht zu diskutieren. Das gesteht sogar der Minister Gabriel ein, wenn er im vorletzten „Spiegel“ bemerkt: Natürlich ist das alles Wahlkampf. Das wird hier ja auch von der SPD gesagt.

Bemerkenswert ist doch, dass die Sozialdemokraten und auch die Grünen, die heute der Kernenergie in Bausch und Bogen den Garaus machen wollen, in den 60er- und 70er-Jahren zu den glühendsten Verfechtern dieser Energie gehörten. Die Atomeuphorie kannte in jenen Jahren keine Grenzen. Nur wenige Wochen vor dem Ölpreisschock im Oktober 1973 hat die sozial-liberale Bundesregierung noch den massiven Ausbau der Kernenergie gefordert. Was passierte dann? - Dann kam die Anti-Atomkraft-Bewegung. Die Proteste wurden immer bedeutender. Und im Februar 1975 verloren die Sozialdemokraten ihr ursprünglich realistisches Konzept und haben sich vom Realismus in Ideologie begeben. Ich empfehle den Sozialdemokraten, nicht weiterhin die Ideologie zu einem Szenario für Angst zu entwickeln. Ein Weg in die Sachlichkeit ist notwendig.

Am Sonnabend, dem 4. Juli 2009 - das wurde bereits von den beiden Vorrednern gesagt -, wurde das **Kernkraftwerk Krümmel** um 12:02 Uhr durch eine **Reaktorschnellabschaltung** heruntergefahren. Als Ursache galt zumindest bisher ein Kurzschluss in einem der beiden Transformatoren. Dieser befindet sich außerhalb des eigentlichen Kraftwerkes, hat also nichts mit dem eigentlichen Kernreaktor zu tun. Das in der Folge ausgetretene Öl wurde zum größten Teil in der dafür vorgesehenen Wanne aufgefangen. Es entstand auch bei dem Ereignis kein Sicherheitsproblem für Leib und Leben. Sonst hätte der Kernreaktor abgestellt werden müssen.

In Schleswig-Holstein hat unser Ministerpräsident Peter Harry Carstensen bezüglich der erneuten Pannen deutliche Worte gefunden, die das ausdrücken, was die überwiegende Mehrzahl der Schleswig-Holsteiner und Schleswig-Holsteinerinnen darüber denkt: Die Geduld mit der Betreiberfirma Vattenfall ist langsam erschöpft. Die Betreiber in Krümmel haben jetzt noch genau eine Chance. Sollte dann ein sicherer und störungsfreier Betrieb von Krümmel nicht garantiert werden, und sollten die Anforderungen an ein qualifiziertes Management und an eine qualifizierte Informations- und Kommunikationspolitik nicht erfüllt werden, sind entscheidende Konsequenzen zu ziehen.

(Zuruf von der SPD: Welche?)

In diesem Fall kann das nach 33 Betriebsjahren nur das endgültige Aus für das Kernkraftwerk in Krümmel bedeuten, insofern natürlich alle gesetzlichen Vorgaben erfüllt sind.

Noch ein Wort zu der Überprüfung der 67.000 **Brennstäbe**. Dies ist eine reine Vorsichtsmaßnahme, für die lediglich eine Vermutung besteht. Jedes Jahr kommt es vor, dass einzelne Brennstäbe defekt sind. Hieraus die Stilllegung abzuleiten, wäre reiner Aktionismus.

Die Vorgänge in Krümmel sind nicht zu vergleichen, Herr Hentschel, mit den Problemfällen Vattenfalls in **Schweden**. In den vergangenen zwei Jahren kam es dort zu 60 meldepflichtigen Ereignissen, und seit Ende vergangenen Jahres gab es dort allein zwei dieser Ereignisse von höchster Gefahrenstufe. Auch dort wurde der Konzern durch die schwedische Regierung unter verschärfte Aufsicht gestellt. Wenn es zutrifft, dass dort seit Jahren Sicherheitsmaßnahmen vernachlässigt wurden, so ist dies schon lange keine Bagatelle mehr, sondern ein Skandal.

Welche Rolle spielt nun der zuständige **Bundesumweltminister**? - Am Montag, dem 6. Juli, forderte er noch medienwirksam eine **einheitliche Atomverwaltung**. Der Bund sollte eine Atomaufsicht einführen, die wirklich alle 17 Atomkraftwerke umfasst, so Gabriel. Die Halbwertszeit dieser Meldung betrug nur wenige Stunden. Denn den **Ländern** die Atomaufsicht zu entziehen und sie beim Bund anzusiedeln, stieß nicht nur auf Widerspruch bei Bundeskanzlerin Angela Merkel, sondern auch in unserem Land, bei Ministerpräsidenten Peter Harry Carstensen und gleichzeitig bei der damals noch für die Atomaufsicht zuständige Sozialministerin Gitta Trauernicht. Der gleiche Bundesumweltminister führte im „Spiegel“ Nummer 5 vom 28. Januar

(Manfred Ritzek)

2008 unter der Überschrift „Wir haben alle geschlafen“ aus - ich zitiere:

„Selbst wenn wir bis zum Jahr 2020 einen Anteil von 30 % an erneuerbaren Energien hätten, müssten immer noch 70 % unseres Energiebedarfs gedeckt werden. Das allein mit Erdgas zu tun, wie es die Grünen und manche Öko-Verbände fordern, käme Industrie und Verbraucher teuer zu stehen.“

Doch wie ist die aktuelle Lage in Deutschland? - Ich denke, wir müssen auch über die schleswig-holsteinischen Grenzen hinaus denken, auch wenn es für uns natürlich fundamental wichtig ist, gerade im Bereich der **regenerativen Energien** und im Zusammenhang mit der Kernenergie unsere schleswig-holsteinische Energiepolitik zu entwickeln. Die Windenergie steuerte in Deutschland im vergangenen Jahr 2008 ganze 6,7 % zum Strommix bei, und zusammen mit Biomasse, Wasserkraft, Fotovoltaik wurden gerade einmal **15 %** aus erneuerbaren Energien erreicht. Dem stehen 85 % konventionell erzeugte Energie gegenüber, die sich aufschlüsseln in etwa 23 % Kernenergie, knapp 43 % Kohle, knapp 14 % Erdgas und 5,3 % Heizöl und sonstige.

(Detlef Matthiessen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Gab es auch KWK?)

Folgte man der SPD, müssten bis 2021 alle 17 deutsche Kernkraftwerke vom Netz. Sie erbringen zurzeit 21.000 MW Leistung. Sehr geehrte Kollegen von der SPD, wie wollen Sie diese 21.000 MW kurzfristig, bis zum Jahr 2021, ersetzen? Sie müssen sich zu einer klaren Aussage durchringen, und diese Aussage wird nicht einfach sein. Auf jeden Fall nur zu fordern, dass es regenerative Energien tun müssten, ist nicht glaubwürdig, weil ja bisher eine große Lücke besteht.

(Beifall bei der CDU)

Es ist selbstverständlich richtig, am **weiteren Ausbau** der regenerativen Energien festzuhalten. Zu einer realistischen Sichtweise gehört aber auch, dass sie die fast zwei Drittel Stromproduktion, die auf Kohle und Kernenergie entfallen, auf absehbare Zeit nicht ersetzen können. Hinzu kommt bei den Gaslieferungen eine Unsicherheit, die auch aufgrund der Lieferungen aus Russland entsteht. Wir alle erinnern uns an den Lieferstopp für die Ukraine im letzten Jahr, als auch andere Länder kein Gas bekamen, die erbärmliche Kälte kaum aushalten konnten. Einer Zusicherung, dass so etwas nie wieder passiere, muss man schon hundertprozentig Glauben schenken können, wenn man will, dass Russland der Hauptlieferant für Erdgas wird.

Vizepräsidentin Frauke Tengler:

Erlauben Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abgeordneten Matthiessen?

Manfred Ritzek [CDU]:

Ja, bitte.

Detlef Matthiessen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Herr Kollege Ritzek, wenn Sie die derzeitige Stromerzeugungsstruktur auf absehbare Zeit für so unveränderlich halten - das haben Sie gesagt -, dann möchte ich Sie fragen: Sind Ihnen eigentlich die Beschlüsse der Bundesregierung, die sogenannten Meseberger Beschlüsse, bekannt?

Können Sie die mal näher ausführen?

(Heiterkeit bei der CDU - Zuruf von der CDU: Das kann er nämlich nicht!)

Detlef Matthiessen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Kurz zusammengefasst ist das: 10 % weniger Stromverbrauch, Steigerung der KWK auf 25 %, Steigerung der Erneuerbaren auf 30 % bis zum Jahre 2020. Das sind die Beschlüsse der Bundesregierung. Meine Frage ist: Wie kann das in Übereinstimmung stehen mit Ihren eben gemachten Ausführungen?

(Beifall des Abgeordneten Lars Harms [SSW])

- Die Beschlüsse sind bekannt. Dass wir generell den Energiebedarf senken müssen und dass wir mit allen Maßnahmen Effizienzerhöhung, Effektivitätserhöhung, CO₂-Ausstoss-Reduzierung und so weiter vorantreiben müssen, ist allen bekannt. Das ändert aber nichts an den Aussagen, dass zurzeit die **Lücke**, die durch den **Ausfall der Kernenergie** entstehen würde, durch die regenerativen Energien nicht geschlossen werden könnte.

(Beifall bei der CDU)

Ich komme noch einmal zurück zur **Sicherheit der Kernkraftwerke**. Vor gut einem Monat verständigten sich Bund und Länder auf darauf, bis zum Jahr 2011 die Sicherheitsanforderungen an deutsche Kernkraftwerke zu erhöhen. Das **neue kerntechnische Regelwerk** soll strenger und präziser werden, und das ist zu begrüßen.

In **Deutschland** laufen noch 17 Kernkraftwerke, **weltweit** sind es etwa 450, in Europa, einschließlich Russland und Ukraine, knapp 200. In **Frankreich** liefern 59 Kernreaktoren 77 % des französi-

(Manfred Ritzek)

schen Stromes, was es Frankreich ermöglicht, den CO₂-Ausstoß deutlich unter den deutschen CO₂-Ausstoß zu bringen. Es ist aber nicht nur der Bestand von 196 Kernkraftwerken. Vielmehr sind derzeit 14 Kernkraftwerke in unserem **näheren Umfeld in Europa** im Bau. Natürlich werden dadurch auch alte Kernkraftwerke ersetzt. Allerdings werden auch **neue Kernkraftwerke** entstehen. **Schweden**, das **Baltikum**, auch **Italien** kehren zu den Kernkraftwerken zurück. Alle diese Länder verschließen sich nicht den Anforderungen an einen Energiemix, insbesondere auch bezüglich des CO₂-Ausstoßes und der Kyoto-Auflagen.

(Zuruf des Abgeordneten Detlef Matthiessen
[BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Diese Länder bauen auf den Ausbau der Kernenergie. Ich möchte Ihnen, meine Damen und Herren, nun ein Zitat einer hohen Persönlichkeit anbieten - Sie werden vielleicht wissen, von wem es ist -:

„Ich finde es erstaunlich, dass unter allen großen Industriestaaten der Welt, von den USA bis China, von Japan und Russland, die Deutschen die Einzigen sind, die glauben, sie könnten ohne Kernkraft auskommen. Die große Mehrheit aller Staaten der Welt, aller Parlamente und Regierungen ist zu dem Ergebnis gekommen, dass dieses Risiko ethisch vertretbar sei. Ich wundere mich darüber, dass allein Deutschland zu einem anderen Ergebnis kommen möchte.“

Die ist ein Zitat des ehemaligen Bundeskanzlers Helmut Schmidt aus der „Zeit“ vom 23. Juli 2008.

(Unruhe)

Vizepräsidentin Frauke Tengler:

Ich bitte um etwas mehr Aufmerksamkeit für den Redner.

Manfred Ritzek [CDU]:

In der Tat, auch auf dem letzten **G-8-Gipfel** im Erdbebengebiet von Italien setzten Industrie- und Schwellenländer der **Erderwärmung** eine verbindliche Grenze. In diesem Zusammenhang hat auch Obama, der amerikanische Präsident, mitgeteilt, dass er, um das Ziel zu erreichen, weitere Kernkraftwerke bauen wird.

Laut einer aktuellen Forsa-Umfrage hat das Thema Atomkraft trotz der jüngsten Pannen im Atomkraftwerk Krümmel für zwei Drittel der Bundesbürger keine große Bedeutung. Deshalb sollten wir zur

Sachlichkeit zurückkehren und hier keine Emotionen schüren. Die Bürger sind auch aufgrund der modernen Mediengesellschaft wesentlich besser informiert über das, was in dem gesamten Feld der Energiepolitik entschieden wird. Bestimmte Fakten dürfen nicht vernachlässigt werden. Der **Betrieb von Kernkraftwerken vermeidet** jährlich etwa 150 Millionen t CO₂ allein in **Deutschland** - und das entspricht fast dem gesamten Ausstoß an CO₂ des Autoverkehrs in Deutschland. **Weltweit** vermeidet die Kernkraft mit den etwa 450 Kernreaktoren ungefähr 2,5 Milliarden t CO₂, also knapp 10 % des gesamten CO₂-Ausstoßes in der Welt.

Gerade auch in Zeiten steigender **Energiepreise** muss es ein wesentliches Ziel sein, den Bürgern bezahlbare Energie zur Verfügung zu stellen. Eine Kilowattstunde Strom aus Kernkraft kostet heute 3,5 Cent, bei der Windkraft auf See wären es 16,1 Cent. Sicherlich kann man dies wollen. Die Ehrlichkeit gebietet es aber, dem Bürger auch zu sagen, dass mit den regenerativen Energien Preiserhöhungen auf sie zukommen.

Auch die **Nabucco-Pipeline** mit Kosten von etwa 10 Milliarden €, die **Ostsee-Pipeline** mit Kosten von etwa 6 Milliarden € und auch der **Strom aus Nordafrika** mit geplanten Kosten von 400 Milliarden € werden unsere Stromrechnung erhöhen müssen; denn wir müssen das Geld aufbringen.

Derzeit rechnen sich alle Formen der **erneuerbaren Energien** nur mithilfe von **Subventionen** für die Betreiber. Die Subvention der erneuerbaren Energien durch die Stromverbraucher beträgt derzeit 7 Milliarden € pro Jahr - in Deutschland Tendenz steigend.

Meine Damen und Herren, für die CDU kann ich feststellen, dass es keine Nibelungentreue zur **Kernenergie** gibt. Wir halten sie aber, wie Minister von Boetticher schon gesagt hat, für eine **Übergangstechnologie**, auf die wir, zumindest derzeit, noch nicht verzichten können. Gleichzeitig sagen wir, dass die **Sicherheit** der Menschen auch beim Betreiben der Kernkraftwerke für uns oberste Priorität hat.

Kernkraftwerke, die nicht sicher sind, gehören abgestellt - nicht nur in Deutschland, sondern überall auf der Welt. Wenn sich herausstellen sollte, dass die Betreiberfirma Vattenfall das Kraftwerk in Krümmel nicht in den Griff bekommt, so muss es - unter Berücksichtigung aller gesetzlichen Vorgaben geschlossen werden. Die CDU steht für eine sachliche Diskussion unverändert zur Verfügung.

(Manfred Ritzek)

Zum Schluss komme ich zum Antrag. Punkt 1 des Antrags der Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie der Abgeordneten des SSW können wir unterstützen. Die Punkte 2, 3 und 4 möchten wir an den Ausschuss überweisen.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsidentin Frauke Tengler:

Ich danke dem Herrn Abgeordneten Manfred Ritzek und erteile für die SPD-Fraktion der Frau Abgeordneten Dr. Gitta Trauernicht das Wort.

Dr. Gitta Trauernicht [SPD]:

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Lassen Sie mich zunächst ein Wort zu dem interessanten Entré des neuen Ministers für Atomaufsicht sagen: Herr Kollege Boetticher, Sie haben sich als atomkraftkritischer Minister geoutet. Ich begrüße dies außerordentlich; denn nur mit dieser Haltung kann man wirklich Atomaufsicht betreiben, die der Sicherheit der Menschen dient.

(Beifall im ganzen Haus)

Sie haben darauf aufmerksam gemacht, dass es in dieser Lage wichtig ist, sich dem parteipolitischen Druck zu widersetzen. Ich kann Ihnen angesichts der Rede des Kollegen Ritzek nur wünschen, dass Sie dies in Zukunft auch schaffen.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Vor zwei Jahren hat der Konzern **Vattenfall** eine neue Sicherheits- und Kommunikationskultur angekündigt. Der Konzern hatte die Chance, diese **neue Kultur** zu belegen. Ich muss nach den Ereignissen dieses Sommers sagen: Vattenfall hat diese Chance verspielt.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, nachdem mir Herr Hatakka und Frau Biström von Vattenfall Anfang Juni in einem Gespräch angekündigt hatten, dass sie den Reaktor wiederanfahren wollten, und ich dem aus rechtlichen Gründen nichts entgegenzusetzen konnte, habe ich sie gefragt, ob sie sich der Verantwortung bewusst sind, die mit dieser unternehmerischen Entscheidung verbunden ist. Sie haben mich verblüfft angesehen. Ich habe sie auf **Risiken** aufmerksam gemacht - Risiken, die grundsätzlich mit dem Betrieb von Kernkraftwerken verbunden sind, die aber - das sage ich insbesondere

aufgrund der Erfahrungen, die wir hier in Schleswig-Holstein gerade mit diesem Kraftwerk gemacht haben -, mit dem **Kernkraftwerk Krümmel** verbunden sind.

Ich bin mir sicher, dass sich die beiden noch sehr intensiv an dieses Gespräch erinnern können. Aber ich bin doch verblüfft, dass nicht schon die **Turbinschnellabschaltung** am 1. Juli das Warnzeichen für den Konzern war. Ich bin verblüfft darüber, dass sie nicht am 4. Juli, nach der Reaktorschnellabschaltung, anders agiert haben als so, wie sie es immer tun. Das ist nicht zu verstehen. Es ist auch nur der **Atomaufsicht in Schleswig-Holstein** zu verdanken, dass die Öffentlichkeit sehr schnell erfahren hat, dass es bei der Reaktorschnellabschaltung, dem Störfall am 4. Juli, zu einer Analogie der Ereignisse mit den Ereignissen von vor zwei Jahren kam. Ich habe meine berechtigten Zweifel, ob Vattenfall dies öffentlich und verständlich kommuniziert hätte. Ich bin mir sicher, sie hätten sich hinter technischen Beschreibungen versteckt und nicht deutlich gemacht, dass hier Wiederholungsfehler vorliegen.

Ich bin mir auch nicht sicher, Herr Kollege von Boetticher, wenn sich die Aufsicht immer ausschließlich an Recht und Gesetz hielte und nicht auch öffentlichen und politischen Druck ausüben würde, dass wir eine Situation hätten, wie wir sie heute haben, dass nämlich der Reaktor vom Netz genommen ist und nicht wieder ans Netz geht, bevor es neue Transformatoren gibt.

Ich glaube sogar, dass dieses Zugeständnis auf meine sehr schnell erhobene Forderung hin erfolgt ist, weil in dem Moment dem Betreiber Vattenfall klar war, dass er einen eklatanten Fehler gemacht hat; denn die Atomaufsicht hatte längst die Fährte aufgenommen und entdeckt, dass die zugesagten Teilentladungsmessungen am Transformator nicht vorgenommen worden waren. Auch das hat Vattenfall übrigens nicht von sich aus kommuniziert, sondern erst, nachdem wir es öffentlich gemacht hatten.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, das und noch viel mehr tritt zunehmend zutage. Herr von Boetticher hat schon darauf aufmerksam gemacht. Inzwischen wissen wir, dass es vor einem Jahr, während der **Stillstandszeit**, zu einer Störung an dem Transformator gekommen ist, die nahelegt, dass es schon eine Vorschädigung gegeben hatte. Das alles ist skandalös, weil es klare **Absprachen** zwischen der Atomaufsicht und dem Betreiber gegeben hatte. Denn für Auflagen gab es aus rechtlichen Gründen keinen Raum. Der Betreiber hatte

(Dr. Gitta Trauernicht)

keinen Zweifel daran gelassen, dass er die Verantwortung für diese Fehler tatsächlich trägt.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, es steht die Kernfrage im Raum: Kann Vattenfall verlässlich Kernkraftwerke betreiben? Wir fragen uns inzwischen zu recht, ob Vattenfall aus dem Störfall vom 28. Juli 2007 gar nichts gelernt hat. Damit ist eben nicht nur die Kommunikation gemeint, sondern das gesamte Management. Da wir drei Kernkraftwerke haben - zwei hochproblematisch geführte und ein anderes -, wissen wir: Es gibt Kernkraftbetreiber, die es besser können. Das müssen wir für **Brokdorf** sagen.

(Beifall bei der SPD und unvereinzelt bei FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Das Kernproblem - das habe ich auch im Sozialausschuss in Gegenwart von Vertretern von Vattenfall deutlich gemacht - liegt in der mangelnden Offenheit, in einer grundsätzlich falschen Haltung, Fehler eher verstecken zu müssen, als offen darüber zu kommunizieren und dieses Kraftwerk nach Kräften so zu betreiben, wie die Menschen es erwarten können.

Kann Vattenfall das Kernkraftwerk Krümmel verlässlich betreiben? - Ich sage klar und deutlich: Mit der Entlassung des verantwortlichen Kraftwerksleiters ist es nicht getan. Es gibt offensichtlich nicht einmal ein funktionierendes Controlling. Wie anders wäre es denn zu verstehen, dass diese Teilentladungsmessungen nicht vorgenommen worden sind, obwohl sie ganz oben auf der Agenda der abzuarbeitenden Themen gestanden haben?

Ich sehe Fehler - neben den Faktoren Mensch und Technik - eben in den **strukturellen Mängeln der Qualitätssicherung** in diesem Betrieb. Das über die **Zuverlässigkeitsprüfung** in den Griff zu kriegen und, daran anknüpfend, die Betriebserlaubnis entziehen zu können, das ist eine große Herausforderung, der wir uns als Atomaufsicht von Anfang an gestellt haben.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, zu einer neuen Informations- und Sicherheitskultur hätte Vattenfall Gelegenheit gehabt, wenn sie der Auflage der Atomaufsicht zur **Audioüberwachung** auf der Reaktorwarte nachgekommen wären. Es ist völlig unverständlich, warum Vattenfall dagegen Klage erhoben hat. Vattenfall hat im Sozialausschuss keinem Mitglied irgendeiner Fraktion überzeugend darlegen können, warum sie die vor zwei Jahren zugesagte Audioüberwachung nicht installiert haben.

(Beifall bei SPD, FDP, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Herr Kollege von Boetticher, ich hoffe, es ist kein schlechtes Omen, dass Sie dieses Thema nicht angesprochen haben; denn wir wollten als Atomaufsicht dieses, wenn möglich, auf rechtlichem Weg doch noch erzwingen.

Es ist für uns kaum fassbar, dass die Ursache für die nicht durchgeführten Teilentladungsmessungen bislang von Vattenfall nicht aufgeklärt werden konnte - oder nicht aufgeklärt werden sollte. 14 Tage nach diesem Ereignis war der zuständige Leiter der Atomkraftwerkssparte bei Vattenfall nicht in der Lage, den Abgeordneten dieses Hauses zu erklären, wie es zu diesem Fehler kommen konnte. Ich sage dazu: Offensive Sicherheitskultur sieht anders aus.

In der Tat: Ich arbeite nach Recht und Gesetz. Das habe ich in der Vergangenheit getan, und das wird auch zukünftig so sein. Wir wissen aber auch, dass das **Atomgesetz** mit seinen Möglichkeiten ein stumpfes Schwert ist, wenn es darum geht, einem Unternehmern von Kernkraftwerken die **Lizenz** zu entziehen. Deswegen muss es jetzt auch andere Wege geben. Es muss politische Wege geben, damit das Kernkraftwerk Krümmel mit seinen grundlegenden Mängeln und Schwächen im Betriebspersonal und in der Betriebsorganisation vom Netz geht. Denn es ist ein erhöhtes Risiko von Störfällen. Damit ist die Grundlage meines Erachtens entzogen.

Faktisch ist **Krümmel** jetzt stillgelegt. Aus dieser Lage muss nach meiner festen Überzeugung ein Dauerzustand werden.

(Beifall bei der SPD)

Die Bevölkerung hat klar dafür votiert, das Krümmel nicht wieder ans Netz geht. Ich frage: Warum soll das beim Thema CCS anders sein als beim Thema Kernenergie?

(Beifall bei SPD, SSW und der Abgeordneten Angelika Birk [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Es gibt viel mehr Gründe beim Thema Kernenergie, dem Votum der Bevölkerung zu folgen, und deswegen erwarte ich hier die gleiche Haltung wie zum Thema CCS.

(Hans-Jörn Arp [CDU]: Wo ist das Votum? - Weitere Zurufe)

- Darauf komme ich noch.

(Dr. Gitta Trauernicht)

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Bundestagswahlprogramm der SPD ändern!)

Die Chancen für einen **Entzug der Betriebserlaubnis** sind gestiegen, und zwar aufgrund wiederholten Missmanagements, technischer Pannen und menschlicher Fehler. Hinzu kommt - das ist wirklich wichtig, und ich begrüße, dass Herr von Boetticher das genauso sieht -: Wir haben höhere Anforderungen nach dem neuen technischen Regelwerk. Und diese müssen jetzt tatsächlich angelegt werden.

(Beifall des Abgeordneten Günter Neugebauer [SPD])

Aber sollten die nach dem Atomgesetz und dem neuen technischen Regelwerk höheren Anforderungen nicht ausreichen, um zu einer Stilllegung von Krümmel zu kommen, brauchen wir eine **Bundesratsinitiative** zur Verschärfung des Atomgesetzes. Wir brauchen eine Umkehr der Beweislast!

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Hier erwarte ich, dass die Landesregierung die dazu begonnenen Arbeiten fortführt, denn sonst haben wir in einem Jahr die gleiche Situation wie heute. Leider haben Sie, Herr von Boetticher, dazu nichts gesagt. Aber wir legen wirklich Wert darauf, dass die Bundesratsinitiative zur Verschärfung des Atomgesetzes auf den Weg kommt.

Gemeinwohlinteresse muss vor Unternehmerinteresse gehen. Das gilt für Betreiber von Kernkraftwerken im ganz besonderem Maße. Nur so können wir Sicherheit vor Profit durchsetzen. Wir müssen doch deutlich sagen, dass ein Kernkraftwerk der sogenannten ersten Generation wie Krümmel oder Brunsbüttel niemals das Sicherheitsniveau neuer Kernkraftwerke erreichen wird. Deshalb macht es auch Sinn, **ältere Kernkraftwerke** früher vom Netz zu nehmen. Und ich füge ausdrücklich hinzu: Dies gilt allemal für Kernkraftwerke des Konzerns Vattenfall.

Die **Störanfälligkeit** von Kernkraftwerken nimmt mit zunehmendem Alter zu. Das zeigt ein Blick in die Statistiken. Neben den Alterungsprozessen sind es vor allen Dingen auch der steigende Anteil von menschlichen Fehlern in den Kraftwerken, die beunruhigen müssen. Das ist uns aufgefallen seit dem 1. Juli dieses Jahres. Es sind im Kern menschliche Fehler mit technischen Folgeproblemen, die die Probleme gerade im Kernkraftwerk Krümmel ausmachen. Das muss uns beunruhigen, denn es kann immer wieder zu diesen menschlichen Fehlern kommen. Da hilft es tatsächlich nichts, wenn man

altes, möglicherweise sogar bewährtes Personal durch neues austauscht. Hier fehlen auch die Qualifikationen von Mitarbeitern für den Bereich der Kernenergie. Das muss bei der Zuverlässigkeitsprüfung alles in den Blick genommen werden.

Ich will an dieser Stelle klar und deutlich sagen: Wir sind gegen die Atomenergie, wir stehen zum **Atomkonsens**, und wir wollen so schnell wie möglich möglichst viele Atomkraftwerke vom Netz nehmen.

Die SPD Schleswig-Holstein und die SPD-Fraktion ist seit den 80er-Jahren für den Ausstieg aus der Atomenergie. Ich weiß, wer das will, muss **Alternativen** ausbauen. Deswegen befördern wir die **erneuerbaren Energien** vehement, mit großem Erfolg und, wenn ich an die Einsparvergütung für erneuerbare Energien erinnere, gegen den Widerstand von CDU und leider auch von FDP, die glücklicherweise bei Thema Kernenergie die gleiche Auffassung haben wie wir.

Die SPD-Landtagsfraktion und die SPD insgesamt sehen in der Atomenergie übrigens keine Übergangstechnologie, sondern will den schnellstmöglichen **Ausstieg**.

(Vereinzelter Beifall bei der SPD und Beifall des Abgeordneten Lars Harms [SSW])

Das hat vor allem einen Grund: Die **Nutzung** der Atomenergie ist gefährlich. Ich weiß, wovon ich spreche nach fünf Jahren Atomaufsicht. Viele in der Bevölkerung ahnen gar nicht, wie groß die Risiken sind, weil hier menschliches Versagen und technische Pannen tatsächlich zu großen Auswirkungen führen können. Die Nutzung der Atomenergie ist gefährlich, sie ist nicht beherrschbar, schon gar nicht mit Menschen, denn diese machen Fehler - viel mehr und viel öfter als wir es uns vorstellen mögen: falsche Dübel, Risse, defekte Brennstäbe, Kurzschlüsse und immer wieder Nicht- oder Fehlinformationen. **Asse** zeigt uns deutlich, dass noch nicht einmal die **Endlagerung** schwach radioaktiver Abfälle gelöst ist und wie wenig sorgfältig der Betreiber damit umgegangen ist.

Es gibt aus gutem Grund keine Renaissance des Atomenergie. Das ist keine Ideologie. Wir freuen uns nicht über Störfälle, wir sind in Sorge. Und diese Sorge teilen wir mit den Anwohnerinnen und Anwohnern rund um Krümmel, um Brunsbüttel und auch um Brokdorf.

(Beifall bei der SPD)

(Dr. Gitta Trauernicht)

Wir teilen die mit fast zwei Dritteln der Bevölkerung. Niemand kann ausschließen, dass noch schlimme Ereignisse eintreten.

Krümmel hat seit Inbetriebnahme 1984 313 **meldepflichtigen Ereignisse** verzeichnet und liegt damit deutlich über den Durchschnitt. Ja, Krümmel hat dieses Ereignis mit INES 0 gemeldet, Herr Kollege, aber die Gutachter vom TÜV-Nord haben mir gesagt, es sei längst noch nicht ausgemacht, ob es ein Ereignis der Kategorie null oder ein Ereignis der Kategorie eins sei. Man sollte erst einmal die Unabhängigen befragen, bevor man zu einer Gesamtbewertung kommt.

Krümmel hat Stillstandzeiten von über 25 %. Zum Vergleich: Die anderen nach 1980 gebauten Atomkraftwerke haben Stillstandszeiten von 13 % und weniger. Die Störfälle bestätigen überdeutlich unsere Forderung: Wir müssen raus aus der Atomenergie! Nehmen wir den vereinbarten und unumkehrbaren Atomausstieg ernst und den Pannenreaktor Krümmel und am besten auch gleich Brunsbüttel sofort und endgültig vom Netz!

(Beifall bei SPD und SSW)

Ob auf dem rechtlichen Weg des Entzugs der Betriebsgenehmigung, ob als Verhandlungsergebnis oder durch politischen Druck: Die Gespräche müssen von der Landesregierung aufgenommen werden. Das ist meine feste Überzeugung.

Der **Ausstieg aus der Kernenergie** kommt nicht plötzlich und unerwartet. Politik und Industrie hatten lange Zeit, sich auf Alternativen einzustellen. Deswegen mein klares Bekenntnis zu Alternativen. Kämpfen Sie mit uns für eine angemessene Einspeisevergütung, für einen gezielten Ausbau der Windenergie, für Netze, die diesen Strom auch tatsächlich aufnehmen - ein Problem, dass wir insbesondere an der Westküste haben -, für einen leistungsfähigen öffentlichen Personen- und Güternah- und -fernverkehr, für eine Stadtplanung, die weite Wege unnötig macht und für einen Wohnungsbau, der auf Energieeinsparungen setzt!

Lenken Sie mit uns die Forschungsgelder in diese Richtung, in Richtung der Speicherung der so gewonnenen Energie und vieles andere mehr! Das ist die Linie, die wir verfolgen müssen. Nutzen wir doch lieber diese Chance, die Gewinne nicht in großen Konzernen zu lassen, sondern den Stadtwerken, den Bürgerwindparks und letztlich vor allem den Bürgerinnen und Bürgern gerade in Schleswig-Holstein!

(Beifall bei der SPD und der Abgeordneten Angelika Birk [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN] und Lars Harms [SSW])

Die Wirtschaftsberatungsunternehmen Roland Berger und McKinsey sagen, Umwelttechnologien, erneuerbare Energien und Effizienztechnologien sind **Leitmärkte** der Zukunft. Hier werden zukünftig Jobs geschaffen. Was läge näher, als Schleswig-Holstein zu dem Land zu machen, dass das Profil von Umwelttechnologie, von erneuerbaren Energien und Effizienztechnologie hat? Das ist die Herausforderung, der wir uns in den nächsten Jahren zu stellen haben. Dazu passt, dass wir uns ebenfalls in Verhandlungen mit Vattenfall über den politischen Weg um ein endgültiges Abschalten der Kernkraftwerke Krümmel und Brunsbüttel bemühen.

(Beifall bei SPD, SSW und des Abgeordneten Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Vizepräsidentin Frauke Tengler:

Ich danke der Frau Abgeordneten Dr. Gitta Trauernicht und erteile für die FDP-Fraktion Herrn Abgeordneten Dr. Heiner Garg das Wort.

Dr. Heiner Garg [FDP]:

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Liebe Frau Kollegin Tenor-Alschausky, lassen Sie mich Ihnen ganz am Anfang für die Art und Weise der Sitzungsleitung am vergangenen Freitag danken.

(Beifall bei FDP, SSW und vereinzelt bei der SPD)

Es war in der Atmosphäre, die Freitagvormittag geherrscht hat, nicht selbstverständlich, das ist so sachlich, so menschlich und so ordentlich vonstattegegangen ist. Meinen herzlichen Dank dafür.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, man kann es eigentlich nicht besser beschreiben als der „Stern“ von heute: „Störfall - Ausfall - Vattenfall“. Am 28. Juni 2007 meldete **Vattenfall** zwei **Störfälle** in ihrem Atomkraftwerken in Schleswig-Holstein. Zunächst fährt das AKW Brunsbüttel nach einem Kurzschluss herunter. Gut eineinhalb Stunden später brennt in der Anlage Krümmel ein außerhalb des Reaktorgebäudes gelegener Trafo. Das Kraftwerk geht per Schnellabschaltung vom Netz.

Am 6. Juli 2007 teilt das schleswig-holsteinische Sozialministerium als zuständige Atomaufsicht mit, dass es in dem Reaktor zu einem Feuer kam, dabei

(Dr. Heiner Garg)

Rauch in die Kontrollwarte drang, kurz die Eigenstromversorgung des Reaktors ausfiel und nicht alle Computerdaten gespeichert wurden.

Vattenfall räumt neun Tage nach dem Störfall in **Krümmel** eigene Fehler ein. Es habe ein Missverständnis beim Personal gegeben, die Kommunikation mit Atomaufsicht und Öffentlichkeit sei nicht zu aller Zufriedenheit gewesen, aber es würden die notwendigen Konsequenzen gezogen. Zwei Jahre lang steht der Reaktor des AKW Krümmel daraufhin still. Unzählige Male hat sich der Landtag mit dem Reaktor beschäftigt, unzählige Male berichtete die Sozialministerin im Sozialausschuss über die umfassenden Maßnahmen, die Vattenfall in enger Abstimmung mit der Atomaufsicht vornimmt. Wir haben uns intensiv mit Rissen in Absaugleitungen auseinandergesetzt, haben über Risse in Armaturen erfahren und uns gemeinsam über nicht fachgerechte Dübelverbindungen gewundert.

Das Ministerium hat immer wieder erklärt, dass es einem **Wiederanfahren** der Anlage erst dann zustimmen wird, wenn alle anfahrrelevanten Probleme gelöst sind. Der Antrag auf Erteilung einer Genehmigung zum Wiederanfahren wurde dann im **Juni 2009** genehmigt, und am 19. Juni 2009 wurde der Reaktor im AKW Krümmel wieder hochgefahren.

Am **1. Juli 2009** geht Krümmel - nach gut einer Woche - bereits wieder vom Netz. Die **Turbine der Anlage** schaltete sich nach Angaben von Vattenfall automatisch ab. Auslöser war der **Ausfall** eines Eigenbedarfstransformators. Einige Stunden später wird die Anlage mit verminderter Leistung wieder aktiviert. Nach Aussage des Betreibers soll dieser Zwischenfall durch menschliches Versagen ausgelöst worden sein. Nur drei Tage später, am **4. Juli 2009**, um 12:02 Uhr steht Krümmel nach einer Schnellabschaltung wieder still. Es gab einen **Kurzschluss in einem Transformator**. Es kommt zu Stromausfällen in Hamburg und Kiel. Zudem stellt sich heraus, dass ersten Untersuchungen zufolge eine vorgesehene Überwachungseinrichtung des Maschinentransformators vor dem Wiederanfahren nicht installiert wurde.

Und genau wie vor zwei Jahren räumt Vattenfall eigene Fehler ein. Es habe ein Missverständnis beim Personal gegeben, die Kommunikation mit Atomaufsicht und Öffentlichkeit sei nicht zur aller Zufriedenheit gewesen, aber es würden die notwendigen Konsequenzen gezogen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, für mich steht zum einen fest, dass von **Zuverlässigkeit des Be-**

treibers schlicht und ergreifend nicht mehr die Rede sein kann.

(Beifall bei FDP und SSW)

Zugleich wirft dieser erneute Störfall im AKW Krümmel die Frage auf, welche **Konsequenzen** dies für den Betreiber hat und welche Konsequenzen es für den Betreiber haben muss.

(Unruhe)

Vizepräsidentin Frauke Tengler:

Ich bitte ganz besonders die Kollegen, die gegen die Auflösung des Parlaments gestimmt haben, um etwas mehr Aufmerksamkeit.

Dr. Heiner Garg [FDP]:

Denn offenbar haben sich nur zwei Dinge geändert. Zunächst hat Vattenfall in den ersten 40 Minuten nach dem Störfall nicht die zuständige Atomaufsichtsbehörde informiert, sondern die Polizei - warum auch immer -, und zweitens hat Vattenfall diesmal etwas schneller die eigenen Fehler eingearäumt.

Ich sage an dieser Stelle klipp und klar: So geht das nicht, Vattenfall! Ich sage klipp und klar: So kann man mit einer Atomaufsicht und frei gewählten Parlamentariern nicht umgehen.

(Beifall bei FDP, SSW und der Abgeordneten Birgit Herdejürgen [SPD])

Ich lasse mir das ganz persönlich - das habe ich auch am Freitag gesagt - nicht gefallen.

(Beifall bei FDP und SSW)

Die Ausflüchte, mit denen uns erklärt werden sollte, warum eine verabredete **Audioüberwachung** immer noch nicht in Betrieb genommen wird, ist uns allen gegenüber eine schlichte Frechheit gewesen, die wir am Freitag erleben mussten.

Wenn die **Atomaufsicht** den Störfall von der Polizei erfährt, wenn der Vattenfall-Europachef Hatakaka von dem Störfall vom Ministerpräsidenten erfährt, dann ist das nicht nur eine Kommunikationspanne, sondern genau das führt dazu, dass das **Vertrauen** in das schwedische Staatsunternehmen massiv schwindet und - ich sage, zu Recht - massiv schwinden muss.

Es stellt sich die Frage: Was ist eigentlich im AKW Krümmel in den **letzten zwei Jahren**, in denen es stillgestanden hat, passiert? Die vereinbarten Installationen, beispielsweise die Audioüberwachung und

(Dr. Heiner Garg)

auch die Inbetriebnahme, kann es wohl nicht gewesen sein. Warum hat sich das AKW Krümmel nach zwei Jahren intensiver Fehlerbehebung unter Aufsicht der zuständigen Behörde aufgrund desselben Fehlers wie vor zwei Jahren wieder abgeschaltet?

Am 28. November 2008 berichtete die ehemalige Sozialministerin Trauernicht dem Landtag, dass die **Schadensursache** für den damaligen Trafobrand geklärt sei, für den verbrannten Trafo AT 01 ein Ersatztrafo eingebaut worden sei, die Gebrauchsfähigkeit der Trafos AT 01 und AT 02 festgestellt worden sei und die Leistungsschalter AC 01 und AC 02 jeweils durch einen andersartigen Typ ersetzt worden seien.

Die Fragen, die wir uns heute stellen müssen, ist aber: Ist die damalige Störungsursache wirklich vollständig aufgeklärt worden, und sind tatsächlich alle notwendigen Maßnahmen zur Sicherstellung des reibungslosen Weiterbetriebs abgeschlossen worden? - Offenbar nicht.

Denn nun höre ich, dass sich Vattenfall mit dem TÜV-Nord streitet. So hatte Vattenfall kürzlich erklärt, der Trafo sei von den Sachverständigen und Gutachtern untersucht worden, und es habe keine Beanstandungen gegen die Betriebssicherheit gegeben. Die TÜV-Gutachter widersprechen dem vehement. Die Aussage sei nur an die Bedingung geknüpft, dass eine neue Sicherheitseinrichtung installiert werde. Dies allerdings ist entgegen den Absprachen gerade nicht geschehen, wie Vattenfall selbst einräumen musste. So sagte der Kommunikationsleiter von Vattenfall Europe, Ivo Bannek, am 9. Juli im Interview mit „Deutschlandradio“:

„Und nun ist festgestellt worden nach dem Wochenende, dass wir hier eine Überwachungseinrichtung, die wir dort hätten einbauen sollen und die wir auch einbauen wollten, nicht eingebaut haben, weil offenbar im Kraftwerk nicht nachverfolgt wurde, ob dieser Einbau, der technisch eigentlich keine aufwendige Sache ist, auch durchgeführt wurde.“

Ich frage Sie: Warum eigentlich nicht? Und warum blieb es der Atomaufsicht verborgen, dass diese Sicherheitseinrichtung nicht installiert wurde? Wie konnte unter diesen Umständen die Abnahme erfolgen, und wie konnte die Genehmigung zum Wiederanfahren erfolgen?

(Beifall bei FDP und SSW)

Ich erwarte, dass diese **TÜV-Kritik** Konsequenzen haben wird. Diese Äußerungen müssen dringend in

eine erneute Überprüfung der Zuverlässigkeit des Betreibers einbezogen werden. Aber ich erwarte auch, dass die zuständige Atomaufsicht im Kieler Sozialministerium aufklärt, warum diese offenbar in gegenseitigem Einvernehmen getroffene Vereinbarung nicht eingehalten wurde und warum das Wiederanfahren genehmigt wurde, obwohl die Sicherheitseinrichtung nicht installiert wurde.

(Beifall bei FDP und SSW)

Möglicherweise stellt sich Vattenfall zu Recht auf den Standpunkt, dass diese Vereinbarung zwar nicht eingehalten wurde, aber es keinerlei Konsequenzen nach sich zieht, dass sie es nicht getan haben. Denn der Transformator und damit auch die geplante, aber nicht installierte davor geschaltete Sicherheitseinrichtung unterliegt nicht der atomrechtlichen Aufsicht.

Das führt dann aber zu der völlig absurden Situation, dass ein **nicht nukleares Anlagenteil** auf dem Werksgelände mit erheblichem Einfluss auf die Funktionalität des Reaktors im **Aufsichtsvakuum** liegt und damit offenbar nur der Eigenverantwortung des Betreibers unterliegt. Das heißt in der Konsequenz auch, dass die von der schleswig-holsteinischen Atomaufsicht mit Vattenfall im Einvernehmen verabredete Maßnahme demnach weder hätte durchgesetzt noch kontrolliert werden können. Meiner Ansicht nach hätte sich in diesem Fall das Sozialministerium als Verwaltung nach dem Trafobrand 2007 auf jeden Fall einer anderen Handlungsform bedienen müssen,

(Beifall bei der FDP)

beispielsweise in Form eines öffentlich-rechtlichen Vertrags, der die Durchsetzung der vereinbarten Maßnahmen an den Trafos und deren Kontrolle erlaubt hätte. Die Frage ist also: Warum ist das nicht passiert?

In diesem Zusammenhang - das will ich auch ganz deutlich sagen - war es mit Sicherheit wenig hilfreich, dass gleich am Tag darauf der **Bundesumweltminister** sofort nach den erneuten Störfällen die Forderung aufgestellt hat, die **Atomaufsicht** von den **Ländern auf den Bund** zu übertragen. Dass hierbei zwangsläufig der Eindruck entstehen musste, dass die Kieler Atomaufsicht nicht ordnungsgemäß gearbeitet hat, liegt doch auf der Hand. Aber ich will Ihnen ganz deutlich sagen - das sage ich auch Ihnen, der Sie die Atomaufsicht vorübergehend in der Hand hat -: Wenn einer aus den Pannen von 2007 gelernt hat, dann war es die Kieler Atomaufsicht.

(Dr. Heiner Garg)

(Beifall bei der FDP)

Ich kann im Moment nicht erkennen, dass die Atomaufsicht nicht ordentlich gearbeitet hat.

Wo Menschen und Technik aufeinandertreffen, passieren Fehler. Das ist so. Aber bei dem Betrieb eines Atomkraftwerks können solche Fehler fatale Folgen haben. Hier sind in ganz besonderer Weise Sicherheit, Zuverlässigkeit sowie Vertrauen in den Betreiber dringend geboten. Der schwedische Staatskonzern Vattenfall hat hiermit nicht nur in Krümmel offenbar massive Schwierigkeiten.

Ich habe für die FDP-Landtagsfraktion bereits am 16. Juli 2008 im Plenum des Landtags gefordert, mit der Bundesregierung und den Kernkraftwerksbetreibern Vattenfall und E.ON in konkrete Verhandlungen einzusteigen, um ein angemessenes Verfahren zu finden, mit dem gewährleistet ist, die **Reststrommengen** von älteren Reaktoren wie Krümmel auf neuere Anlagen, beispielsweise auf Brokdorf, **zu übertragen**. Nach dem Atomgesetz wäre das möglich, setzt allerdings einen Konsens der Beteiligten voraus. Dieser **Energiekonsens** muss herbeigeführt werden, und zwar in einem unideologischen, unaufgeregten und sachlichen Verfahren. Daran sollten wir gemeinsam arbeiten.

(Beifall bei der FDP)

Daher fordere ich Landesregierung auf, mit der Bundesregierung und den Kernkraftwerksbetreibern Vattenfall und E.ON in konkrete Verhandlungen einzutreten, um ein angemessenes Verfahren zu finden, mit dem gewährleistet ist, nach § 7 Abs. 1 b Satz 1 des Atomgesetzes tatsächlich zur Anwendung zu bringen.

Das Verfahren muss so ausgestaltet sein, dass zum einen ältere, von Stillständen und Ausfällen betroffene Anlagen frühzeitig vom Netz genommen werden können, gleichzeitig aber gewährleistet ist, dass die in Anlage 3 nach § 7 Abs. 1 a des Atomgesetzes festgelegte Gesamtsumme der Reststrommenge ausgeschöpft wird.

In diesem Zusammenhang, was die Anwendung des Atomgesetzes anbelangt, stört mich im Übrigen auch die Kraftmeierei des Bundesumweltministers. Vielleicht sollte er einmal, anstatt mit dem Finger auf andere, auch auf die Kieler Atomaufsicht, zu zeigen, einfach einmal das Atomgesetz lesen. Denn im Atomgesetz steht glasklar, dass der Widerruf der Betriebsgenehmigung wegen erwiesener Unzuverlässigkeit des Betreibers sofort möglich ist. Wenn Herr Gabriel also will, dann kann er Krümmel sofort dichtmachen. Genau das sollte er dann tun,

wenn er überzeugt ist, dass der Betreiber unzuverlässig ist. Jetzt in den Medien zu verbreiten, Vattenfall-Kunden sollten schnellstmöglich den Anbieter wechseln, das ist gelinde gesagt ein politisches Armutszeugnis.

(Zuruf von der SPD)

Wenn Herr Gabriel krampfhaft mit diesem Thema und mit dem Schüren von Ängsten der Bevölkerung versucht Wahlkampf zu machen, dann kann er das auch gern tun. Ich glaube nur, dass es in der Sache wenig dienlich ist.

(Beifall des Abgeordneten Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Ich will noch eines sagen, weil es pausenlos immer wieder vom Fraktionsvorsitzenden und Landesvorsitzenden der Sozialdemokraten hier behauptet wird. Die ewige Behauptung, die FDP Schleswig-Holstein wolle, dass alle Atomkraftwerke in Deutschland länger am Netz sind, ist falsch. Es ist die Unwahrheit, um kein anderes Wort zu benutzen.

Die schleswig-holsteinische FDP hat auf ihrem Landesparteitag am 2. Dezember 2006 folgenden Beschluss gefasst, der für jeden nachlesbar ist:

„Die FDP Schleswig-Holstein hält am Atomausstiegsbeschluss fest. Eine Verlängerung der Laufzeiten über die gesetzlich vereinbarte Restlaufzeit hinaus ist angesichts der vollkommen ungeklärten Frage der Entsorgung hoch radioaktiven Restmülls nicht zu verantworten.“

(Beifall bei der SPD und des Abgeordneten Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Dieser Beschluss ist eindeutig. Ich sage ganz deutlich: Daran werden sich im Zweifel auch künftige Koalitionspartner zu messen haben. Mit dieser Forderung würden wir selbstverständlich auch entsprechende Verhandlungen führen. Damit das auch klar ist.

(Beifall bei der FDP)

Genau aus diesem Grund habe ich mich natürlich auch über den Beschluss des Bundesparteitags der FDP vom 15. bis 17. Mai dieses Jahres in Hannover zum Thema Atomkraft sehr gefreut. Denn die Bundes-FDP hat auf Druck der schleswig-holsteinischen FDP beschlossen:

„Wir brauchen die Kernenergie als Übergangstechnologie, bis erneuerbare Energien in ausreichendem Umfang grundlastfähigen

(Dr. Heiner Garg)

Strom erzeugen können oder die CO₂-Abscheidung und -Einlagerung für Kohlekraftwerke im großtechnischen Maßstab zur Verfügung steht. Die Laufzeiten sicherer Kernkraftwerke müssen daher in diesem Sinne verlängert werden.“

Für die schleswig-holsteinische FDP ist klar, dass dies im Rahmen des **Atomkonsenses** stattfinden kann.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, aus Sicht der FDP müssen konkret die folgenden Maßnahmen ergriffen werden:

Erstens. Es muss eine sofortige neue **Zuverlässigkeitsprüfung** des Betreibers unter Berücksichtigung der neuen Vorfälle durchgeführt werden. Warum trat exakt derselbe Fehler nach zwei Jahren Stillstand erneut auf? Warum wurde die Überwachungseinrichtung des Maschinentransformators nicht installiert? Warum wurde die vereinbarte Audioüberwachung nicht installiert? Warum wurde die Atomaufsicht nicht informiert?

Zweitens. Wenn den Atomaufsichtsbehörden gesicherte Kenntnisse vorliegen, dass der Betreiber unzuverlässig ist, dann muss der Bundesumweltminister die **Betriebsgenehmigung** sofort widerrufen.

Drittens sollten sich Bundes- und Landesatomaufsicht überlegen, ob das **Genehmigungsverfahren** tatsächlich noch zeitgemäß ist oder ob entsprechende Änderungen vorzunehmen sind.

Viertens muss die Landesregierung mit der Bundesregierung und mit den Kernkraftwerksbetreibern Vattenfall und E.ON in konkrete Verhandlungen einsteigen, um ein angemessenes Verfahren zu finden, das ganz konkret die **Atomkraftwerke Krümmel und Brunsbüttel** frühzeitig vom Netz genommen werden können, gleichzeitig aber gewährleistet ist, dass die im Atomgesetz festgelegte Gesamtsumme der **Reststrommenge** dahingehend ausgeschöpft wird, dass die Reststrommengen der beiden Kraftwerke auf **Brokdorf** übertragen werden.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir beantragen abschnittsweise Abstimmung. Wir beantragen, über den Punkt 1 des gemeinsamen Antrags von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW in der Sache abzustimmen. Ich beantrage, die Punkte 2 bis 4 an den zuständigen Ausschuss zu überweisen, weil sie von der Tendenz her genau meinem Vorschlag vom vergangenen Jahr entsprechen, wir uns aber über die konkrete Abwicklung im Einzelnen ernsthaft unterhalten müssen. Da spielen zum Beispiel Fragen eine Rolle, Kollege Hentschel: Wollen Sie

sich wirklich nicht mehr an den Atomkonsens halten? Sie haben das angedeutet. Das heißt, die Reststrommengen verfielen dann.

(Zuruf des Abgeordneten Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Das wollen wir ausdrücklich nicht. Das haben Sie so nicht aufgeschrieben. Aber Ihr Punkt vier ließe beide Möglichkeiten offen. Das heißt, wir müssen uns im Ausschuss intensiv beraten, welchen Weg Sie tatsächlich gehen wollen. Wir müssen darüber reden: Was passiert mit den Gewerbesteuerannahmen, die Geesthacht wegbrechen? Man könnte eine Vereinbarung finden, wenn Reststrommengen übertragen werden, dass - ähnlich wie bei der Fusion von Sparkassen - Brokdorf, das davon profitieren würden, beispielsweise die zusätzliche Gewerbesteuererinnahmen aufteilen würde, sodass Geesthacht nicht völlig ohne dastehen würde.

Wenn Sie tatsächlich an der Sache interessiert sind und nicht ausschließlich einen Schaukampf vorführen wollen, dann stimmen Sie der Ausschussüberweisung der Punkte zwei bis vier zu. Darum bitte ich Sie herzlich.

(Beifall bei der FDP)

Vizepräsidentin Frauke Tengler:

Ich danke dem Herrn Abgeordneten Dr. Garg und erteile für den SSW dem Herrn Abgeordneten Lars Harms das Wort.

Lars Harms [SSW]:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Wie schön muss es doch sein, wenn man als Energieversorger einen alten Atomreaktor betreibt, der bereits seit Jahren abgeschrieben ist und nur noch Geld in Millionenhöhe abwirft. Schöner kann es für den Energieversorger nur noch werden, wenn die Laufzeit seines Reaktors durch politische Entscheidungen noch verlängert wird, obwohl der Reaktor eine Panne nach der anderen einfährt. Das wäre wohl aus Sicht der großen Atomkraftwerksbetreiber in Deutschland der Glücksfall auf Erden. Für uns als SSW gilt: Wir werden politisch alles daransetzen, dass dieser Fall nicht eintritt.

Die **alten Atommeiler** sind nicht so sicher wie es ihre Betreiber und die politischen Atombefürworter immer gern darstellen. Insbesondere wird dies am Meiler in **Krümmel** deutlich. Dort steht der Pannenmeiler der Nation. Er und sein Betreiber machen wieder negative Schlagzeilen wie schon lange nicht. Dass es in den letzten zwei Jahren nichts über

(Lars Harms)

ihn zu lesen gab, liegt nur daran, dass er abgeschaltet war.

Als der Meiler nach rund zwei Jahren Reparaturzeit wieder angefahren werden durfte, wurde der **Pan-nenreaktor** nur vier Tage danach seinem Spitznamen wieder gerecht. Man fragt sich: Was hat Vattenfall eigentlich in den zwei Jahren gemacht, um den Meiler wieder auf Vordermann zu bringen? - Augenscheinlich hat man nichts gemacht.

Seit dem Störfall wird deutlich, dass sich nicht nur einige der Ereignisse mit denen von vor zwei Jahren spiegeln, sondern auch das **Verhalten von Vattenfall** hat sich seit 2007 nicht geändert, soll heißen, die Kritik an der Informationspolitik von Vattenfall, die nach den Störfällen von 2007 laut wurde, hat nicht gefruchtet.

Was hat Vattenfall an seinen Strukturen geändert? - Offensichtlich auch nichts. Ebenso hat es Vattenfall nicht für notwendig erachtet, bestimmte **Vorgaben** der Genehmigungsbehörde einzuhalten. Es gibt also auch diesmal Anlass genug, zu hinterfragen, ob nicht durch eine bessere gesetzliche Grundlage für mehr Sicherheit für die Menschen gesorgt werden muss. Dabei spielt die Frage, ob man für oder gegen die Kernenergie ist, keine Rolle. **Sicherheit** hat Vorrang vor allen anderen Erwägungen.

(Beifall beim SSW)

Die Vorfälle in Krümmel vor zwei Jahren waren für uns als SSW seinerzeit Grund genug zu fordern, dass Betreibern von Atomkraftwerken leichter die **Betriebsgenehmigung** entzogen werden kann. Die Erfahrungen haben gezeigt, dass der Atomaufsicht in ihrem Handeln Grenzen gesetzt sind. Frau Trauernicht hatte als Ministerin mit den Mitteln, die ihr zur Verfügung stehen, das Maximum herausgeholt. Denn so war zumindest für zwei Jahre die Gefahr, die von Krümmel ausgeht, gebannt. Dafür gebührt ihr unser aller Dank.

(Beifall beim SSW und vereinzelt bei der SPD)

Sie hat seinerzeit deutlich gemacht, dass die Hürden für die Versagung einer Betriebsgenehmigung sehr hoch sind. Soll heißen, wenn die internen Abläufe geändert werden, zum Beispiel durch den Austausch von Personal oder durch Veränderung in der Organisationsform, kann der Betreiber damit deutlich machen, dass er in Zukunft besser arbeiten will und kann. Ob dies dann auch wirklich eintritt, ist nicht wichtig.

Mit der Ankündigung von Vattenfall-Chef Hatakka, jetzt alle Prozesse technisch und organisatorisch auf

den Prüfstand zu stellen, erschwert Vattenfall der Aufsichtsbehörde jetzt wieder einmal die Versagung der Betriebsgenehmigung.

Diese Lücke im Gesetz muss geschlossen werden. Es kann nicht angehen, dass ein Atomkraftwerk bei immer wiederkehrenden Verfehlungen weiter betrieben werden darf. Da stimmt etwas in der Gesetzgebung nicht.

Was wir brauchen, meine Damen und Herren, ist eine **Regelung**, die sich auf die Erfahrungen in der Vergangenheit bezieht. Wenn die Atomaufsicht nachweisen und dokumentieren kann, dass man in der Vergangenheit seine Atomanlage nicht entsprechend den Bestimmungen betrieben hat, muss sie die Möglichkeit bekommen, aufgrund dieser Vergangenheitswerte die Anlage auch schließen zu können. Genauso muss es möglich sein, die Atomanlagen erst einmal nur befristet weiter zu genehmigen, wenn Verfehlungen aufgetreten sind. Erst dann hat die Atomaufsicht, wenn beides kommt, wirklich ein scharfes Schwert in der Hand, um hier zum Wohle der Menschen eingreifen zu können. Ansonsten ist es kein Wunder, dass uns Betreiber immer an der Nase herumführen.

Der SSW hat schon gleich nach den letzten Vorfällen in Krümmel im August 2007 einen Antrag gestellt, um das **Atomgesetz** zu ändern. Damals scheiterte unser Antrag daran, dass die SPD den Koalitionsfrieden erhalten wollte und sich die CDU völlig unbelehrbar zeigte. Der Kollege Ritzek hat heute wieder ein solches Beispiel dafür geliefert.

In unserem Antrag ging es darum, die Atomaufsicht wie jede kommunale Gewerbeaufsicht mit einem entsprechenden Instrumentarium zu versehen, damit sie auch eingreifen kann und dauerhaft und nachhaltig für die höchstmögliche Sicherheit bei den Atomkraftwerken sorgen kann. Jede Frittenbude kann man bei Unregelmäßigkeiten dichtmachen, ein Atomkraftwerk kann man nicht dichtmachen. Hier kann man fröhlich weitermachen wie bisher. Dann mussten wir uns in der letzten Sozialausschusssitzung auch noch von den Vertretern von Vattenfall mitteilen lassen, dass man jetzt auf angeblich „neue“ Kommunikationsmittel setzt. Nachdem ich dort festgestellt hatte, dass ein mit Eimer und Thermometer bewaffneter Rentner über seinen Dorfscherriff und das Innenministerium die Atomaufsicht schneller erreicht hatte, als die Betreiber des Atomkraftwerks es augenscheinlich konnten, wurde mir allen Ernstes entgegnet, dass man jetzt bei Vattenfall über neue Kommunikationsmittel wie SMS nachdenken würde. Da bleibt einem nur die Spucke weg.

(Lars Harms)

42 Minuten **nach dem Störfall** wird die Atomaufsicht unterrichtet, und Vattenfall sagt: Wird werden jetzt vielleicht SMS nutzen. Wer so dilettantisch mit dieser riesigen Verantwortung umgeht, muss seinen Laden dichtgemacht bekommen.

(Beifall bei SSW, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Deshalb muss - wie in unserem Antrag 2007 und nun auch in unserem gemeinsamen Antrag mit SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN formuliert - das Atomgesetz geändert werden. Es muss möglich sein, Genehmigungen auch befristet auszusprechen, und es muss vor allem auch möglich sein, aufgrund von Vergangenheitswerten die **Genehmigung** auch zu entziehen.

(Beifall bei SSW und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Die Vorgänge von 2007 waren für uns Grund genug, den Betreiber von Krümmel mehr als infrage zu stellen. Aus unserer Sicht hätte er schon damals keine zweite Chance verdient gehabt. Dann wundert man sich schon, über die Aussagen von Ministerpräsident Carstensen, der dem Betreiber nun noch eine Chance zur Reparatur gibt. Sonst würde Herr Carstensen dafür sorgen, dass Krümmel für immer abgeschaltet werde - sagt er zumindest. Starke Worte des Ministerpräsidenten!

Aber mit diesen mächtigen Worten streut er den Menschen in Schleswig-Holstein nur Sand in die Augen, indem er so tut, als hätte er alles im Griff. Herr Carstensen - ich würde ihn gern persönlich ansprechen; er ist leider nicht hier, aber wir haben ja seinen Minister -, Herr Minister, wie lange wollen Sie sich eigentlich noch von Vattenfall auf der Nase herumtanzen lassen? Vattenfall hat nicht nur in Deutschland mehrmals bewiesen, dass man nicht in der Lage ist, Atomkraftwerke vernünftig zu betreiben.

Deswegen fordere ich die Landesregierung auf: Schaffen sie endgültige Sicherheit in Krümmel, indem die gesetzliche Grundlage auf **Bundesebene** geschaffen wird, dass man solche Pannenmeiler sofort abschalten kann! Nur das schafft Sicherheit und nicht starke Worte, die man nach derzeitiger Rechtslage überhaupt nicht einhalten kann.

(Beifall des Abgeordneten Andreas Beran [SPD])

Kritisch sehen wir im Zusammenhang mit den neuesten Vorfällen auch die Ankündigung von Vattenfall-Chef Hatakka, jetzt einen **Sonderermittler** einzusetzen. Einen Sonderermittler aus den eigenen

Reihen zu rekrutieren, um die Vorgänge zu untersuchen, trägt nicht zur Vertrauensbildung bei.

Gleiches galt für die von Vattenfall 2007 eingesetzte fünfköpfige Untersuchungskommission, die zwar aus externen Ermittlern bestand, die aber nicht unbedingt als Atomgegner bekannt waren. Da hat es niemanden gewundert, dass das Abschlussergebnis der Kommission eher unkritisch ausfiel. Zwar hat die Kommission seinerzeit die Informationspolitik von Vattenfall kritisiert, aber heute müssen wir feststellen, dass selbst davon wenig angenommen, geschweige denn umgesetzt wurde.

Auch wenn dies - ebenso wie die Maschinentransformatoren - nicht der Atomaufsichtsbehörde unterliegt, gehören solche Aspekte in die Zuverlässigkeitsüberprüfung. Denn es macht nach unserer Auffassung deutlich, wie wenig ernst Vattenfall derartige Probleme nimmt.

Mit den jüngsten Ereignissen in Krümmel hat Vattenfall sich und seinen politischen Befürwortern letztlich einen Bärendienst erwiesen. Denn die fast schon tote Debatte um die Sicherheit von Atomkraftwerken und die Diskussionen um Atomkraftwerke als Heilsbringer im Kampf gegen den Klimawandel haben die Atomkraftwerke in ein Licht gerückt, das das Risiko dieser Technologie in den Schatten gestellt hat. Immer wieder wurde in den letzten Jahren die Diskussion um die **Laufzeitverlängerung** von Atomkraftwerken auf die politische Agenda gesetzt. Aber auch nach Bekanntwerden der neuesten Ereignisse von Krümmel wird gebetsmühlenartig behauptet, die Atomenergie sei sicher. In Krümmel knallen die Brennstäbe durch, und Herr Ramsauer von der CSU sagt, wir sollten einen kühlen Kopf bewahren.

Ebenso vernagelt sind die Aussagen des baden-württembergischen Ministerpräsidenten Oettinger, der unbegrenzte Laufzeiten für Atommeiler in Aussicht stellt, die dem angeblichen Stand der Technik entsprechen, und der Krümmel sogar als Kraftwerk mit Zukunft bezeichnet, wenn die technischen Voraussetzungen stimmen würden, was sie ja anscheinend nicht tun. Wer sich so blind und ignorant für die Atomenergie ausspricht, verleugnet die **Gefahren**, die von dieser Technologieform ausgehen.

Von 1965 bis September 2008 hat es rund 5.700 **meldepflichtige Ereignisse in deutschen Atomanlagen** gegeben. Auf diese Zahl wies Greenpeace jüngst hin, als der 50. Jahrestag des Deutschen Atomforums feierlich begangen wurde. Diese Zahl macht deutlich, dass Unregelmäßigkeiten in Atomkraftwerken keine Ausnahmesituation sind. Sie sind

(Lars Harms)

die Regel, und es ist nur bedingt beruhigend, dass es rechtzeitig zur Abschaltung gekommen ist und die Störfälle bisher beherrschbar waren.

Durch die immer älter werdenden Reaktoren wird die Gefahr aber nicht geschmälert, im Gegenteil. Auch im Zusammenhang mit den Gefahren aus möglichen terroristischen Angriffen wissen wir, dass gerade die älteren Atomkraftwerke gegen Anschläge nicht ausreichend gesichert sind.

Das widerlegt alle Behauptungen, deutsche Atomkraftwerke seien sicher. Solche Aussagen sind Augenwischerei. Wenn der Kollege Ritzek sagt, nur sichere Atomkraftwerke dürften am Netz bleiben, kann die Schlussfolgerung nur sein, dass alle 17 Atomkraftwerke abgeschaltet werden müssen.

(Beifall bei SPD, SSW und BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, Atomenergie ist und bleibt die gefährlichste Form der Energieerzeugung. Die **Risiken**, die von Atomkraftwerken ausgehen, sind nicht beherrschbar. Unfälle sind nicht auszuschließen. Materialfehler, technische Defekte oder menschliches Versagen können zu **Katastrophen** führen. Dies muss man sich immer wieder vor Augen führen. Krümmel ist ein Paradebeispiel für solche Unzulänglichkeiten und Fehlerhaftigkeiten. Daher muss **Krümmel** umgehend vom Netz genommen werden, und am Ausstieg aus dieser risikobehafteten Energieform darf nicht gerüttelt werden.

Ein weiteres Problem im Zusammenhang mit der Atomenergie ist die Frage der **Endlagerung**. Es gibt bisher keine sichere Lösung für die Entsorgung der radioaktiven Abfälle. Atomkraftwerke produzieren Müll, mit dem sich noch viele nachfolgende Generationen herumschlagen werden. Ein sicheres Wegpacken nach dem Motto „Aus den Augen aus dem Sinn“ gibt es nicht, im Übrigen auch nicht für CO₂.

Die als sicher geltenden Endlager für schwach- und mittelradioaktive Abfälle in **Morsleben** und **Asse II** machen deutlich, dass sie eben nicht sicher sind. Asse II zerfällt, unkontrollierte Wassereinträge gefährden die Standortsicherheit, und es herrscht Einsturzgefahr. Was für die Ewigkeit halten sollte, ist bereits nach 40 Jahren vorbei. Was mit dem radioaktiven Müll passieren soll, weiß niemand. Wer Atomstrom befürwortet, muss dann auch sagen, wie der Müll endgültig und vor allem sicher gelagert werden soll.

(Beifall beim SSW)

Die Frage der Kosten ist hierbei noch nicht geklärt. Die Betreiber der Atomkraftwerke haben bis zum Ende für die Einlagerung in Asse II nur 900.000 € Gebühren bezahlt. Demgegenüber stehen heute die zu erwartenden Kosten mindestens von 2,5 Milliarden € für die Schließung und Entsorgung von Asse II. Zwar tragen die Energieversorgungsunternehmen hiervon rund 1 Milliarde €, aber die öffentliche Hand bleibt auf den Kosten von rund 1,5 Milliarden € sitzen. Ein Endlager ist dann immer noch nicht gefunden.

Es kommen also noch weitere Milliardenkosten auf die Steuerzahler zu. Das ist eine höhere **Subvention** durch den Staat, als sie für erneuerbare Energien überhaupt denkbar wäre. Hier ist unsere Forderung ganz deutlich: Wer Müll produziert, soll auch vollständig für die Kosten aufkommen.

(Beifall bei SSW, SPD und BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Die Behauptung, dass **Atomenergie** zu den **billigsten Energieformen** gehört, ist nur die halbe Wahrheit. Atomstrom ist nur dann billig, wenn die Atomkraftwerke abgeschrieben sind und die Kosten für Umwelt und Gesundheit vom Steuerzahler getragen werden. Dass Atomstrom keinen Billigstrom produziert, wird auch dadurch deutlich, dass der Strom an der Börse gehandelt wird, wo sich der Strompreis nach den teuersten Kraftwerken richtet. Mit anderen Worten: Der angeblich „billige“ Atomstrom kommt beim Kunden nicht an, sondern trägt nur dazu bei, den Atomkonzernen weiter die Taschen zu füllen.

Der Bau eines neuen Atomkraftwerks ist mit einem vergleichbaren Gaskraftwerk rund fünfmal so teuer. Legt man die **Gesamtkosten** für Bau und Stilllegung sowie für die Abfallentsorgung zugrunde, rechnet sich der Bau von Atomkraftwerken für private Betreiber nicht. Ohne staatliche Subventionen und Garantien sind Atomkraftwerke wirtschaftlich nicht zu betreiben.

Da **staatliche Subventionen** in der EU aber gegen Wettbewerbsregeln verstoßen, versucht die Atomlobby nun das nächste Märchen um die Atomenergie zu kreieren: Atomenergie als energiepolitische Lösung im Kampf gegen den Klimawandel.

Die Produktion von Atomstrom ist aber nicht CO₂-neutral. Die **Emissionen** pro Kilowattstunde schwanken zwischen 30 und 160 g CO₂ je Herkunftsland der Rohstoffe. Moderne Gaskraftwerke mit Wärmeauskopplung liegen demgegenüber bei 119 g CO₂ je Kilowattstunde, also in ähnlicher Höhe.

(Lars Harms)

Was aber schwerer wiegt ist die Tatsache, dass jeder Neubau eines Atomkraftwerkes oder die Laufzeitverlängerung der Atomkraftwerke dazu beiträgt, den Druck aus dem Kessel zu nehmen, und somit Klimaschutztechnologien weiter ausbremst. Jeder Euro, der in Atomkraftwerke oder andere alte Energieformen gesteckt wird, geht verloren für Forschung, Technik und Ausbau von **erneuerbaren Energien**, für die Steigerung der Energieeffizienz und für die Entwicklung von Energieeinsparungsmaßnahmen. Das sind die wirklichen Heilsbringer, wenn es darum geht, eine klimaschutzrelevante Energieversorgung zu gewährleisten.

Wer sich in den Diskussionen um Laufzeitverlängerungen oder beim Neubau von Atomkraftwerken zum politischen Handlanger der Atomlobby machen lässt, handelt rücksichtslos auf Kosten späterer Generationen. Es gibt keine Alternative zum **Atomausstieg**, egal, wer wo in Europa neue Atomkraftwerke baut. Es liegt in unserer Verantwortung, die Energieversorgung selbst zu regeln. Dazu gehört auf keinen Fall eine so veraltete Technologie wie die Atomenergie. Für unsere Atomkraftwerke gibt es nur eine Lösung, und die regelt das Atomausstiegsgesetz - es sei denn, sie müssen vorher abgeschaltet werden wie Krümmel.

(Beifall bei SSW und SPD)

Vizepräsidentin Frauke Tengler:

Das Wort für einen Kurzbeitrag nach § 56 Abs. 4 der Geschäftsordnung erhält der Herr Abgeordnete Detlef Matthiessen.

Detlef Matthiessen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Vielen Dank, Frau Präsidentin. Meine sehr verehrten Kolleginnen und Kollegen! Über den Beitrag der CDU war ich ziemlich entsetzt. Was hat der energiepolitische Sprecher der CDU-Landtagsfraktion hier verkündet? Erstens. Es sei alles ganz harmlos gewesen, Kategorien N oder 0. Zweitens. Atomstrom ist so billig, kostet 13,5 ct gegen 16 ct Offshore-Strom. Drittens. Helmut Schmidt hätte die ganze Übung doch als ethisch vertretbar dargestellt.

Meine Damen und Herren, Sie vernachlässigen, wenn Sie auf die technische Kategorie N beziehungsweise 0 hinweisen, dass sich fast alle größeren **Fehlereignisse**, die in nuklearen Anlagen stattgefunden haben - Herr Hentschel hat eine ganze Reihe aufgezählt -, aus dem **konventionellen Teil** heraus entwickelt haben, weil in einem solchen Kraftwerk eben technisch alles mit allem zusam-

menhängt. Wenn die Leistungsabführung in das Netz nicht mehr gegeben ist, gibt es eine Schnellabschaltung, und das hat dann auch Auswirkungen auf die Kühlpumpen und so weiter, die wir dann im nuklearen Teil wiederfinden.

Herr Ritzek, das ist eine Verharmlosung, die Sie hier diesen Ereignissen zubilligen. Sie reden von 3,5 ct, **Atomstrom** sei so billig. Sie vernachlässigen mehr als 100 Milliarden €, die in die Entwicklung hineingegangen sind. Die Dinger sind nicht versichert. Sie haben eine Deckungsvorsorge von 2,5 Milliarden € bei Schadenshöhen, die im Bereich von Billionen zu erwarten sind. Wir gestatten steuerfreie Rückstellungen in einer Größenordnung zu bilden, die inzwischen bei 40 Milliarden € angelangt ist. Wir nehmen keine Kernbrennstoffsteuer und so weiter. Dann sagen Sie: Der Atomstrom ist ja so schön billig.

Sie brauchen auch nicht den Ex-Bundeskanzler zu bemühen, sondern Sie als Christ könnten sich auch die Frage stellen: Wo kommt der ethische Maßstab her, Herr Ritzek, dass wir drei Generationen Atomstrom verbrauchen und Zehntausende von Jahren Müll aufbewahren müssen? Wo ist ihr ethischer Maßstab dafür, Sie Christ?

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD - Unruhe)

Meine Damen und Herren, ich habe dafür kein Verständnis. Sie wissen alle, was los ist: Atomstrom ist offensichtlich ethisch nicht verantwortbar und birgt ein großes **Risiko**, dass wir alle durch den Betrieb täglich unserem Volk zumuten.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Zum Abstimmungsverhalten: Wir beantragen, alle Punkte in der Sache zur Abstimmung zu stellen. Die von Ihnen geforderte Diskussionsrunde können wir im Ausschuss selbstverständlich vertiefend nachholen.

Vizepräsidentin Frauke Tengler:

Ihre Redezeit ist abgelaufen.

Detlef Matthiessen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Wir wollen aber mit diesem Antrag ein Zeichen setzen, und zwar auch ein ethisches Zeichen, das von diesem Antrag ausgehen soll, meine Damen und Herren.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD)

Vizepräsidentin Frauke Tengler:

Das Wort zu einem weiteren Kurzbeitrag hat der Herr Abgeordnete - -

(Zurufe von der FDP - Detlef Matthiessen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: So ein Verharmloser!)

Weitere Wortmeldungen liegen jetzt nicht vor. Ich schließe die Beratung.

Ich stelle zunächst fest, dass der Berichtsantrag Drucksache 16/2752 durch die Regierungserklärung der Landesregierung seine Erledigung gefunden hat.

(Detlef Matthiessen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Der Minister hatte angekündigt, die Beantwortung einzelner Fragen nachzureichen!)

- Ich denke, durch den Bericht der Landesregierung hat dies hier seine Erledigung gefunden, auch wenn der Minister in seinem Bericht weitere schriftliche Antworten zugesagt hat.

Wir kommen jetzt zur Abstimmung über den Entschließungsantrag Drucksache 16/2789 (neu). Es liegen mir widersprüchliche Aussagen vor. Zunächst ist mir gesagt worden, dass wir über den ersten Absatz einzeln abstimmen und dass die Absätze 2 bis 4 an den Ausschuss überwiesen werden sollen. Dies war mir so signalisiert worden. Herr Matthiessen hat dann einen weiteren Vorschlag gemacht. Ich hätte jetzt gern einen Hinweis, wie die Fraktionen wünschen, dass wir verfahren.

Frau Abgeordnete Heinold!

Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Für die Fraktion der Grünen beantrage ich, dass wir alle Punkte von 1 bis 4 in der Sache hier und heute abstimmen.

Vizepräsidentin Frauke Tengler:

Herr Abgeordneter Kubicki!

Wolfgang Kubicki [FDP]:

Frau Präsidentin, der Kollege Dr. Garg hat für die FDP-Fraktion beantragt, über Punkt 1 abzustimmen und die Punkte 2 bis 4 an den Ausschuss zu überweisen. Nach der jetzigen Geschäftsordnung ist über den Überweisungsantrag zuerst abzustimmen.

Vizepräsidentin Frauke Tengler:

Herr Abgeordneter Kubicki, ich danke für den Hinweis.

Es ist beantragt worden, über die Nummer 1 des Antrags Drucksache 16/2789 (neu) in der Sache abzustimmen. Wer dem zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenstimmen! - Enthaltungen? Dann ist Nummer 1 des Antrags einstimmig angenommen worden.

Es ist weiter beantragt worden, die Nummern 2 bis 4 des Antrags dem Sozialausschuss zu überweisen. Wer so beschließen will, den bitte ich um das Handzeichen! - Gegenprobe! - Enthaltungen? - Damit ist der Antrag auf Ausschussüberweisung mit den Stimmen der Fraktionen von CDU, SPD, FDP und der Angeordneten des SSW gegen die Stimmen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN angenommen worden.

Ich rufe jetzt den Tagesordnungspunkt 50 auf:

Bericht des Landesbeauftragten für Menschen mit Behinderung über die Situation der behinderten Menschen in Schleswig-Holstein sowie über seine Tätigkeit in den Jahren 2005 bis 2008**Drucksache 16/2722**

Ich begrüße zu diesem Tagesordnungspunkt ganz besonders herzlich auf der Tribüne den Beauftragten für Behinderte, Dr. Ulli Hase.

(Beifall)

Ich eröffne die Aussprache und erteile das Wort für die CDU der Frau Abgeordneten Heike Franzen.

Heike Franzen [CDU]:

Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Im Bericht des Landesbeauftragten für Menschen mit Behinderung bedankt sich Dr. Hase insbesondere auch bei uns Abgeordneten für die gute Zusammenarbeit und die Unterstützung für ihn und sein Team. Ich will diesen Dank gern aufgreifen, Dr. Hase, und mich ebenfalls für die stets vertrauensvolle und offene Zusammenarbeit sehr herzlich bei Ihnen und bei Ihrem Team bedanken.

(Beifall)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, Arbeit ist für die gesamte Gesellschaft von elementarer Bedeutung und ist somit auch der erste Schwerpunkt des Berichts. Zum einen wird deutlich, dass sich die Landesregierung um den Bereich Arbeit für Menschen

(Heike Franzen)

mit Behinderung bemüht hat, zum anderen müssen wir erkennen, dass noch weitere Anstrengungen notwendig sind, um Arbeitsplätze für Menschen mit Behinderung zu erhalten und zu schaffen. Der zuständige Arbeitsminister wollte bereits im November 2009 in einer gemeinsamen Arbeitsgruppe mit dem Sozialministerium dazu Instrumente entwickeln. Der Landesbeauftragte erhofft sich offenbar noch heute, dass diese Arbeitsgruppe bald eingerichtet wird. Ich kann nur hoffen, dass sich die Hoffnungen des Landesbeauftragten bereits zwei Jahre später erfüllt haben werden.

Die **Beschäftigungsquote** von Menschen mit Behinderung beim Land sollte weiter erhöht werden, nicht nur, um die Ausgleichsabgaben zu vermeiden, sondern, um insbesondere der von der Sozialministerin angestoßenen Diskussion zur Inklusion auch Rechnung zu tragen. Erfreulich ist in diesem Zusammenhang, dass sich offensichtlich die Übertragung der Eingliederungshilfe auf die Kommunen inzwischen auf einem guten Weg zu befinden scheint. Es ist noch nicht alles perfekt, aber es wird konstruktiv daran gearbeitet.

Im Februar dieses Jahres lebten rund 2,8 Millionen Menschen in Schleswig-Holstein, davon rund 481.000 mit einer anerkannten Behinderung. Rund 305.000 unserer Mitbürger hatten einen Grad der Behinderung von über 50. Es handelt sich hierbei also nicht um eine Randgruppe, sondern um einen **relevanten Anteil der Bevölkerung**, der aufgrund der demografischen Entwicklung auch weiter ansteigen wird. Es ist daher erfreulich, dass Barrierefreiheit offensichtlich zunehmend als Qualitätsmerkmal verstanden wird, das der Gesamtheit zugute kommt.

Um **Barrierefreiheit** umsetzen zu können, müssen wir mehrere Wege beschreiten. Es ist sicherlich richtig, auch über gesetzliche Maßnahmen auf Barrierefreiheit hinzuwirken, aber darüber hinaus muss Barrierefreiheit auch in den Köpfen der Menschen zur Selbstverständlichkeit werden. Ein solcher Prozess braucht Zeit und Multiplikatoren, und solche Multiplikatoren sind Herr Dr. Hase und vor allen Dingen auch die Beauftragten und Beiräte vor Ort.

(Beifall der Abgeordneten Angelika Birk
[BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

- Danke schön.

Im Bereich der **Mobilität** hat sich in den letzten Jahren viel getan. Dennoch müssen wir feststellen, dass dieser Bereich immer noch eine große Herausforderung darstellt. Wir müssen im Rahmen der uns zur Verfügung stehenden Möglichkeiten weiter dar-

an arbeiten, dass gerade der **ÖPNV barrierefrei** wird, sowohl im Busverkehr als auch auf der Schiene und im Flugverkehr. Das ist eine wichtige Voraussetzung dafür, in unserem Land barrierefrei verreisen zu können. Auf dem Gebiet des **barrierefreien Tourismus** haben wir noch deutlichen Handlungsbedarf.

Im Bericht wird mehrfach darauf hingewiesen, dass das Gewähren von **Nachteilsausgleichen** in den Schulen zu Schwierigkeiten führt. Nach den Bereichen Barrierefreiheit und Arbeit ist bei den Einzelfällen der Nachteilsausgleich an dritter Stelle benannt. Das ergab sich nicht etwa aufgrund von fehlenden gesetzlichen Regelungen, sondern offensichtlich aufgrund von Unkenntnis der Schulleitungen und Lehrkräfte - und das im Jahr der **inklusi-ven Bildung**. Da müssen wir etwas ändern!

(Beifall der Abgeordneten Angelika Birk
[BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Politik tut immer gut daran, sich auf den Rat von Experten zu verlassen, und so haben sich inzwischen in fast allen Kreisen - bis auf drei - Beiräte oder Beauftragte für Menschen mit Behinderung etabliert. Sie tragen ehrenamtlich mit ihrem Expertenwissen dazu bei, dass die Belange unserer Mitbürger mit Behinderung befördert werden, und dafür sollte sich dieses Haus hier sehr herzlich bedanken. - Schade eigentlich. Ich finde, die Beauftragten vor Ort hätten einen Applaus verdient.

(Vereinzelter Beifall)

Es gäbe noch viel mehr zum Bericht des Landesbeauftragten zu sagen. Er ist sehr umfangreich, und viele von ihm gemachte Vorschläge würden sich mit Sicherheit gut für die Erstellung eines behindertenpolitischen Gesamtkonzeptes eignen. Weil das so ist, sollte der Bericht in jedem Ausschuss beraten werden.

(Vereinzelter Beifall)

Vizepräsidentin Frauke Tengler:

Danke der Frau Abgeordneten Heike Franzen. - Ich erteile das Wort für die SPD-Fraktion dem Herrn Abgeordneten Wolfgang Baasch.

Wolfgang Baasch [SPD]:

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Der Landesbeauftragte für Menschen mit Behinderung Ulrich Hase hat uns seinen dritten Tätigkeitsbericht für die Jahre 2005 bis 2008 vorgelegt. Im Namen der SPD-Fraktion darf ich dem Landesbe-

(Wolfgang Baasch)

auftragten und seinem Team ein herzliches Dankeschön sagen, für den Bericht und für die in den letzten Jahren geleistete Arbeit. Herzlichen Dank, Ulli!

(Vereinzelter Beifall)

Der **Bericht** macht deutlich, dass in allen Lebensbereichen die Rechte und die Lebensverhältnisse von Menschen mit Behinderung besondere Aufmerksamkeit verdienen. Der Bericht gibt auch deutlich das hohe Engagement von Ulli Haase und seinem Team wieder, das auch in seiner Anwaltsfunktion für die Menschen mit Behinderung in Schleswig-Holstein tätig ist. Der Landesbeauftragte hat mit seinem Team nicht nur Menschen mit Behinderung bei der Eingliederung in Gesellschaft und Beruf ganz praktisch unterstützt; er hat auch beständig um Solidarität und um Verständnis für die Lebenssituation von Menschen mit Behinderung geworben.

Mit den Arbeitsschwerpunkten „Arbeit für Menschen mit Behinderung“, „Barrierefreiheit“, „Förderung von Kindern und Jugendlichen mit Behinderung“, „Stärkung kommunaler Beiräte von Menschen mit Behinderung“ sowie der Umsetzung der Kommunalisierung der Eingliederungshilfe sind die großen **Themenblöcke** des Berichts benannt. In all diesen Bereichen zeigt der Bericht auf, was sich in den letzten Jahren in Schleswig-Holstein entwickelt hat. Aber er zeigt auch da, wo das nötig ist, die deutlichen **Schwachstellen** auf.

Im Bereich der **Arbeitsmarktpolitik** werden neben der Erwähnung der nach wie vor schwierigen Integration von Menschen mit Behinderung in den ersten Arbeitsmarkt auch Best-Practice-Betriebe genannt. Der Landesbeauftragte hat gemeinsam mit dem Unternehmensverband Nord und der Bundesagentur für Arbeit einen Integrationspreis ins Leben gerufen. Dieser **Integrationspreis** zeichnet Unternehmen aus, die sich vorbildlich und in besonderer Weise für Menschen mit Behinderung einsetzen. 2008 sind es drei Unternehmen gewesen, die es, wie ich finde, auch wert sind, dass sie hier genannt werden. Es sind die Unternehmen Nissen Elektrobau aus Tönning, Schülke und Mayr aus Norderstedt und Caterpillar Motorenwerke aus Kiel ausgezeichnet worden. Ich glaube, es ist richtig, in einem solchen Bericht nicht nur Negativbeispiele aufzuzeigen, sondern ebenfalls zu zeigen, was gut und hervorragend ist. Deswegen finde ich es auch richtig und wichtig, dass wir als Parlament das unterstützen.

(Beifall im ganzen Haus)

Es ist sehr positiv, dass Ulli Hase mit seinem Tätigkeitsbericht nicht nur Schwachstellen aufzeigt, sondern auch besonders gute und **nachahmenswerte Beispiele** nennt, Beispiele, die zeigen, dass die Integration von Menschen mit Behinderung in den ersten Arbeitsmarkt möglich ist. **Unternehmen** können sich auf die besondere Unterstützung für behinderte Arbeitnehmer einstellen, und **Vorurteile** werden abgebaut.

Es ist unmöglich, in fünf Minuten Redezeit den umfassenden Bericht von Ulli Hase detailliert zu würdigen. Ich will aber noch einen Punkt ganz besonders herausgreifen; das ist der Begriff „**Barrierefreiheit**“. Er zieht sich durch viele Praxisbeispiele und Anforderungen für die Lebensgestaltung von Menschen mit Behinderung durch den Bericht. Der Bericht macht deutlich, dass für eine wirkliche Barrierefreiheit im Bereich der Mobilität noch viele Hemmnisse bestehen. Unter anderem hat aber Ulli Hase an anderer Stelle festgestellt: Der **öffentliche Stadtverkehr** ist für Menschen mit Behinderung entweder gar nicht oder nur mit einer Hilfe zu benutzen. Hier besteht noch großer Handlungsbedarf, sowohl beim öffentlichen Personennahverkehr wie auch bei der Bahn. Viele Menschen mit Behinderung schildern uns die Situationen, die sie alltäglich erleben müssen. Es kann nämlich sein, dass der **Niederflurbus** nicht eingesetzt wird, weil es zu wenig Niederflurbusse gibt, sodass man an der Haltestelle steht und gar nicht erst mitgenommen wird. Ich finde, dies ist ein Skandal an sich.

(Beifall im ganzen Haus)

Es wird im Bericht aber auch deutlich, dass es um **Barrierefreiheit im Tourismus** geht, dass es um Barrierefreiheit beim **Wohnen** und in der **Freizeit** geht, aber auch um barrierefreie **Informationstechnologien**. Der Begriff „Barrierefreiheit“ zieht sich wie ein roter Faden durch den umfangreichen Bericht und macht deutlich, wie viel wir noch in der politischen Gestaltung umdenken müssen, wenn wir Menschen mit Behinderung wie selbstverständlich Zugänge und Teilhabe ermöglichen wollen.

Im Bericht wird der umfassende Ansatz der **Inklusion** aufgegriffen. Mit der Diskussion um die Leitorientierung „Inklusion“ hat die Sozialministerin die Interessen und die Anliegen von Menschen mit Behinderung stärker in den Blickpunkt genommen und Veränderungen in allen Lebensbereichen von Menschen mit Behinderung angeschoben. Diese Diskussion hat der Landesbeauftragte mit seiner Forderung nach umfassender Barrierefreiheit und der Verstärkung der Bemühungen um **Integration von Menschen mit Behinderung** massiv unter-

(Wolfgang Baasch)

stützt. Dadurch ist es Uli Hase gelungen, dass die Betroffenen noch verstärkt in die Entscheidungen und Diskussionen einbezogen werden.

Die Forderung, noch mehr und detaillierte Konzepte für eine verbesserte Selbstvertretung von Menschen mit Behinderung aufzustellen, hat Uli Hase mit einer Rundreise durch alle Kreise und kreisfreien Städte in Schleswig-Holstein untermauert. Er hat gemeinsam mit dem Landesverband der Lebenshilfe vor Ort und in direktem Kontakt mit Menschen mit Behinderung ihre Probleme und Nöte aufgenommen, aber auch ihre Forderungen und Anregungen für eine umfassende Inklusionspolitik in Schleswig-Holstein aufgegriffen. Als Folge seiner **Gespräche vor Ort** wurden bereits einige Aktivitäten gestartet. Es sind Fortbildungsangebote für Menschen mit Behinderung initiiert worden, und es wurde eine Informationsbroschüre zur politischen Organisation von Kommunen auf den Weg gebracht, eine Broschüre, die ich übrigens jedem, auch hier im Haus, empfehlen kann, erklärt sie doch unter der Überschrift „Was ist Politik?“ in leichter Sprache, wie politische Prozesse gestartet werden und wie auch Menschen mit Behinderung auf politische Prozesse einwirken können. Das ist ein hervorragendes Beispiel dafür, wie Teilhabe umgesetzt wird. Wenn ich allerdings an die letzten Tage denke, dann haben einige Punkte, wie Politik gestaltet wird, noch keinen Eingang in die Broschüre gefunden. Vielleicht muss man auch Konflikte noch einmal deutlicher beschreiben.

Es gäbe noch viele Punkte anzusprechen. Dies ist aus zeitlichen Gründen an dieser Stelle für mich nicht mehr möglich.

Darum bitte, ich den Bericht - wie meine Vorrednerin schon gesagt hat - an die Ausschüsse zu überweisen. Wir sollten dort direkt mit dem Landesbeauftragten die Diskussion intensiv weiter führen.

(Beifall im ganzen Haus)

Vizepräsidentin Frauke Tengler:

Ich danke dem Herrn Abgeordneten Wolfgang Baasch und erteile für die FDP-Fraktion dem Herrn Abgeordneten Dr. Heiner Garg das Wort.

Dr. Heiner Garg [FDP]:

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Lieber Ulli Hase, herzlichen Dank Ihnen und Ihrem Team für die geleistete Arbeit!

(Beifall)

Seit Januar 2009 sind Sie Beauftragter des Landtags Schleswig-Holstein. Ich finde, darauf können wir stolz sein. Mit dem vorgelegten Bericht schließt Dr. Hase einen Zeitraum ab, für den er noch Beauftragter der Landesregierung war.

Der vorgelegte Bericht ist - jedenfalls für meine Fraktion - mehr als eine Anregung an Politik, Verwaltung und Öffentlichkeit, um die Situation von Menschen mit Behinderung zu verbessern. Er ist ein ganz klarer Auftrag an die Politik zu handeln.

Wie ein roter Faden zieht sich deshalb die Forderung nach mehr Barrierefreiheit durch den Tätigkeitsbericht des Landesbeauftragten für Menschen mit Behinderung.

Wer **Inklusion** will, muss dazu auch die **Rahmenbedingungen** sicherstellen. Inklusion fordert sowohl von den Menschen mit Behinderung als auch von der Gesellschaft Anpassungsleistungen ein. Dabei genießen Menschen mit Behinderung Schutz und Rechte durch die Gesellschaft - bei Beachtung ihrer besonderen Verletzlichkeit. Eine **Anpassungsleistung** von Menschen mit Behinderung kann deshalb nur dann gelingen, wenn sie ein **barrierefreies Umfeld** vorfinden. Die Gesellschaft ist deshalb gefordert, genau dieses barrierefreie Umfeld zu schaffen und in Vorlage zu treten.

(Beifall bei der FDP und vereinzelt bei der CDU)

Es ist ärgerlich und völlig inakzeptabel, dass beispielsweise bei den wenigen **öffentlichen Neubauten** die Maßgaben zur verpflichtenden barrierefreien Gestaltung nicht oder nur unzureichend eingehalten werden. Ich will Ihnen ein konkretes Beispiel aus **Kiel** nennen: Die kürzlich fertiggestellte **Gablensbrücke** war von Anfang an nicht vollständig barrierefrei geplant. Begründet wurde dieser Umstand von der Stadt Kiel damit, dass die bautechnische Prüfung vor Inkrafttreten des Landesbehindertengleichstellungsgesetzes abgeschlossen worden sei. Was für ein Armutszeugnis, dass es erst eines Gesetzes bedurfte, um an die Bedürfnisse von Menschen mit Behinderung zu denken!

(Beifall bei FDP, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Im Fall der Gablensbrücke müssen jetzt für Nachbesserungsarbeiten zur Herstellung der Barrierefreiheit weitere 250.000 € aufgewendet werden.

Dass es auch anders geht, zeigt ein aktuelles Beispiel - ebenfalls aus Kiel: Bei der Planung des neu zu errichtenden **Schiffsanlegers in Falckenstein** ist die barrierefreie Nutzung von vornherein berück-

(Dr. Heiner Garg)

sichtigt worden. Davon profitieren jetzt nicht nur Menschen mit Behinderung, sondern es spart mittelfristig auch Kosten.

Wenn die sozialpolitischen Sprecher der - ich muss jetzt sagen: ehemaligen - Großen Koalition als Reaktion auf die Vorstellung des Tätigkeitsberichtes das Thema „Barrierefreiheit“ als besondere Herausforderung betonen, dann ist das richtig und ich freue mich darüber. Den Betroffenen ist aber wenig geholfen, wenn es bei diesen Lippenbekenntnissen bleibt und in der praktischen Umsetzung zu wenig passiert.

Wenn **Kinder mit Behinderung** künftig mehr in den **Regelunterricht** einbezogen werden sollen, dann müssen sie ein barrierefreies Umfeld vorfinden. Andernfalls scheitert die inklusive Bildung bereits an der Schuleingangstreppe.

(Beifall bei FDP, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Wir haben deshalb bereits im Oktober 2005 einen Gesetzentwurf eingebracht, der die **Herstellung von Barrierefreiheit** innerhalb einer Übergangsfrist von 15 Jahren nach Inkrafttreten des Gesetzes auch in bestehenden Gebäuden vorsieht. Dabei soll es auch die Möglichkeit von Zielvereinbarungen mit den Interessenvertretungen geben und somit den Trägern der öffentlichen Verwaltung eine Erweiterung der Übergangsfrist eröffnet werden. Dieser Entwurf liegt seit fast vier Jahren im zuständigen Sozialausschuss vor.

Die Herstellung von Barrierefreiheit ist die Durchsetzung von **Bürgerrechten**, und diese dürfen nicht an bürokratischen Hürden scheitern. Ich finde es schlicht skandalös, wenn man sich immer nur auf das Konnexitätsprinzip beruft und nichts dafür tut, dass die Herstellung von Barrierefreiheit endlich durchgesetzt wird.

Der Bericht des Landesbeauftragten zeigt, dass schon mit wenig Aufwand viel erreicht werden könnte, wenn das Thema durch uns alle ein bisschen anders betrachtet werden würde.

Ich sage es ganz deutlich: Es sind keine Sonntagsreden mehr gefordert -ich glaube im Übrigen auch, dass die Menschen keine Sonntagsreden mehr hören können und mehr hören mögen -, sondern die praktische Umsetzung, beispielsweise im Rahmen von Ausschreibungen durch die öffentliche Hand oder die Sensibilisierung von Architekten und Ingenieuren. Dabei müssen wir Barrierefreiheit auch als Wirtschaftsfaktor verstehen und uns dieses Know-how sichern.

Lieber Ulli Hase, ich bedanke mich noch einmal ausdrücklich dafür, dass Sie in Ihrem Bericht die Probleme klar benannt und der Politik konkrete Verbesserungsvorschläge unterbreitet haben.

Jetzt ist es unsere Aufgabe, diese Vorschläge in konkretes Handeln umzusetzen. Dazu fordere ich auf.

Der Ausschussüberweisung schließt sich meine Fraktion an.

(Beifall bei FDP, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SSW und vereinzelt bei der CDU)

Vizepräsidentin Frauke Tengler:

Ich danke dem Herrn Abgeordneten Dr. Garg und erteile für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN der Frau Abgeordneten Angelika Birk das Wort.

Angelika Birk [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Sehr geehrte Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Dieser Bericht hätte eigentlich einen anderen Zeitpunkt der Behandlung verdient. Aber machen wir zu dieser späten Stunde, wo alle schon etwas erschöpft sind, das Beste daraus!

Der Landesbeauftragte für Menschen mit Behinderung hat heute seinen dritten und gleichzeitig letzten Tätigkeitsbericht unter dem Dach des Sozialministeriums vorgelegt. Die gute Arbeit von Ulrich Hase und seinem Team hat sich ausgezahlt. Seit dem 1. Januar dieses Jahres sind sie, Herr Hase, direkt dem Landtag zugeordnet. Auch von dieser Stelle aus noch einmal Glückwunsch und Dankeschön. Beides stärkt die Interessenvertretung von Menschen mit Behinderung nachhaltig: das Glück und der Dank von unserer Seite. Man sieht, alle sind schon erschöpft, aber ein bisschen Beifall wäre hier hilfreich.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW sowie vereinzelt bei der CDU)

Wir Grünen haben von Anfang an ein Maximum an Unabhängigkeit und Weisungsungebundenheit für den Behindertenbeauftragten gefordert. Die direkte Zuordnung zum Landtag hat sich bei der Bürgerbeauftragten und dem Beauftragten für Flüchtlings- und Migrationsangelegenheiten sehr bewährt. Auch Ulrich Hase hält in seinem Tätigkeitsbericht mit seiner Meinung nicht hinter dem Berg. Ich erlaube mir, zu zitieren:

„Die Zuordnung zum Sozialministerium führte regelmäßig dazu, dass der Landesbe-

(Angelika Birk)

auftragte irrtümlich als Vertreter des Sozialministeriums verstanden wurde. Dadurch wurde es erschwert, sich in der Öffentlichkeit als unabhängige Instanz zu präsentieren und zu positionieren. Die Arbeit des Landesbeauftragten hat Bezug zu allen Ressorts. Die Zuordnung zum Sozialministerium wurde dieser Querschnittsaufgabe nicht gerecht und vermittelte ein auf öffentliche Fürsorge reduziertes Bild der Situation von Menschen mit Behinderung. Die Weisungsunabhängigkeit des Landesbeauftragten wurde in der Zuordnung zum Sozialministerium nicht deutlich. Zum Beispiel ist der Landesbeauftragte gefordert, seine Positionierung nach außen Regierungskonform zu gestalten. Seine Tätigkeitsberichte bedurften erscheinen als Kabinettsvorlage der inhaltlichen Abstimmung den betroffenen Ressorts. Die Folge sind textliche Veränderungen und Abschwächungen.“

Damit ist es nun vorbei. Wir freuen uns, dass für Ulrich Hase und seine Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter eine Ära begonnen hat, die ihre Durchsetzungskraft und die Interessenvertretung von Menschen mit Behinderung weiter stärken wird.

Der aktuelle Tätigkeitsbereich reicht von 2005 bis 2008. Ich nenne nur die wichtigsten Stationen, was in dieser Zeit alles passiert ist: 2006 trat das allgemeine **Gleichbehandlungsgesetz** des **Bundes** in Kraft. In Schleswig-Holstein begann die **Kommunalisierung der Eingliederungshilfe**. 2007 läutete das Sozialministerium den Perspektivenwechsel von der Integration zur **Inklusion** ein, und das Europäische Jahr der Chancengleichheit fand statt. 2008 wurde das **persönliche Budget** für Menschen mit Behinderung aus der Modellphase geholt und nun zur **Regelleistung**. Ebenfalls 2008 ratifizierte der Bundestag die **UN-Konvention** über die Rechte behinderter Menschen.

Das waren gute Anlässe, damit es vorangeht. Die Themenfülle und der beachtliche Umfang von 124 Seiten lassen auf eine Erfolgsstory hoffen. Aber die Realität ist nach wie vor aber eine andere. Das liegt nicht an Ulli Hase und seinem Team sondern daran, dass noch eine ganze Reihe von Hausaufgaben, zu erledigen sind. In der Kürze der Zeit will ich nur fünf Punkte ansprechen:

Landesbauordnung und **Barrierefreiheit**: Nachrüstpflicht, Berichtspflicht, Sanktionsinstrumente wären notwendig, um die Barrierefreiheit anzusetzen. Wir hatten vor nicht allzu langer Zeit die Landesbauordnung hier in der Debatte. Es zeichnete

sich keine Mehrheit dafür ab, dass wir überhaupt nur in eine ernsthafte Debatte darüber kommen.

Beschäftigungsquote für Schwerbehinderte: Das Land als Arbeitgeber erfüllt die gesetzlich vorgeschriebenen 5 % nach wie vor nicht, und die Tendenz ist weiter sinkend.

Berufliche Integration von Menschen mit Behinderung insgesamt: Sie hat sich seit Einführung von Hartz IV deutlich verschlechtert - und das, nachdem es eigentlich eine positive Tendenz durch gemeinsame Anstrengung von vielen gegeben hatte.

Barrierefreier Tourismus: Im zuständigen Wirtschaftsausschuss wurde umfangreich und langwierig beraten, Barrierefreiheit ist aber im Tourismuskonzept trotzdem kaum zu finden.

Gemeinsame Servicestellen für Menschen mit Behinderung: Seit 2001 sind sie mit dem Sozialgesetzbuch IX eingeführt worden - eigentlich schon ein alter Hut -, dennoch wird der gesetzliche Auftrag einer trägerübergreifenden Beratung immer noch nicht erfüllt.

Schließlich das **persönliche Budget**: Seit einem Jahr haben Menschen mit Behinderung einen Rechtsanspruch, Leistungen der Eingliederungshilfe als Budget ausgezahlt zu bekommen und selbst über die Verwendung zu entscheiden. Aber in den **Kommunen** weiß man entweder kaum Bescheid, oder ist nicht geneigt, sich mit diesem neuen Recht ernsthaft auseinanderzusetzen.

Es ist also noch viel zu tun. Herr Hase braucht den Rückenwind des ganzen Parlaments. Wir sollten uns - das sage ich auch zu dem Anliegen, das die FDP hier zu dem vier Jahre lang ruhenden Antrag vorgetragen hat - vielleicht überlegen, ob wir nicht die letzte Sozialausschusssitzung in dieser Legislaturperiode zum Anlass nehmen sollten, den FDP-Antrag zu beschließen.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

Vizepräsidentin Frauke Tengler:

Ich danke der Frau Abgeordneten Birk und erteile für den SSW im Landtag Herrn Abgeordneten Lars Harms das Wort.

Lars Harms [SSW]:

Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Eine Erkenntnis zieht sich durch den gesamten Bericht: Herrn Hase ist es gelungen, dass sich Schritt für Schritt die Erkenntnis durchsetzt,

(Lars Harms)

dass Menschen mit Behinderung in die **Mitte der Gesellschaft** gehören. Seine Öffentlichkeitsarbeit war in diesem Zusammenhang sehr hilfreich. Sicherlich spielt bei dieser Entwicklung aber auch das steigende Lebensalter in unserer Gesellschaft eine Rolle, weil sich das persönliche Risiko - wenn man es denn so nennen will -, selbst eine Behinderung zu bekommen, erhöht. Dort, wo die eigene Betroffenheit beginnt, sind Veränderungen dann natürlich am leichtesten durchzusetzen.

Der Beauftragte schlägt vor, dass bei **Neu- und Umbauten** die **Barrierefreiheit** die gleiche Priorität wie der Brandschutz haben muss. Denn wenn man von Beginn an die Barrierefreiheit einplant, ist eine Umsetzung ungleich einfacher als nachträgliche Lösungen, die mühsam und teuer an die Gegebenheiten angepasst werden müssen. Mittels eines **Standards**, Barrierefreiheit frühzeitig einzuplanen, wird darüber hinaus das Engagement der Behindertenverbände und -politiker erleichtert.

Ich habe vor Kurzem eine Kleine Anfrage zu akustischen Signalen bei Bahnübergängen gestellt. Der Tenor der Antwort war: Sowohl die **DB AG** als auch **private Bahninfrastruktur-Betreiber** haben kaum für solche Signalanlagen gesorgt, weil es keine Vorschrift gibt, die sie verpflichten würde. Die Anschaffung wäre nicht sehr teuer, aber die Betreiber ziehen sich auf eine juristische Argumentation zurück. Was nicht vorgeschrieben ist, brauchen sie nicht zu tun, sagen sie. Zumindest die teilweise in Landeseigentum befindlichen Betreiber sollten hier aber trotzdem mit gutem Beispiel vorangehen, denn Signalanlagen - insbesondere für Blinde - sind einfach notwendig. Das Fehlen ist ein echtes Hemmnis. Ich finde, dass zum Beispiel eine Gesellschaft wie die AKN durchaus mit gutem Beispiel vorangehen könnte.

(Beifall bei SSW, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und vereinzelt bei der SPD)

Es werden ohne Zweifel immer wieder neue und möglicherweise schlechte Beispiele folgen, weil Barrierefreiheit in der **Ausbildung der Architekten** einfach nicht vorkommt. Die Architekten wissen nicht viel mehr über Barrierefreiheit als der Bauherr selbst. Ihnen Sachverständige zur Seite zu stellen, wie das in anderen Bundesländern üblich ist, geht auch nicht, weil es keine entsprechenden Ausbildungsgänge gibt. Hier hinkt Schleswig-Holstein hoffnungslos hinterher. Es müssen dringend Strukturen geändert und Barrierefreiheit muss ein integraler Teil der Ausbildung aller Bau-Profis werden.

Wie dieses Beispiel versteht der SSW auch andere Darstellungen des Berichts als Aufforderung, gesetzgeberisch tätig zu werden. Nicht immer ist alles möglich, wie die Diskussion um die **Landesbauordnung** gezeigt hat. Doch die Fortschritte sind spürbar. Je frühzeitiger die Barrierefreiheit in den Planungen - ob nun bei einem IT-Portal, einem Museumsneubau oder einer öffentlichen Veranstaltung - berücksichtigt wird, desto mehr Menschen können das Angebot später tatsächlich auch nutzen.

Doch es geht beim vorliegenden Bericht nicht nur um starre Strukturen, die es mit großer Ausdauer zu ändern gilt und die sich durchaus, wenn auch in kleinsten Schritten, bewegen, sondern es geht um die zahlreichen Belege für einen eindeutigen Rückwärtstrend. Gerade an dieser Stelle lässt es der Beauftragte nicht an Deutlichkeit fehlen, und das begrüßt der SSW ausdrücklich. Wir freuen uns darüber, dass er jetzt beim Landtag angesiedelt ist und diese Hinweise in Zukunft noch deutlicher werden.

(Beifall beim SSW und der Abgeordneten Rolf Fischer [SPD], Heike Franzen [CDU] und Angelika Birk [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

So schildert der Beauftragte konkrete **Verschlechterungen der Situation** von Menschen mit Behinderung. Die sogenannte **Gesundheitsreform** hat für die Betroffenen vor allem eines gebracht: massive Kürzungen. Auch die Situation auf dem **Arbeitsmarkt** verschlechtert sich kontinuierlich. Es ist zu erwarten, dass die Arbeitslosenzahlen der Menschen mit Behinderung im Zuge der Finanzkrise weiter steigen werden. Der dritte Arbeitsmarkt - also die Arbeit in den Werkstätten für Behinderte - wird mehr und mehr zur Endstation. Eine **Integration** in den regulären Arbeitsmarkt kommt nicht zustande, weil dem Einrichtungeninteressen, fehlende Information potenzieller Arbeitgeber und unzureichende Integrationsunterstützung entgegenstehen. Fachwissen, das bei den Arbeitsagenturen angesiedelt ist, muss bei ARGE n und den Optionskommunen erst noch aufgebaut werden.

Leider ist darüber hinaus festzustellen, dass das **Land** nicht mit gutem Beispiel vorangeht und bevorzugt Menschen mit Behinderung einstellt, sondern genau das Gegenteil tut. Auch wir sind der Auffassung: Die 5 % müssen erfüllt werden. Wir können uns da nicht freikaufen. Es muss so sein, dass 5 % der **Landesbeschäftigten** - auch der Beschäftigten des Landtags - Menschen mit Behinderung sein müssen.

(Lars Harms)

(Beifall bei SSW, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und vereinzelt bei der SPD)

Tatsächlich berühren die meisten Einzelanfragen, die den Beauftragten erreichen, Probleme im Zusammenhang mit der **Arbeitswelt**. Menschen mit Behinderung erfahren regelmäßig, dass sie wegen ihrer Behinderung keinen Job finden oder dass ihnen kaum Hilfe gewährt wird. Das Nebeneinander der jeweiligen Rehabilitations-, Eingliederungs- und Förderstellen führt zu Doppelverfahren, langen Wartezeiten, Intransparenz und degradiert die Antragsteller zu Bittstellern. Hier täte Abhilfe dringend not, aber **Einheitliche Ansprechpartner** wird es natürlich auch in Zukunft nicht geben. Das wird tatsächlich eine Aufgabe für uns sein.

Wir brauchen tatsächlich neue Gesetze. Wir müssen immer wieder daran denken, die Interessen der Behinderten wirklich auch in alle Gesetzgebungsverfahren aufzunehmen. Allerdings sind wir auch sicher, dass uns unser Beauftragter für Menschen mit Behinderung immer wieder daran erinnern wird. Deswegen bedanken wir uns genau wie die Vorredner auch bei dem Beauftragten und seinem Team ganz herzlich für die hervorragende Arbeit.

(Beifall bei SSW, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie der Abgeordneten Dr. Heiner Garg [FDP] und Jutta Scheicht [CDU])

Vizepräsidentin Frauke Tengler:

Das Wort für die Landesregierung erhält Herr Minister Dr. Christian von Boetticher.

Dr. Christian von Boetticher, Minister für Landwirtschaft, Umwelt und ländliche Räume und Minister für Soziales, Gesundheit, Familie und Senioren:

Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Für den Tätigkeitsbericht, sehr geehrter Herr Hase, möchte ich mich bei Ihnen und Ihren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern auch im Namen der Landesregierung bedanken. Die **Landesregierung** hat mit der **Leitorientierung gesellschaftlicher Inklusion** einen neuen Maßstab für das Zusammenleben von Menschen mit und Menschen ohne Behinderung gesetzt. Dazu gehört, dass Menschen mit Behinderung mit Selbstbewusstsein und Selbstverständlichkeit einen gleichberechtigten Platz inmitten der Gesellschaft einfordern. Die Arbeit des Landesbeauftragten und sein Tätigkeitsbericht sind dafür sehr gute Belege.

Gleichzeitig werden wir alle - Legislative, Landesregierung, aber auch Kreise, Kommunen und Zivilgesellschaft - zu weiteren Anstrengungen herausgefordert. Erfahrungen und Kritik von Menschen mit Behinderung sind entscheidende Gradmesser für unser Anliegen, ihre Lebensbedingungen zu verbessern.

Ich sehe darum den **Bericht** als wichtige Bestandsaufnahme mit einer Fülle von Anregungen und Hinweisen für die Landesregierung und für uns alle. So hat der Beauftragte für Menschen mit Behinderung auf Kritikpunkte hingewiesen, zu denen auch die Frage nach Umsetzung und Auswirkung des persönlichen Budgets gehören.

Zu Recht gibt es in dem Bericht aber auch positive Beispiele. Ich habe mich sehr gefreut - das darf ich an dieser Stelle sagen - über den Punkt auf Seite 53, wo die Landesgartenschau als positives Beispiel für das **Thema Barrierefreiheit** genannt wird. Das war ein ganz wichtiger Attraktivitätsfaktor, und zwar für alle Besucherinnen und Besucher.

Ausdrücklich hervorheben möchte ich auch die Forderung zum Bereich Arbeit und Behinderung. Es stimmt: Wir brauchen eine **aktive Arbeitsmarktpolitik** für Menschen mit Behinderung und auch eine **Weiterentwicklung der Werkstätten**. Ich bin froh, dass Landesregierung und Landesbeauftragter in dieser zentralen Frage an einem Strang ziehen. Auch in diesem Bericht ist Barrierefreiheit wieder ein zentrales Thema. Erfreulich ist: Barrierefreiheit wird zunehmend als gesamtgesellschaftliche **Querschnittsaufgabe** begriffen. Sie ist keine Speziallösung für Menschen mit Behinderung.

Wir haben bei der barrierefreien Gestaltung der **Infrastruktur** in den vergangenen Jahren einiges miteinander erreicht. Das verbessert die Lebensqualität aller.

Dennoch - ich glaube, das ist zu Recht hier gesagt worden - bleibt viel zu tun. Ich sehe die Aufgabe der Landesregierung darin, dieses Ziel noch stärker im Bewusstsein aller - von der Kommune über die Bauwirtschaft bis hin zu den Medien - zu verankern.

Der Landesbeauftragte hat einen sehr realistischen Blick dafür, dass wir auf dem Weg zu einer inklusiven Gesellschaft einen langen Atem brauchen und den Menschen mit der Versprechung, alles sofort zu erreichen, wenig geholfen ist.

Meine Damen und Herren, der vorliegende Bericht belegt einmal mehr die Bedeutung des Landesbeauftragten als Ansprechpartner und Anwalt der

(Minister Dr. Christian von Boetticher)

Menschen mit Behinderung. Zugleich bleibt es für die Landesregierung dabei, dass er auch wichtiger Partner bei der Weiterentwicklung der Inklusionspolitik ist - dies umso mehr, als aus der Position seiner unstreitigen Unabhängigkeit sehr konstruktiv und dialogorientiert mit allen Akteuren zusammengearbeitet wird. Genau diese Dialogorientierung hat uns den Behindertenbeauftragten vom angeblichen Skeptiker zu einem ganz wichtigen Partner unserer Inklusionspolitik gemacht. So konnte manches bewegt werden. Ich freue mich auf die weitere konstruktive Zusammenarbeit mit dem Landesbeauftragten und seinem Team.

(Beifall bei CDU, SPD und SSW)

Vizepräsidentin Frauke Tengler:

Ich danke dem Herrn Minister. - Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Ich schließe damit die Beratung.

Es ist beantragt worden, den Antrag Drucksache 16/2722 dem Sozialausschuss

(Heike Franzen [CDU]: An alle Ausschüsse!)

- und allen anderen Ausschüssen zu überweisen. Wer so beschließen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenprobe! - Enthaltungen? - Das ist einstimmig so beschlossen.

Ich rufe jetzt Tagesordnungspunkt 39 b) auf:

Strukturkonzept Universitätsklinikum Schleswig-Holstein (UK S-H)

Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 16/2796

Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 16/2808

Wird das Wort zur Begründung gewünscht? - Das ist nicht der Fall. Mit dem Antrag wird ein Bericht in dieser Tagung erbeten. Daher lasse ich zunächst über den Berichts Antrag abstimmen. Wer dem Berichts Antrag zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenprobe! - Enthaltungen? - Das ist einstimmig so angenommen.

Ich bitte jetzt den Minister für Wissenschaft, Wirtschaft und Verkehr, Herrn Dr. Jörn Biel, den Bericht zu geben.

Dr. Jörn Biel, Minister für Wissenschaft, Wirtschaft und Verkehr und Minister für Bildung und Frauen:

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Die **wirtschaftliche Sanierung** des Universitätsklinikums Schleswig-Holstein ist ein zentrales Anliegen der Landesregierung. Hierfür haben wir im Jahr 2007 ein Sanierungskonzept beschlossen, dessen Ziel es ist, das jährliche Defizit bis zum Jahr 2010 jeweils zu halbieren. Im Jahr 2010 soll ein ausgeglichenes Ergebnis vorliegen.

Mit dem **Sanierungskonzept** haben wir einen großen Schritt nach vorn gemacht. Erste Erfolge haben sich eingestellt. So ist im Jahr 2008 die **Halbierung des Defizits** gelungen. Darüber hinaus werden Strukturmaßnahmen auf den Weg gebracht und umgesetzt, die das UK S-H zu einem wirtschaftlichen und modernen Klinikum machen. Dazu gehört der **bauliche Masterplan** mit einem Investitionsvolumen von 700 Millionen €, den wir gegenwärtig im Kabinett beraten.

Zu den **Strukturveränderungen** gehört auf der einen Seite die Zusammenlegung der Zentralverwaltung in Lübeck, die innerhalb eines Jahres abgeschlossen werden konnte, auf der anderen Seite geht um das neue Strukturkonzept. Beides zusammen führt zu einer Straffung der Abläufe. Es wird zentral geregelt, was zentrale Aufgabe ist, und es wird vor Ort entschieden, was am besten vor Ort entschieden werden kann.

Das neue Strukturkonzept wurde vom Vorstand und Sanierungsmanagement ausgearbeitet und vom Aufsichtsrat gebilligt. Es nutzt konsequent das **Sanierungspotenzial**, das durch die **Fusion beider Kliniken in Kiel und Lübeck** entstanden ist. Das Strukturkonzept sieht vor, sowohl in Lübeck als auch in Kiel je ein campusbezogenes **Verwaltungszentrum** einzurichten, in dem die örtlichen Angelegenheiten besprochen und entschieden werden. Ich halte dieses Konzept für plausibel und nachvollziehbar. Kommentare, die dies als Einstieg in die Defusion werten, sind schlechthin Unfug.

(Beifall des Abgeordneten Jürgen Weber [SPD])

Im Gegenteil, hier wird das Sanierungspotenzial, das durch die Fusion entstanden ist, behoben.

Durch die klare Arbeitsteilung zwischen örtlicher Verwaltung und globale Steuerung durch den Vorstand wird die **Verwaltungsarbeit** effektiver, und es lassen sich zusätzliche Mittel einsparen. Das

(Minister Dr. Jörn Biel)

sieht man allein schon daran, dass an beiden Standorten aus rund 15 Zentren je eines wird und ein campusübergreifendes Diagnostikzentrum entsteht. An der Spitze dieser Zentren wird eine neue Leitung eingerichtet, in der die wirtschaftlichen und ärztlichen Interessen zusammengeführt werden. Das Universitätsklinikum wird durch diese Maßnahmen insgesamt straffer aufgestellt. Ziel ist es, durch einen effizienten Mitteleinsatz die Leistungsfähigkeit der Verwaltung weiter zu steigern und auf diese Weise eine Verbesserung der Leistungen gegenüber den Kunden zu erreichen.

Die Besonderheit beim UK S-H ist - im Gegensatz zu anderen Kliniken -, dass nicht nur die Patienten die Kunden im eigentlichen Sinn sind, sondern auch die Studentinnen und Studenten, die dort ausgebildet werden, und ebenfalls die Ärztinnen und Ärzten bis hin zu den Professorinnen und Professoren, die im Klinikum forschen und lehren. Ich erwarte, dass gerade diese komplexe Gemengelage besser gemanagt werden kann.

Durch die **Bildung** neuer **medizinischer Kompetenzzentren** werden Netzwerke zur Steigerung der Qualität der medizinischen Versorgung, aber auch der Forschung und Lehre geschaffen. Diese Zentren führen nicht nur zu einem institutionalisierten Austausch über Fachklinikgrenzen hinaus, sie sind auch ein wesentliches Instrument zur kundenorientierten Vermarktung der Leistungen des Klinikums. Ein Beispiel ist das **Comprehensive Cancer Center**, kurz CCC. Es ist in kurzer Zeit gelungen, dessen Leistungen in der Onkologie bei den einweisenden niedergelassenen Ärzten und den Patienten bekannt zu machen. Ich bin davon überzeugt, dass es beim neuen Entzündungszentrum ähnlich laufen wird.

Es ist richtig, dass für die **Service GmbH** ein privater Partner gesucht wird. Diese Entscheidung ist nicht neu und gilt übrigens ebenso für eine noch zu gründende Informationstechnologiesgesellschaft. Vorstand und Sanierungsmanagement des Klinikums erhoffen sich von einer solchen Partnerschaft, an der das Klinikum zu 51 % beteiligt sein wird, Einsparungen in Millionenhöhe. Die Bereiche des UK S-H, die ausgegründet werden sollen, sind im Übrigen im vergangenen Jahr im **Sanierungsstarifvertrag** mit den Gewerkschaften definiert worden und deshalb unstrittig. Wie hoch die Einsparungen tatsächlich sein werden, hängt vor allem von den zurzeit laufenden **Vergabeverfahren** ab. Da diese noch laufen, kann ich im Augenblick keine konkreten Zahlen nennen, werde das Parlament aber unterrichten, sobald die Ergebnisse sicher feststehen.

Ich bedauere sehr, dass uns Frau Kähning, der jetzige **Kaufmännische Vorstand** des UK S-H, verlassen und den Sanierungsprozess nicht weiter begleiten wird. Sie hat sich dafür entschieden, den Arbeitgeber zu wechseln. Mit dem Strukturkonzept und anderen Sanierungsmaßnahmen hat dieser Entschluss nichts zu tun; ganz im Gegenteil, Frau Kähning war maßgeblich an der Erarbeitung des Konzepts und an der Abstimmung innerhalb des Unternehmens beteiligt. Es ist auch die Umsetzung ihrer Ideen, über die wir hier reden.

Um rechtzeitig eine **Nachbesetzung** dieser Vorstandsposition sicherzustellen, hat der Aufsichtsrat des UK S-H den Finanzausschuss des UK S-H beauftragt, ein Auswahlverfahren durchzuführen und dem Aufsichtsrat rechtzeitig eine Kandidatin oder einen Kandidaten vorzuschlagen.

Wie Sie sehen, gehört das neue Strukturkonzept zu einer Reihe von systematischen Veränderungen, die das UK S-H auf neue Beine stellen werden. Ich freue mich, dass dieser Prozess inzwischen in ruhigem Fahrwasser abläuft. Dazu gehört auch, dass wir Sie regelmäßig darüber informieren, wie es zu diesem Thema mit dem Umdruck 16/4485 geschehen ist.

Lassen Sie mich abschließend festhalten: Wir haben nicht vor, über eine **Teilprivatisierung** des UK S-H oder einzelner Geschäftsbereiche zu diskutieren und zu entscheiden. Unter anderem aus diesem Grund haben wir eine Aufsichtsratsitzung des UK S-H bis nach der kommenden Landtagswahl verschoben, um keinen Parteienstreit darüber aufkommen zu lassen.

(Zuruf von der SPD: Sehr gut!)

Anderen Streit kann es darüber nicht geben. Mit den Gewerkschaften wurde dies im Tarifvertrag schon 2008 verhandelt.

(Beifall bei CDU und SPD)

Vizepräsidentin Frauke Tengler:

Ich danke dem Herrn Minister für den Bericht. - Ich eröffne die Aussprache und erteile für die antragstellende Fraktion der Frau Abgeordneten Angelika Birk das Wort.

Angelika Birk [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich entnehme dem Bericht, dass die **baulichen Maßnahmen**, zu dem uns die Personalräte vor wenigen Tagen ein Dringlichkeitsschreiben

(Angelika Birk)

geschickt haben, offensichtlich weiter in der Beratung und in ihrem Vollzug nicht gefährdet sind. Es wäre schön gewesen, Sie hätten dazu noch ein paar mehr Erläuterungen gegeben, um welche Maßnahmen aus dem 700-Millionen-€-Paket es sich handelt. Ich gehe davon aus, dass in einer abgestimmten und vorgeplanten Maßnahme dieser Größenordnung wegen des Regierungswechsels ein **Baustopp** oder ein Planungsstopp nicht erfolgt. Es wäre wichtig, wenn das öffentlich deutlich gemacht würde, um diesen Befürchtungen des Personalrats entgegenzutreten zu können.

Der Anlass für den Bericht war aber nicht dieser Brief, der erst später eintraf, sondern das **Strukturkonzept**. Zum wiederholten Mal haben wir von einer wichtigen Struktur- und Entscheidungsgrundlage für die nächsten Jahrzehnte aus der Zeitung erfahren.

Ich finde es schwierig, wenn der Ausschuss zum wiederholten Mal - wir haben dieses Muster auch in einem anderen Politikfeld - aus der Zeitung erfährt und erst im Nachhinein durch das Ministerium informiert wird, wie es durch eine kurze Drucksache und durch den heutigen mündlichen Bericht inzwischen geschehen ist.

Inhaltlich kann ich zu dem Wenigen, was wir bisher wissen, nur sagen: Es gibt eine Menge offener Fragen. Es werden wieder **zwei Campus** gebildet, obwohl Ärzte und insbesondere der Personalrat versichert haben, dass endlich nach vielen internen Widerständen die Zusammenarbeit beginnt zu funktionieren. Ob es nun klug ist, an dieser Stelle gleich unterhalb der Vorstandsebene wieder eine neue Trennung herbeizuführen, sei dahingestellt.

Immerhin können wir sicher sein, dass für die neue zweite Reihe, es ist nicht nur jeweils eine Person, sondern es sind mehrere, und darunter ist noch einmal eine neue Zentrumsstruktur angedacht, die sich wieder deutlich von dem unterscheidet, was vor Kurzem etabliert wurde, sehr **kostenträchtige Personalpositionen** fällig werden. Die müssen alle auf dem Buckel der kleinen Leute, die täglich Überstunden machen, im UK S-H finanziert werden. Das ist eine kritische Anmerkung meiner Fraktion. Wir glauben nicht, dass in diesem Fall mehr Häuptlinge das Heil bringen.

Die zweite Frage, die sich stellt, ist die der **Hierarchie**. Die Ärzte sind auf jeder Ebene autonom. Der kaufmännische Vorstand kann kaufmännische Leitungen bisher von oben anweisen. Vielleicht ist es noch zu wenig geschehen, weil die bisherigen Konzepte nicht getragen haben. Jetzt soll aber offenbar

auch eine Anweisung von oben, sei es über die Ärzte - das ist meine Frage - oder über den kaufmännischen Direktor, an die Pflege erfolgen. Ist noch von oben der Pflegevorstand die Weisungsinstanz für die untergeordneten Positionen, oder kann jeder beliebige Arzt wieder über die Pflegeleitung in Suchtzentren verfügen? Oder ist es so, wie ich es aus dem Strukturvorschlag der Landesregierung jetzt lese, dass immer und in jeder Entscheidungsinstanz - ob nun oben oder unten - die kaufmännische Leitung das alleinige Sagen hat?

Ich finde, solche wichtigen Fragen hätten wir im Fachausschuss diskutieren müssen. Die sind natürlich letztlich natürlich unternehmensentscheidend. Da mögen sie Recht haben. Aber wir haben einige Rahmenbedingungen in unser Hochschulgesetz über das UK S-H geschrieben aufgrund leidvoller, nicht geklärter Hierarchiefragen in der Vergangenheit.

Ich komme nun zu zwei Dingen. Das eine ist die anstehende private Beteiligung sowohl bei der **IT-Abteilung** als auch bei der **Service GmbH**. Sie, Herr Minister, sagen, das war schon lange verabredet, aber es war auch lange strittig. Wir haben zu Recht im letzten Jahr schon kritisch angemerkt, dass wir nicht glauben, dass eine private Beteiligung der Service GmbH ein guter Weg für das Klinikum ist. Jetzt erfahren wir, dass die Ausschreibungen und die Beteiligungen, die jetzt angedacht sind, für die Privaten eine höhere Summe veranschlagen, als bisher die Service GmbH kostet - die vollständig landeseigene Service GmbH des Unternehmens. Da wird man nachdenklich.

Jetzt soll offensichtlich nachgebessert werden, sonst wäre wahrscheinlich die private Beteiligung schon längst erfolgt. Jedenfalls kann man das aus dem schließen, was die „Lübecker Nachrichten“ zu diesem Thema zu sagen haben. Von der Regierung ist leider keine Stellungnahme erfolgt. Insofern kann ich nicht wissen, ob das stimmt.

Dies macht uns erst recht misstrauisch. Wir möchten an dieser Stelle klipp und klar wissen: Was haben Sie mit der Service GmbH, mit der IT-Abteilung vor, welches sind die inhaltlichen, die qualitativen Rahmenbedingungen? Denn es geht nicht um irgendeinen Service, es geht um Trägerdienst, es geht um Laborleistungen, es geht um Essen und solche Dinge, die den Alltag der Patienten und die Qualität der Versorgung bestimmen. Ich finde schade, dass wir an dieser Stelle so wenig wissen und hier Entscheidungen getroffen werden, die für die Patienten, die Pflege und für die Abläufe von entscheidender Bedeutung sind. Wir glauben, wenn

(Angelika Birk)

ein weiteres Unternehmen dazwischen ist, dann ist die Kommunikation nicht einfacher, sondern schwieriger.

Deswegen haben wir einen **Beschlussantrag** gestellt; wir wünschen uns, dass wir den hier heute einstimmig verabschieden. Das ist manchem vielleicht noch nicht möglich, weil das offensichtlich zu überraschend gekommen ist. Wir haben aber ein dringende Bitte an die Regierung. Unser Beschlussantrag ist ja, dass in dieser Legislaturperiode nicht Entscheidungen getroffen werden, die für die Zukunft so maßgeblich sind. Ich finde, das sollten ein neues Parlament und eine neue Regierung tun. Deswegen erwarten wir, auch wenn wir den Beschluss heute so im Wortlaut nicht fassen, sondern im Ausschuss noch einmal beraten, dass zwischendurch keine Fakten durch den Aufsichtsrat geschaffen werden.

Ich möchte an dieser Stelle sagen: Der Weggang von Frau Kähning - ich wünsche ihr alles Gute - machen mich nach den vielen Abgängen, die seit der Tätigkeit von Herrn Schleifer erfolgt sind, doch sehr nachdenklich, Herr Biel. Es mag ja sein, dass das die Außendarstellung ist. Aber ich glaube, Herr Schleifer und seine Berater haben inzwischen viel Erde verbrannt.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Frauke Tengler:

Für die CDU-Fraktion erhält Herr Abgeordneter Niclas Herbst das Wort.

Niclas Herbst [CDU]:

Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Vor etwa einer Woche haben wir diesen Dringlichkeitsantrag beschlossen. Es ist ein etwas dazwischengekommen; das kann passieren.

(Angelika Birk [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Es ist hoffentlich nicht unsere Aktion, die dazwischengekommen ist!)

Nichtsdestotrotz will ich darauf hinweisen, dass das **Sanierungskonzept** - die Maßnahmen, die darin enthalten sind - ein gemeinsames Konzept der Großen Koalition ist. Es gibt aus Sicht meiner Fraktion keinen Anlass, das jetzt in irgendeiner Form zu kritisieren oder infrage zu stellen. Das Ziel bleibt bestehen, die Maßnahmen des Sanierungskonzepts bleiben bestehen; auch das Ziel, bis 2010 ein ausgeglichenes Ergebnis zu erreichen, bleibt bestehen.

(Zuruf von der CDU: Sehr gut!)

Bereits an dieser Stelle will ich sagen, dass es völlig klar ist und sicherlich Einigkeit in diesem Hause darüber herrscht, dass der **bauliche Masterplan** von großer Bedeutung ist und wir selbstverständlich davon ausgehen, dass die Arbeiten daran weiter fortgeführt werden und das Kabinett weiter daran arbeitet.

Die **Ziele** der Strukturmaßnahmen hat der Minister dargelegt. Ich will nur darauf hinweisen, dass aus dem Teilkonzept, das dem Strukturmaßnahmenkonzept zugrunde liegt, vom Vorstand, von den Abteilungsleitern, den kaufmännischen Zentrumsleitern, den Dezernats- und Stabsstellenleitern sowie den Vertretern von Pflege, wissenschaftlichem und nichtwissenschaftlichem Personal gemeinsam erarbeitet wurde.

(Angelika Birk [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Der Personalrat hat dem widersprochen! Er ist nicht beteiligt worden!)

Stärker betriebswirtschaftlich orientierte Unternehmensstrukturen einzubeziehen ist dringend notwendig, und die sollen jetzt auch geschaffen werden. Ich meine mich zu erinnern, bei all den vielen Debatten, die wir zum Thema UK S-H hatten, dass das Ziel, nämlich dem **Vorstand** mehr **Kapazitäten** für **Strategien und operative Steuerung** zu ermöglichen, auch durchaus von den Grünen geteilt wurde. Insofern kann dieses Strukturmaßnahmenkonzept Ihre grundsätzliche Zustimmung finden.

Die umstrittene **Zusammenlegung der Zentralverwaltung in Lübeck** - die haben wir hier diskutiert - hat aber - das müssen wir auch festhalten - geräuschlos funktioniert, sogar schneller als erwartet. Politisch interessant ist natürlich, dass es zwei campusbezogene Verwaltungszentren geben wird. Der Minister hat dazu auch klare Aussagen für die Gesamtstruktur gemacht. Es ist klar, dass ein Übergang, eine Steuerung und eine örtliche Verwaltung vor Ort dabei kein Widerspruch sein sollen.

Meine Damen und Herren, die Beteiligung privater Partner steht im Mittelpunkt dieses Antrags, den Sie kurzfristig nachgereicht haben. Eigentlich ist der Antrag durch die Erklärung des Ministers erledigt, dass dies zeitlich sowieso nicht gewünscht war. Insofern können wir den Antrag als erledigt ansehen. Wir könnten dem im Prinzip auch zustimmen. Es ist nicht die Absicht meiner Fraktion, hier kurz vor der Wahl vollendete Tatsachen zu schaffen. Das passt auch gar nicht zu dem Struktur- und Maßnahmenkonzept und zu dem gesamten Sanierungskonzept, das wir nach wie vor unterstützen. Insofern sind wir für alle Optionen offen. Es gibt

(Niclas Herbst)

keinen Grund, warum wir uns darüber streiten sollten.

Ich bin jedoch trotzdem ein wenig enttäuscht, dass Sie nicht widerstehen konnten und über **Privatisierung** und **Teilprivatisierung** gesprochen haben. Die Maßnahmen, die vollzogen werden sollen, die Bereiche, in denen die Maßnahmen vollzogen werden sollen, sind klar definiert. Auch der maximale Umfang ist klar definiert. Insofern ist der Begriff Teilprivatisierung und Privatisierung hier vielleicht etwas unglücklich gewählt und soll vielleicht ein wenig dem Wahlkampf Vorschub leisten. Das haben wir an dieser Stelle nicht nötig.

Ich sage auch ganz klar, dass es nicht die Absicht ist, den **Sanierungsstarifvertrag**, in dem dies auch klar enthalten ist, von unserer Seite in irgendeiner Art und Weise infrage zu stellen. Wir stehen dazu. Insofern, lieber Kollege Baasch, haben Sie in diesem Fall richtig zugehört: Niemand hat die Absicht, dies zu tun. Das will ich in aller Ernsthaftigkeit sagen.

Was Ihre Andeutung zum Fall von Frau Kähning trifft, so weiß ich nicht, was die Gesamtintention Ihrer Aussage war, ob Sie hier vielleicht irgendwelche Andeutungen machen wollten. Überhaupt sollten wir uns als Landtag aus Detailstörungen, aus der Unternehmenspolitik soweit es irgend geht, heraushalten.

(Beifall bei der CDU)

Es geht nicht darum, dass wir hier den Aufsichtsrat oder die Unternehmensführung ersetzen. Insofern kann ich am Ende noch einmal versöhnlich darauf hinweisen: Wir sind durchaus bereit, die Intention Ihres Antrags mitzutragen, auch wenn wir den Antrag - wie gesagt - in der Sache durch die Erklärung des Ministers für erledigt halten.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsidentin Frauke Tengler:

Ich danke dem Herrn Abgeordneten Niclas Herbst und erteile für die SPD-Fraktion dem Herrn Abgeordneten Wolfgang Baasch das Wort.

Wolfgang Baasch [SPD]:

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Eigentlich könnte man die Diskussion an dieser Stelle tatsächlich kurz machen, denn den Verdacht, noch in dieser Legislaturperiode eventuell vollendete Tatsachen für bestimmte Bereiche zu schaffen, hat der Minister dankenswerterweise ausgeräumt.

Ich finde es auch richtig, deutlich zu machen, dass an der **Umsetzung** des bestehenden **Strukturkonzepts** nicht gerüttelt werden soll. Auch das ist eine wichtige Botschaft. Daher könnten wir die Diskussion eigentlich in den Ausschüssen führen, und ich nehme Ihr Angebot auf, von Ihnen in den Ausschüssen informiert zu werden.

Ich will hier trotzdem zumindest zwei Punkte ansprechen. Ich glaube nach wie vor, dass es wichtig ist festzuhalten, dass die strategischen Ziele, die mit dem Sanierungskonzept verbunden sind und die auch der Kollege Herbst eben noch einmal beschrieben hat, die wir uns gemeinsam gestellt haben, wirklich im Vordergrund stehen. Es geht darum, die **Investitionslücken** zu schließen. Es geht darum, das Niveau der **medizinischen Maximalversorgung** nicht nur nicht anzutasten, sondern zu steigern. Es geht darum, die **wissenschaftliche Exzellenz** und die medizinische **Forschung und Lehre** zu sichern und auszubauen, und es geht darum, die **Rechte** und die **Beteiligung der Beschäftigten** zu stärken und die Umsetzung des Sanierungskonzepts nicht auf dem Rücken der Beschäftigten durchzuführen, zumal man immer wieder und gar nicht oft genug betonen kann, dass die Beschäftigten des UK S-H bisher erhebliche Vorleistungen erbracht haben, um die Wirtschaftlichkeit des UK S-H in der Zukunft darzustellen.

Wenn man diese Positionen berücksichtigt, kann es in der einen Frage gar keine Differenzen mehr geben. Wenn die entsprechenden Informationen regelmäßig fließen, ist das eine gute Voraussetzung für die Umsetzung.

Ich will einen zweiten Punkt aufgreifen. Ich habe das Gefühl, dass mit der **Berufung des neuen Vorstandsvorsitzenden** zumindest mehr Ruhe und mehr Sachlichkeit in die Arbeit im UK S-H eingeflossen sind. Ich glaube, dass dort mit den neuen Strukturen, mit der vorgesehenen Zentrumsstruktur und der geplanten Campusstruktur Ideen gekommen sind, die dazu führen, dass vielleicht mehr als bisher am UK S-H Menschen gemeinsam an einem Ziel in eine Richtung arbeiten. Genau dies ist notwendig.

Ich will deswegen gar nicht darüber spekulieren, warum sich Personalentscheidungen so ausgewirkt haben, wie sie sich auswirken. Das vermag ich nicht zu beurteilen. Aber das Gefühl ist: Es wird konsequenter in eine Richtung gearbeitet. Das ist für das UK S-H wichtig, denn wir brauchen das UK S-H an beiden Standorten, in Lübeck und in Kiel, und wir brauchen auch die Universitäten an beiden Standorten, in Lübeck und in Kiel, als wich-

(Wolfgang Baasch)

tigen Arbeitgeber, aber auch als wichtige Standorte für medizinische Forschung und maximale Krankenversorgung.

(Beifall bei SPD und CDU)

Vizepräsidentin Frauke Tengler:

Ich danke Herrn Abgeordneten Wolfgang Baasch und erteile für die FDP-Fraktion Herrn Abgeordneten Dr. Ekkehard Klug das Wort.

Dr. Ekkehard Klug [FDP]:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Die Einrichtung von **Campuszentren** in Kiel und Lübeck ist aus Sicht meiner Fraktion eine sinnvolle Entwicklung im Bereich des Universitätsklinikums Schleswig-Holstein. Die FDP-Fraktion begrüßt diese Entwicklung nicht nur deshalb, weil dadurch der Weg zu einer mittelfristig von uns angedachten Defusionierung des UK S-H erleichtert wird. Wie Sie alle wissen, befürworten wir die **Umwandlung der Universität Lübeck** in eine **Stiftungsuniversität**, die dann natürlich ihr eigenes Klinikum erhalten müsste.

Abgesehen von dieser Zukunftsperspektive halten wir es ohnehin für unabdingbar, dass so **große Klinikkomplexe**, wie sie beim UK S-H an beiden Standorten existieren, vor Ort über **eigene Managementkompetenz** verfügen. Die Bildung der Campuszentren ist ohnehin eine sinnvolle Sache. Es war ja schon seit Jahren beim UK S-H eines der wesentlichen Probleme, dass der **Vorstand** mit operativen Managementaufgaben schlicht und ergreifend überlastet gewesen ist. Das haben die Spatzen wirklich von allen Klinikdächern gepfiffen. So konnte man von Hochschulmedizinern hören, man müsse dem Vorstand morgens um acht Uhr bei Dienstbeginn quasi vor der Bürotür auflauern, wenn es darum gehe, eine rasche Vorstandsentscheidung herbeizuführen, die dringend nötig sei, um etwa eine sechsstellige Summe an Drittmitteln für Forschungsprojekte zu sichern, um zu verhindern, dass dieses Geld der Hochschulmedizin in Kiel oder Lübeck durch die Lappen gehen würde.

Allzu viele Einzelvorgänge häuften sich auf den Schreibtischen des UK S-H-Vorstands - so war immer wieder zu hören -, der wegen seiner Überlastung im operativen Geschäft kaum noch genügend Zeit für wesentliche strategische Führungsaufgaben hatte.

Staatssekretär de Jager hat diesen Sachverhalt in seinem Schreiben vom 13. Juli an den Bildungsausschuss in aller Offenheit dargelegt:

„Das Unternehmen UK S-H weist derzeit eine deutlich zu schwach ausgeprägte betriebswirtschaftlich orientierte Unternehmenskultur auf ... Die Führungsarbeit des Vorstands ist zu einem erheblichen Teil durch Fragen des operativen Geschäftsbetriebs belegt.“

Zu den neuen Campuszentren heißt es dann weiter:

„Die vorgesehene Zentrumsstruktur weist die operative Steuerung der Abteilungen (Kliniken und Institute) den Leitungen der Zentren zu. Dadurch werden beim Vorstand des UK S-H mehr Kapazitäten für die strategische und die übergreifende operative Steuerung, die Entwicklung und regelmäßige Überprüfung der Strategie, die Definition der Unternehmens- und Wirtschaftsziele, die Repräsentation des UK S-H nach außen und den Aufbau von Kooperationen und Netzwerken mit externen Partnern frei. Die neue Struktur unterstützt maßgeblich die nachhaltige Sicherung des Sanierungsprozesses.“

Da bleibt eigentlich nur die Frage: Warum nicht gleich so?

Im Übrigen ist noch zu sagen: Im Nachhinein erweist sich das große Theater aus dem vorigen Jahr um die prestigeträchtige Frage des **UK S-H-Verwaltungssitzes** als ein klassischer „Austermann-Böller“. Jedenfalls ist es geradezu witzig, was man vor etwa vier Wochen in den „Lübecker Nachrichten“ lesen konnte: Da schwankte die Zahl der nach Lübeck umgesiedelten Mitarbeiter zwischen 26 - so die offizielle Angabe - beziehungsweise 16 - so die Rechnung der Personalräte, die außerdem erklärten, acht dieser 16 Neu-Lübecker hätten nur an zwei Wochentagen Präsenzpflcht in Lübeck. Von der ursprünglichen Zahl von 160 Umsiedlern ist schon lange nicht mehr die Rede gewesen.

(Beifall bei der FDP und der Abgeordneten Angelika Birk [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Meine Damen und Herren, kurz noch ein bisschen Wasser in den Wein: Wenn Sie in den diesjährigen **Bericht des Landesrechnungshofs** blicken, werden Sie dort eine sehr kritische Äußerung zu den eigentlich noch 22 Millionen € versteckten **Defizitbeträgen** finden, die quasi noch in dem Problemkomplex Universitätsklinikum schlummern. 22 Millionen € - so der Landungsrechnungshof - werden aus

(Dr. Ekkehard Klug)

dem Budget für Forschung und Lehre jährlich zweckentfremdet und ausgekoppelt zur Deckung von Defiziten in der Krankenversorgung. Das ist ein ernsthaftes Problem, weil dieses Geld für Forschungsaufgaben in einem erheblichen Umfang nicht mehr zur Verfügung steht.

Was den Antrag der Grünen betrifft - wir stimmen ihm ausdrücklich zu. Wir halten ihn für vernünftig. Man wird sich sehr genau ansehen müssen, ob es bei den geplanten Privatisierungsvorhaben darum geht, einen Einmalbetrag zu erwirtschaften, damit man im Jahr 2010 formal schwarze Zahlen verkünden kann, aber vielleicht in den fortlaufenden Jahren registrieren muss, dass man zu höheren Preisen Dienstleistungen einkaufen muss, die den laufenden Geschäftsbetrieb belasten. Das ist ein Thema, das wir im Ausschuss zu erörtern haben werden.

(Beifall bei FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Frauke Tengler:

Ich danke Herrn Abgeordneten Dr. Ekkehard Klug und erteile für den SSW im Schleswig-Holsteinischen Landtag Herrn Abgeordneten Lars Harms das Wort.

Lars Harms [SSW]:

Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Es ist noch nicht so lange her, dass das UK S-H umstrukturiert wurde und die 15 neu gegründeten Zentren uns als die perfekte Lösung präsentiert wurden.

(Angelika Birk [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das ist wohl wahr!)

Die Unternehmensberatung Roland Berger hatte sich in ihrem **Gutachten zur Fusion** für die Gründung der Zentren ausgesprochen, und dieser Lösung ist man seinerzeit gefolgt.

Es ging um die gleichen Themen wie heute, die Argumente für die jetzige und die neue Struktur sind austauschbar. Es ging und geht um Kosteneffizienz, Managementkompetenz, eine betriebswirtschaftlich ausgeprägte Unternehmenskultur und um ein hohes Versorgungsniveau.

Wir als SSW fragen uns, ob überhaupt jemand genau nachgesehen hat, warum die gesteckten **Ziele** angeblich nicht erreicht wurden. Liegt es tatsächlich an der Struktur, oder sind es hauptsächlich ganz andere Gründe, die es so schwierig machen,

ein Unternehmen dieser Komplexität und Größenordnung erfolgreich zu führen und zu steuern? Liegt es vielleicht auch an den sehr unterschiedlichen Interessen, an sehr wirksamen informellen Strukturen und ungeklärten Machtverhältnissen? Sind die insgesamt 51 Kliniken und 26 Institute vielleicht vergleichbar mit kleinen Fürstentümern, und den Fürsten ist es teilweise egal, wer unter ihnen regiert?

Auf jeden Fall wird jetzt wieder von **neuen Beratern** eine neue Sau durchs Dorf getrieben. Zumindest gehen wir davon aus, dass die neue heilsbringende Struktur nicht alleiniges Produkt des UK S-H ohne externe Beratung ist. Wir denken, Zweifel dürfen da erlaubt sein. Und es tun sich einige Fragen auf.

Zunächst hört es sich nach Verschlangung an, wenn man aus 15 drei **Zentren** macht. Aber mit 20 bis 30 **Einzelkliniken** pro Standort und **diversen Instituten** haben die jeweiligen Zentrumsleitungen eine sehr breite Führungsspanne. Welche Struktur und vor allem welche **Verantwortlichkeiten und Kompetenzen** wird es unterhalb der Direktoriumsebene geben? Müssen mit jeder einzelnen Klinik und jedem einzelnen Institut **Zielvereinbarungen** getroffen werden? Wird die Leistungsplanung und werden die Budgets auf diese Bereiche heruntergebrochen? Wer hat dort die Verantwortung für die Einhaltung der Vorgaben? Was bedeutet die mit der neuen Struktur einhergehende **Stärkung der Standorte Kiel und Lübeck** für das **fusionierte Klinikum**? Wird dadurch die ohnehin vorhandene Konkurrenzsituation angeheizt? Und wenn ja, dient das wirklich dem Gesamtunternehmen?

Was bedeutet es für die **Beschäftigten** in der Verwaltung, wenn sie disziplinarisch der Standortleitung und fachlich einer Dezernatsleitung unterstellt sind? Aus unserer Sicht sind da Konflikte vorprogrammiert, die auf dem Rücken dieser Mitarbeiter ausgetragen werden. Wie will man sicherstellen, dass die fachlichen standortübergreifenden Vorgaben unter Umständen auch gegen starke Standortleitungen durchgesetzt werden? Die gleichzeitige standortübergreifende Definition von **Kompetenzzentren**, die für sich genommen sicherlich sinnvoll sind, schafft weitere Schnittstellen.

Vergleicht man das UKSH mit einem großen, schweren Tanker in rauer See sollte man sich vorher überlegen, in welche Richtung man steuert und nicht in hektischer Betriebsamkeit das Ruder mal nach links und mal nach rechts herumreißen. Schlimmstenfalls fährt der Tanker dann weiter geradeaus auf den nächsten Eisberg zu. Und es bringt

(Lars Harms)

auch nichts, dem Tanker einen neuen Anstrich zu geben, wenn er nicht mehr so fährt, wie er eigentlich fahren sollte.

Nicht zuletzt sollte man daran denken, dass die Beschäftigten des UK S-H diejenigen sind, die das Unternehmen am Laufen halten, trotz der vielen Querelen und Belastungen, denen sie in den letzten Jahren ausgesetzt waren. Man sollte ihnen nur große strukturelle Veränderungen zumuten, die langfristig für sie und auch für das Unternehmen eine Perspektive bieten. Das Vertrauen, das man mit einer leichtfertigen Neustrukturierung, die eventuell nicht zum Ziel führt, verspielt, lässt sich später nur schwer wieder aufbauen.

Deshalb ist weniger auch eventuell mehr, und deshalb darf dieses Strukturkonzept auch nicht zu einer Privatisierung des UK S H oder auch nur von Teilen des UK S-H führen.

(Beifall bei SSW und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Der Antrag der Grünen ist deshalb okay. Dem können wir auch grundsätzlich folgen. Vielleicht ziehen die Grünen dann auch ihre beantragte Überweisung an den Ausschuss zurück. Es war ja zu sehen, dass wir alle einig sind über den Antrag und dass wir über den Antrag heute abstimmen können. Das schließt natürlich Beratungen im Ausschuss zu den anderen Themen nicht aus. Ich habe ja auch genügend Fragen gestellt, die dringend beantwortet werden müssten.

(Beifall beim SSW)

Vizepräsidentin Frauke Tengler:

Ich danke dem Herrn Abgeordneten Lars Harms. Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Ich schließe damit die Beratung.

Es ist beantragt worden, den Bericht des Ministers an den zuständigen Ausschuss zu überweisen.

(Zurufe: Nein, zustimmen!)

- Überweisung des Berichts des Ministers an den zuständigen Ausschuss! Wer dem zustimmen will, bitte ich um das Handzeichen. -

(Zurufe)

- Das ist das alte Thema. Ich habe gerade dem Kollegen mitgeteilt, dass das im Rahmen des Selbstbefassungsrechtes jederzeit passieren kann. Dennoch hat der Kollege darauf bestanden. Ich sehe, dass hier die Neigung, diesem zuzustimmen, nicht sehr groß ist.

(Zuruf: Doch, ist schon in Ordnung!)

- Vertragen wir uns wieder! - Ich stelle dann fest - -

(Weitere Zurufe)

- Selbstverständlich kommen wir noch zur Abstimmung über den Antrag. Ich hätte jetzt aber gern eine Klärung. Das heißt, ich kläre es selber: Der Ausschuss ist im Rahmen seines Selbstbefassungsrechts in der Lage, über diesen Bericht im Ausschuss zu debattieren. Der Bericht hat durch die Berichterstattung des Ministers hier im Plenum seine Erledigung gefunden.

Wir kommen jetzt noch zur Abstimmung über den Erschließungsantrag Drucksache 16/2808. Wer dem zustimmen will, bitte ich um das Handzeichen. - Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Damit ist der Antrag Drucksache 16/2808 einstimmig angenommen worden.

Ich rufe jetzt den Tagesordnungspunkt 38 auf:

Für eine zeitgemäße Auseinandersetzung mit der DDR-Geschichte an schleswig-holsteinischen Schulen

Antrag der Fraktionen von CDU, SPD, FDP, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie der Abgeordneten des SSW
Drucksache 16/2776 (neu)

Die Fraktionen haben sich darauf geeinigt, dass dieser Antrag ohne Aussprache an den Ausschuss überwiesen wird. Wer dem so zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenprobe! - Einstimmig angenommen!

Meine sehr verehrten Damen und Herren, der Herr Ministerpräsident hat um das Wort gebeten.

Peter Harry Carstensen, Ministerpräsident und Minister für Justiz, Arbeit und Europa:

Frau Präsidentin! Ich möchte dem Hohen Haus mitteilen, dass ich dem Herrn Landtagspräsidenten folgendes Schreiben überreicht habe:

„Nachdem die von mir zur Abstimmung gestellte Vertrauensfrage nicht die Mehrheit der Mitglieder des Schleswig-Holsteinischen Landtags gefunden hat, erkläre ich gemäß Artikel 36 Absatz 1 Satz 1 der Landesverfassung, dass ich die Wahlperiode hiermit vorzeitig beende. Ich werde dem Kabinett vorschlagen, als Termin für die gemäß Artikel 36 Absatz 1 Satz 3 in Verbindung mit Artikel 13 Absatz 3 der Landesverfassung bin-

(Ministerpräsident Peter Harry Carstensen)

nen siebzig Tagen durchzuführende Neuwahl den 27. September 2009 festzusetzen.“

(Beifall bei CDU und FDP)

Vizepräsidentin Frauke Tengler:

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich habe Ihnen noch eine Mitteilung zu machen. Der Ministerpräsident hat heute gemäß Artikel 36 Absatz 1 der Landesverfassung die 16. Wahlperiode vorzeitig beendet. Ich weise darauf hin, dass auch im Falle der vorzeitigen Beendigung die Wahlperiode gemäß Artikel 13 Absatz 1 der Landesverfassung erst mit dem Zusammentritt des neugewählten Landtags endet.

Nach unserem Terminplan für das Jahr 2009 findet die nächste ordentliche Tagung vom 16. bis 19. September statt. Beginn der nächsten Tagung ist also Mittwoch, 16. September 2009, 10 Uhr.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, erholen Sie sich in den nächsten Tagen so gut es geht, wo immer Sie auch sein werden.

Die Sitzung ist geschlossen.

Schluss: 16:18 Uhr

Anlage

Namentliche Abstimmung
 121. Sitzung am 23. Juli 2009
Vorzeitige Beendigung der Wahlperiode durch den Ministerpräsidenten nach
Artikel 36 Abs. 1 der Landesverfassung
 Antrag des Ministerpräsidenten
 Drucksache 16/2807
 (Seite **8904** des Plenarprotokolls)

Name	Abstimmung	Name	Abstimmung
CDU		Thomas Hölck	Nein
Hans-Jörn Arp	Enthaltung	Dr. Henning Höppner	Nein
Dr. Axel Bernstein	Enthaltung	Anette Langner	Nein
Johannes Callsen	Enthaltung	Hans Müller	Nein
Peter Harry Carstensen	Enthaltung	Konrad Nabel	Nein
Claus Ehlers	Enthaltung	Günter Neugebauer	Nein
Sylvia Eisenberg	Enthaltung	Regina Poersch	-
Jürgen Feddersen	Enthaltung	Klaus-Peter Puls	Nein
Heike Franzen	Enthaltung	Sandra Redmann	Nein
Torsten Geerds	Enthaltung	Thomas Rother	Nein
Hartmut Hamerich	Enthaltung	Anna Schlosser-Keichel	Nein
Niclas Herbst	Enthaltung	Bernd Schröder	Nein
Susanne Herold	Enthaltung	Olaf Schulze	Nein
Karsten Jasper	Enthaltung	Jutta Schümann	Nein
Werner Kalinka	Enthaltung	Dr. Ralf Stegner	Nein
Martin Kayenburg	Ja	Siegrid Tenor-Alschausky	Nein
Klaus Klinckhamer	Enthaltung	Dr. Gitta Trauernicht	Nein
Tobias Koch	Enthaltung	Jürgen Weber	Nein
Peter Lehnert	Enthaltung		
Jens-Christian Magnussen	Enthaltung	FDP	
Manfred Ritzek	Enthaltung	Dr. Heiner Garg	Nein
Ursula Sassen	Enthaltung	Günther Hildebrand	Nein
Frank Sauter	Enthaltung	Dr. Ekkehard Klug	Nein
Jutta Scheicht	Enthaltung	Wolfgang Kubicki	Nein
Peter Sönnichsen	Enthaltung		
Thomas Stritzl	-	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	
Frauke Tengler	Enthaltung	Angelika Birk	Nein
Herlich Marie Todsens-Reese	Enthaltung	Monika Heinold	Nein
Dr. Johann Wadephul	Enthaltung	Karl-Martin Hentschel	Nein
Wilfried Wengler	Enthaltung	Detlef Matthiessen	Nein
Rainer Wiegard	Enthaltung		
		SSW	
SPD		Lars Harms	Nein
Holger Astrup	-	Anke Spoorendonk	Nein
Wolfgang Baasch	Nein		
Andreas Beran	Nein		
Detlef Buder	Nein		
Peter Eichstädt	Nein		
Ute Erdsiek-Rave	Nein		
Rolf Fischer	Nein	Zusammenstellung:	
Ingrid Franzen	Nein	Abgegebene Stimmen	66
Lothar Hay	Nein	davon	
Birgit Herdejürgen	Nein	Jastimmen	1
Astrid Höfs	Nein	Neinstimmen	37
		Enthaltungen	28